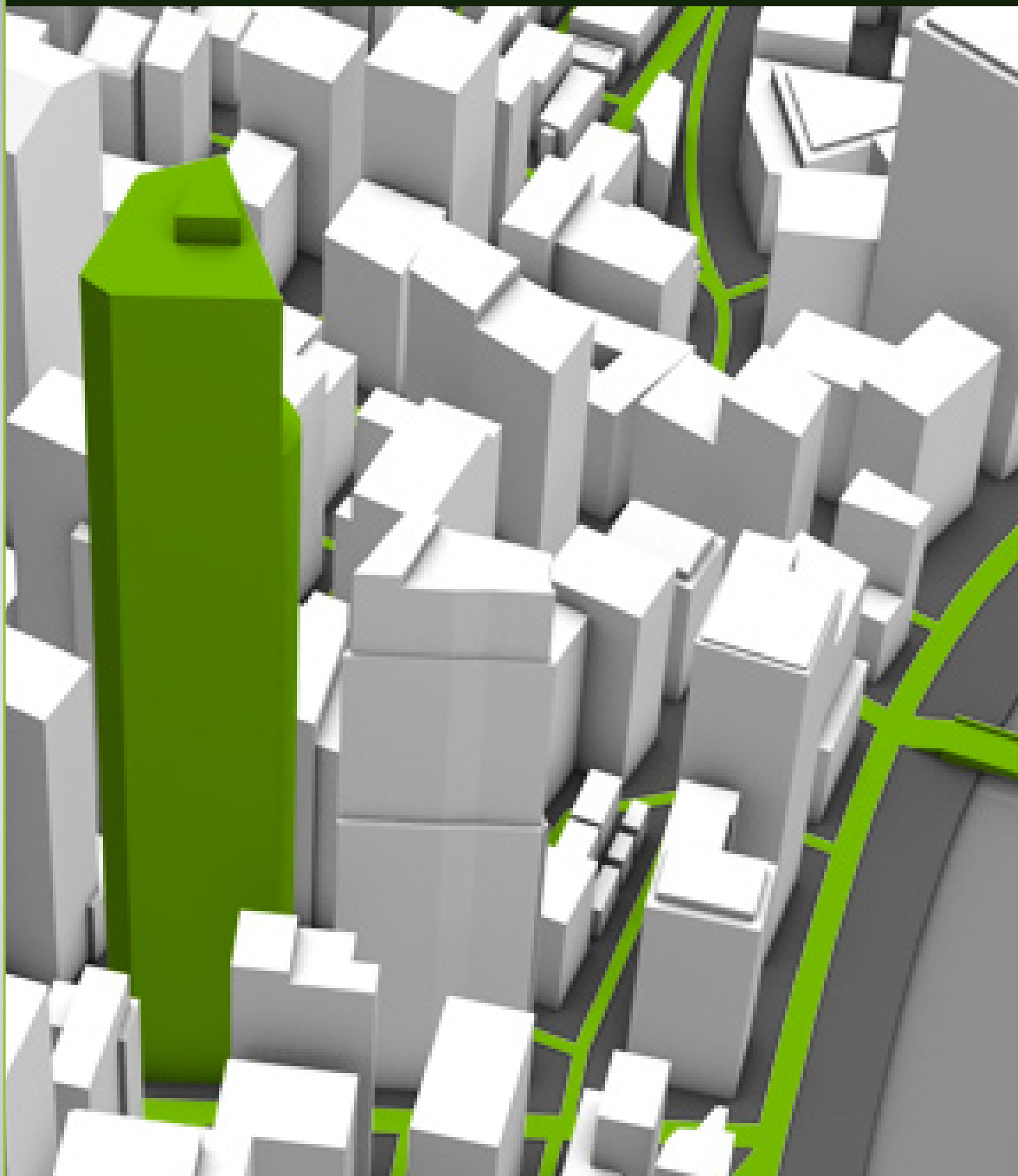


Geschäftsbericht 2009

PUBLIC SECTOR FINANCE
REAL ESTATE FINANCE

pbb

DEUTSCHE
PFANDBRIEFBANK



Inhaltsverzeichnis

	Lagebericht
3	Geschäftstätigkeit und Rahmenbedingungen
16	Wirtschaftsbericht
20	Nachtragsbericht
21	Risikobericht
59	Prognosebericht
66	Niederlassungen
	Gewinn- und Verlust-Rechnung, Bilanz
67	Gewinn- und Verlust-Rechnung
68	Bilanz
	Anhang
70	Vorschriften zur Rechnungslegung
71	Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze
74	Angaben zur Gewinn- und Verlust-Rechnung
76	Angaben zur Bilanz
95	Sonstige Angaben
99	Versicherung der gesetzlichen Vertreter
100	Bestätigungsvermerk
102	Standorte

Lagebericht

Geschäftstätigkeit und Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Lage

Das Jahr 2009 war gezeichnet durch die andauernde Finanzkrise. Die gesamte Weltwirtschaft erlebte nach der Insolvenz von Lehman Brothers Mitte September 2008 in dem darauffolgenden Winterhalbjahr 2008/2009 einen massiven konjunkturellen Abschwung. Obwohl dieser Abschwung nahezu alle Volkswirtschaften erfasste, waren nicht alle gleichermaßen betroffen. So verzeichnete beispielsweise Polen als einziges Land der Europäischen Union auch 2009 ein leichtes Wachstum. Innerhalb der OECD-Mitgliedsstaaten erreichten dies lediglich Australien und Südkorea. Von der Finanz- und Wirtschaftskrise besonders betroffen waren Länder, die in hohem Maße auf ausländisches Kapital angewiesen sind. Länder wie China oder Indien verzeichneten dagegen nur moderate Rückgänge der Wachstumsraten auf 8,2 bzw. 5,5 %.

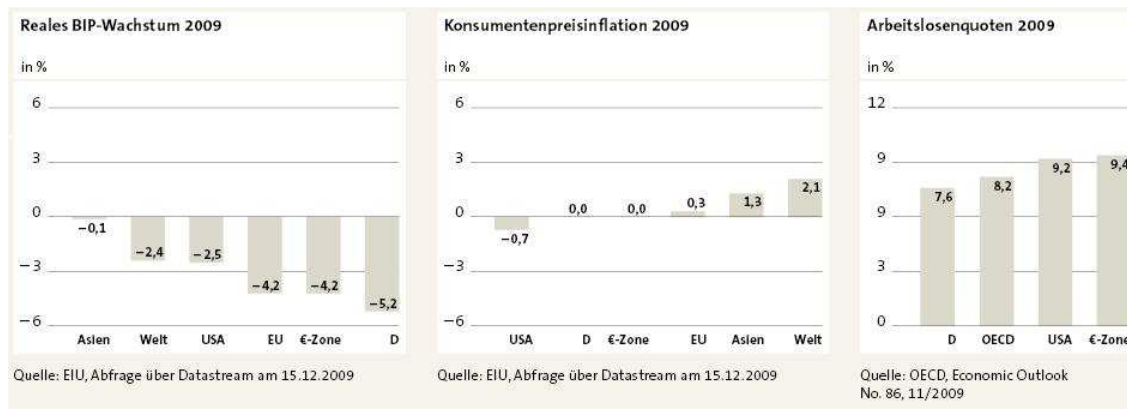
Die Einbrüche in der Realwirtschaft überstiegen die Erwartungen der Experten. Die Politik reagierte auf den Konjunkturereinbruch mit umfangreichen Maßnahmenpaketen. Neben klassischen Instrumenten der Geld- und Fiskalpolitik wurden vor allem Maßnahmen ergriffen, die auf die Unterstützung des Bankensektors ausgerichtet waren. Die Bereitstellung von Krediten, Garantien und Eigenkapital sowie neue Gesetze verhinderten Insolvenzen weiterer systemrelevanter Banken.

Die Geldpolitik manifestiert sich zunächst in historischen Tiefstständen der Notenbankzinsen. So wurde in den USA die Federal Funds Target Rate Mitte Dezember 2008 auf 0,25 % fixiert, die Europäische Zentralbank behält seit Mitte Mai 2009 den Zins für die Hauptrefinanzierungsfazilität bei 1 %. Daneben wurde eine Reihe weiterer Maßnahmen ergriffen, die zu einer sogenannten quantitativen Lockerung beitrugen. Die wichtigste Maßnahme der Europäischen Zentralbank in diesem Bereich war die unbegrenzte – bzw. nur durch die Verfügbarkeit von Sicherheiten limitierte – Bereitstellung von Zentralbankgeld mittels der Hauptrefinanzierungsfazilität mit einer Laufzeit von einem Jahr. Die zuvor übliche Laufzeit waren 7 Tage.

Auch die Fiskalpolitik wurde in nahezu allen Ländern deutlich ausgeweitet. In der Eurozone lag das durchschnittliche Haushaltsdefizit bei 6,4 %. Zusammen mit dem konjunkturellen Abschwung stiegen die Staatsschulden innerhalb eines Jahres durchschnittlich um über 10,0 % an. Dies galt etwa für Spanien, Irland und Griechenland, deren Haushaltsdefizite 2009 mit 11,2 %, 12,5 % bzw. 12,7 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im zweistelligen Bereich lagen. Damit haben diese Länder die im Maastricht-Vertrag festgehaltene Grenze von 3 % weit überschritten. Als Folge haben sich erstmals in der Währungsunion wieder deutliche Zinsunterschiede für Staatsanleihen zwischen den Staaten der Eurozone herausgebildet. Experten sehen hierin eine deutliche Skepsis der Investoren, die nun auch in der Eurozone Länderrisiken wieder differenzierter sehen. Entsprechend unterschiedlich fallen auch die jeweiligen Ratings aus.

Der mit der Finanzkrise einhergehende Konjunkturereinbruch sorgte dafür, dass es trotz der ergriffenen Maßnahmen nicht zu einer Inflation kam. Weltweit ging die Inflationsrate sogar zurück. Zusätzlich sank auch der Ölpreis im Berichtsjahr deutlich im Vergleich zu den Höchstständen Mitte 2008, dennoch führten all diese Faktoren auch noch nicht zu einer Deflation.

Eine weitere Auswirkung der durch die Finanzkrise ausgelösten Wirtschaftskrise ist die gestiegene Arbeitslosigkeit. Dabei verlief die Entwicklung keinesfalls homogen. So verdoppelte sich die Arbeitslosenquote in den USA zwischen 2007 und 2009 nahezu, während sich in Deutschland die Anzahl der Erwerbslosen im gleichen Zeitraum sogar leicht verminderte. Ein Grund hierfür war der Einsatz der Kurzarbeit.



Branchenspezifische Lage

Gesamtsituation der Bankbranche

2009 erwies sich für die Bankenbranche als ein sehr wechselhaftes Jahr. Die Ausweitung der Finanzkrise ab Herbst 2008 und die dadurch bedingten Liquiditätseingpässe machten für Banken weltweit Kapitalunterstützung in Form von Krediten, Garantien oder Staatshilfen erforderlich, um Liquiditäts- oder Eigenkapitalengpässe zu vermeiden. In den USA mussten dennoch 140 Banken in 2009 geschlossen werden. Nach Berechnungen der Bank of England betragen die staatlichen Unterstützungen für das jeweilige Finanzsystem in den USA 73 % des dortigen Bruttosozialproduktes, 74 % in Großbritannien und 18 % in der Eurozone.

Gegen Ende 2009 konnten allerdings einige der US-amerikanischen und britischen Banken diese Staatshilfen meist auf der Basis hoher Gewinne im Investmentbanking ganz oder teilweise zurückführen. Klassische Geschäfts- oder Kreditbanken ohne größere Aktivitäten im Investmentbanking verzeichneten dagegen bedingt durch hohen Risikovorsorgebedarf deutlich schlechtere Ergebnisse.

Zu Beginn der Krise wurden fällige Kredite in größerem Umfang verlängert, um sofortige Kreditausfälle zu vermeiden. Der Rückgang der Sicherheitenwerte lässt dies jedoch kaum noch zu. Die gespannte gesamtwirtschaftliche Lage aber auch die knappe Eigenkapitalsituation und die gestiegenen Risikobewertungsanforderungen reduzierten zudem das Neugeschäft im Kreditbereich deutlich.

Um das Vertrauen sowohl in die Banken als auch zur Kreditvergabe wieder herzustellen, haben die Regierungen weltweit unterschiedliche Modelle entwickelt. In Deutschland hat die Politik im Sommer 2009 Gesetze auf den Weg gebracht, die die Gründung sogenannter Abwicklungsanstalten erlauben. Diese ermöglichen es Banken, risikobehaftete Wertpapiere und Kredite aus der Bilanz zu übertragen und dadurch ihre Eigenkapitalrelationen nicht noch weiter zu verschlechtern. In Großbritannien dagegen werden Darlehen dem staatlichen Vermögenssicherungssystem unterstellt. Die US-Regierung hat unterdessen Sicherheiten für verbriefte Immobiliendarlehen abgegeben und die Regeln bei Zahlungsverzug gelockert.

Immobilienfinanzierung

Auch die Märkte für Gewerbeimmobilien waren in zunehmendem Maß von der Krise betroffen und erlitten im Berichtsjahr teilweise massive Einbrüche. Verglichen mit den Höchstständen im Juli 2007, verzeichneten die Märkte in den USA, Großbritannien, Spanien und Irland bei Objektwerten Rückgänge von bis zu 50 %.

Die schwierige wirtschaftliche Lage führte zu kontinuierlich steigenden Leerstandsdaten bei sinkenden Mieten. Büromieten in erstklassigen Lagen von Madrid oder Paris gingen im Vergleich zum Jahresende

2008 um bis zu 20 % zurück, in London um bis zu 18 %, in New York um bis zu 45 % - Deutschland war mit einem Rückgang um durchschnittlich 6 % vergleichsweise wenig betroffen. Die Leerstandsrate für ganz Europa liegt bei 11 %, in Deutschland bei 10 % und in den USA bei 16 %. Diese Entwicklung stellte insbesondere für Investments mit hohem Fremdkapitalanteil eine Herausforderung dar, da sinkende Mieten und steigende Leerstände einen niedrigeren Ertragswert zur Folge hatten, so dass solche Finanzierungen Deckungslücken aufwiesen.

Einige Banken prolongierten anfänglich noch fällige Darlehen in der Hoffnung, dass sich die Objektwerte und die Beleihungsausläufe wieder erholen und ein refinanzierbares Niveau erreichen würden. Zwar konnten die Banken höhere Margen und Gebühren durchsetzen, vielen Marktteilnehmern fehlte jedoch eine Lösung für nicht realisierte Wertkorrekturen - insbesondere für Objekte in Nebenlagen. Die verschlechterte Kreditportfolioqualität vieler Institute führte außerdem dazu, dass zur Prolongation anstehende Kredite aufgrund von geringeren Objektwerten nicht mehr verlängert, bzw. vorzeitig in Frage gestellt wurden, da die ursprünglichen Kreditvereinbarungen nicht mehr eingehalten werden konnten. Die Folge waren weitere Zahlungsausfälle. Nach Angaben von PWC wurden in Spanien 38 % aller Insolvenzanträge von Unternehmen aus dem Bau- und Immobiliengewerbe gestellt, in Großbritannien waren es 24 %. Der Immobiliensektor insgesamt war damit die Branche mit den meisten Insolvenzen.

Auch das weltweite Investitionsvolumen lag im Berichtsjahr deutlich unter dem der Vorjahre und belief sich auf 70,0 Mrd. €. Während das erste Quartal mit 0,9 Mrd. € sehr schwach ausfiel, stiegen die Investitionen im Jahresverlauf wieder an. Das vierte Quartal 2009 war mit einem Volumen von 25,7 Mrd. € das umsatzstärkste seit dem Höhepunkt der Finanzkrise im September 2008. Während die Investoren in der ersten Jahreshälfte eher zurückhaltend waren und sich hauptsächlich auf ihre heimischen Märkte konzentrierten, waren sie in der zweiten Jahreshälfte bereits zuversichtlicher und investierten wieder über die Landesgrenzen hinweg. Das stärkste Wachstum verzeichneten dabei die Märkte Mittel- und Osteuropas, obwohl diese im Vergleich zu den westeuropäischen traditionell als riskanter eingestuft werden.

Quellen: DTZ Zadelhoff, Jones Lang Lasalle, Atis Real

Staatsfinanzierung

Im Verlauf der Finanzkrise gerieten auch öffentliche Körperschaften in einen Kreditengpass. Länder wie Italien oder Frankreich mussten zum Beispiel besondere Maßnahmen ergreifen, um regionale Körperschaften finanziell zu unterstützen. Mittlerweile fließt jedoch wieder ein beträchtlicher Teil der auf den Märkten verfügbaren Liquidität in die Finanzierung von Staaten und öffentlichen Körperschaften.

In unseren Kernmärkten Frankreich, Deutschland, Italien und Spanien wurde die Verfügbarkeit von Liquidität zur Finanzierung von Staaten und regionalen Körperschaften mindestens von einem der folgenden Faktoren unterstützt:

- Risikoaverses Angebotsverhalten von Regional- und Geschäftsbanken, die deshalb Kredite vermehrt im öffentlichen Sektor statt an die Privatwirtschaft vergeben
- Steigendes Volumen der Kundeneinlagen bei großen Geschäftsbanken, welches in sicheres Kreditgeschäft reinvestiert wurde
- Lockerung der Beleihungsrichtlinien für Anleihen und Darlehen bei der EZB, um eine günstigere Refinanzierung zu ermöglichen
- Unterstützung des europäischen Marktes für gedeckte Anleihen, wie den deutschen Pfandbrief, durch die EZB mit der Absicht, Bonds im Wert von bis zu 60 Mrd. € zu erwerben (bis zum 8. Dezember 2009 hatte die EZB Bonds im Wert von 28,3 Mrd. € erworben).

Obwohl sich im Laufe des Berichtsjahres einzelne Marktteilnehmer von der Staatsfinanzierung zurückzogen, erschlossen einige Regionalbanken erfolgreich ihre heimischen Märkte und sorgten so vor allem in der zweiten Jahreshälfte für verstärkten Wettbewerb. Nachdem aufgrund vorübergehender Maßnahmen (z.B. beschleunigte Mehrwertsteuerrückzahlung in Frankreich) die Nachfrage nach Finanzierungen für Gebietskörperschaften kleiner geworden war, erhöhte sich der Druck auf die Margen.

Deshalb erhielten die regionalen und kommunalen Körperschaften in den Kerngebieten wieder einfacher Zugang zu Finanzierungen bei vergleichsweise geringerem Risikoaufschlag. Ein großer Unterschied

zwischen den Märkten besteht in der Fristigkeit. Während beispielsweise in Spanien Laufzeiten bis zu 10 Jahren angeboten werden, beträgt die Laufzeit für staatliche Schuldner in Frankreich und Deutschland 20 bis 30 Jahre.

Obleich der Zugang zu Finanzierungsmitteln für Staaten und Gebietskörperschaften leichter wurde, stuften die Ratingagenturen einige EU Länder herab. Portugal wurde beispielsweise auf A+ herabgestuft¹, das Rating von Großbritannien und Spanien zwar auf AAA belassen, aber jeweils mit negativer Prognose versehen² und Griechenland wurde zuletzt auf BBB+ herabgestuft³. Diese Entwicklung spiegelte sich auch in ausgewählten Credit Default Swaps (CDS) sowie den Risikoaufschlägen für zehnjährige Staatsanleihen wider.

Refinanzierungsmärkte

Die Refinanzierungsmärkte haben sich im Laufe des Jahres 2009 kontinuierlich stabilisiert. In der zweiten Jahreshälfte fanden vermehrt erfolgreiche Kapitalmarktmissionen statt. Positiv hat sich der Markt für gedeckte Schuldverschreibungen entwickelt. Neben den sogenannten Benchmark-Covered-Bond-Transaktionen mit einem Volumen von mehr als 1 Mrd. € konnten auch Privatplatzierungen in einem vergleichsweise hohen Umfang realisiert werden. Zur Stabilisierung hat auch das Covered-Bond-Kaufprogramm der EZB beigetragen. Andere Märkte haben die positive Spread-Entwicklung am Markt für gedeckte Schuldverschreibungen teilweise nachvollzogen. So haben sich auch die Märkte für unbesicherte Bank-Emissionen weiter stabilisiert. Jedoch ist das Niveau der Risikoaufschläge generell immer noch höher als vor der Finanzkrise. Der Geldmarkt hat sich noch nicht wieder vollständig erholt. Die umgesetzten Volumina außerhalb der Offenmarktgeschäfte der EZB sind weit geringer als vor der Finanzmarktkrise.

Wesentliche rechtliche Rahmenbedingungen

Das im Juli 2009 von der Bundesregierung erlassene Gesetz zur Fortentwicklung der Finanzmarktstabilisierung ermöglicht es Kreditinstituten, erworbene Risikoaktiva und nicht strategische Geschäftsbereiche in eine Abwicklungsanstalt auszulagern. Das sogenannte Abwicklungsanstalt-Modell ermöglicht die Entlastung der Bankbilanzen von nicht-strategischen Geschäftsteilen und Problemaktiva.

Auch die Neufassung der „Mindestanforderungen an das Risikomanagement von Kredit- und Finanzdienstleistungsinstituten“ (MaRisk) sind für die Branche bedeutend. Hier sind vor allem die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Stresstesting, Liquiditätsrisiko sowie Risikokonzentration von Relevanz. Höhere Anforderungen stellen die MaRisk nun auch an das gruppenweite Risikomanagement. Darin wird ausdrücklich gefordert, dass eine Strategie für den gesamten Konzern entwickelt wird, d.h. die Risikotragfähigkeit muss für den gesamten Konzern gewährleistet sein.

Das im Mai 2009 in Kraft getretene Gesetz zur Modernisierung des Bilanzrechts (BilMoG) enthält neben den bilanzrechtlichen Regelungen für den handelsrechtlichen Jahresabschluss und Konzernabschluss eine Reihe von Bestimmungen, die die Corporate Governance betreffen. Die bilanzrechtlichen Regelungen sind überwiegend verpflichtend im Jahr 2010 anzuwenden, alle Corporate Governance Regelungen finden schon für das Jahr 2009 Anwendung.

Unternehmensspezifische Rahmenbedingungen

Organisatorische und rechtliche Struktur der Deutschen Pfandbriefbank AG

Die Deutsche Pfandbriefbank AG ist ein Tochterunternehmen der HRE Holding. Die HRE bestand im Berichtsjahr insbesondere aus der übergeordneten HRE Holding und den operativen Banktochterunternehmen Hypo Real Estate Bank AG und DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG sowie der DEPFA Bank plc. Die DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG wurde am 29. Juni 2009 auf die Hypo Real Estate Bank AG verschmolzen, die in Deutsche Pfandbriefbank AG umfirmiert wurde. Seit dem 19. Mai 2009 ist die HRE Holding auch im aufsichtsrechtlichen Sinn das übergeordnete Unternehmen des HRE Konzernverbundes (§ 10a Abs. 3 KWG). In der Struktur gliedern sich die Verantwortungsbereiche in 2

¹ S&P, Stand: Januar 2009

² S&P, Stand: Dezember 2009,

³ Fitch, Stand: Dezember 2009

Geschäftssegmente, die weitgehend unabhängig von der rechtlichen Unterteilung nach Tochterunternehmen sind, daher gelten diese auch für die Deutsche Pfandbriefbank AG.

Unternehmensstrategie

Im Geschäftsjahr 2009 war die Deutsche Pfandbriefbank AG in 2 Berichtssegmenten aufgestellt: Commercial Real Estate (gewerbliche Immobilienfinanzierung) und Public Sector (Finanzierung der öffentlichen Hand). Zusätzlich gibt es die Spalte Corporate Center. Dort sind unter anderem die Ergebnisbeiträge aus den nicht-strategischen Portfolios wie dem CDO-Portfolio und einer HRE internen Garantie sowie die Aufwendungen wesentlicher Konzernfunktionen dargestellt. Darüber hinaus beinhaltet das Corporate Center Aufwendungen für die Liquiditätsunterstützungen und bestimmte Verwaltungsaufwendungen der Backoffice Bereiche.

Die Deutsche Pfandbriefbank AG ist die strategische Kernbank der HRE. Im Zuge der strategischen Neuausrichtung wird die Segmentstruktur überarbeitet. Im Geschäftsjahr 2010 wird die HRE ihr Berichtswesen auf 3 Geschäftssegmente umstellen: Das strategische Geschäft in der gewerblichen Immobilienfinanzierung (bisher Commercial Real Estate) wird zukünftig im Segment Real Estate Finance zusammengefasst und das strategische Staatsfinanzierungsgeschäft (bisher Public Sector) im Segment Public Sector Finance. Das nichtstrategische Geschäft wird im Segment "Value Portfolio" erfasst und soll wertschonend abgebaut werden. Zusätzlich wird eine Spalte "Consolidation & Others" eingeführt, die neben buchhalterischen Konsolidierungsposten einzelne Positionen umfasst, welche nicht den strategischen Segmenten bzw. dem Value Portfolio zugeordnet werden können.

Neugeschäft wird nur in der Deutschen Pfandbriefbank AG getätigt und zwar in den beiden Segmenten gewerbliches Immobilienfinanzierungsgeschäft (Real Estate Finance) und Staatsfinanzierungsgeschäft (Public Sector Finance). Wesentlicher Erfolgsfaktor in der Neugeschäftsstrategie sind in den beiden zukünftigen Zielsegmenten Real Estate Finance und Public Sector Finance die zahlreichen und langjährigen Kundenverbindungen und der große Kundenstamm, die die Basis für die im Jahr 2009 getätigten Neugeschäfte waren. Die Neugeschäftsstrategien dieser beiden Geschäftssegmente gestalten sich wie folgt:

Real-Estate-Finance-Neugeschäftsstrategie:

Real Estate Finance fokussiert auf Immobilienfinanzierungen mit konservativer Refinanzierungsstrategie. Der Schwerpunkt liegt auf der Finanzierung bereits bestehender Objekte. Entwicklungsfinanzierungen werden nur selektiv und nicht-spekulativ vorgenommen. Der geografische Fokus liegt auf pfandbrieffähigen Märkten, insbesondere Deutschland, England und Frankreich sowie andere ausgewählte europäische Regionen, in denen die Deutsche Pfandbriefbank AG schon in der Vergangenheit aktiv war. Es werden Beleihungsausläufe von bis zu 80 % eingegangen. Die Zielgröße von Finanzierungen liegt in einer Höhe von 70 Mio. € und sehr selektiv von bis zu 100 Mio. €; eine Mindestlosgröße von 10 Mio. € gilt für deutsche Mittelstandskunden bzw. 20 Mio. € für professionelle Immobilienfinanzierungskunden im restlichen Europa. Strategische Partnerschaften werden mit anderen Instituten mit dem Ziel geschlossen, durch Syndizierungen und Konsortialfinanzierungen für Kunden auch höhere Beleihungsausläufe ohne vermehrtes Risiko für die Bank zu ermöglichen.

Public-Sector-Finance-Neugeschäftsstrategie:

Neugeschäft soll mit Fokus auf die Primärmärkte, sprich die direkte Finanzierung öffentlicher Körperschaften und mit einer konservativen Refinanzierungsstrategie erfolgen. Ziel ist eine Konzentration auf pfandbrieffähige Märkte mit exzellenten Länderratings. Für das Geschäftsjahr 2009 lag der Schwerpunkt auf Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien. Die Zielgruppe für dieses Geschäft sind profitable Kundensegmente mit einem adäquaten Risikoniveau: Regionen, Städte und Gemeinden sowie staatlich garantierte öffentliche Körperschaften und garantierte Public-Private-Partnerships. Nur eingeschränkt findet direktes Geschäft mit Staaten statt, da diese überwiegend den direkten Zugang zu den Kapitalmärkten nutzen und nur geringe Cross-Selling-Möglichkeiten bei niedrigen oder sogar negativen Margen ermöglichen. Es werden vor allem einfache und maßgeschneiderte Finanzierungslösungen angestrebt, die in größerem Umfang der Kategorie Loans-and-Receivables zugeordnet werden und Laufzeiten bis zu 12 Jahren haben. Ein weiteres Ziel ist die signifikante Verbesserung der Profitabilität im Public-Sector-Finance-Geschäftssegment durch aktives Anbieten von Kundenderivaten zur Risikoreduktion, nicht jedoch für spekulative Zwecke.

Strategie zum wertschonenden Abbau von Kredit- und Wertpapierportfolios

In Abstimmung mit dem SoFFin hat die HRE Holding bei der Finanzmarktstabilisierungsanstalt (FMSA) einen Antrag auf Errichtung einer Abwicklungsanstalt zum wertschonenden Abbau von

Vermögensgegenständen gestellt. Auf diese Abwicklungsanstalt will die HRE Geschäftsbereiche, die für die Neuausrichtung des Unternehmens nicht strategienotwendig sind, und weitere Bilanzpositionen übertragen. Die Übertragung soll im zweiten Halbjahr 2010 nach Genehmigung aller erforderlichen Institutionen und Organe erfolgen. Kredite, die nicht mehr im strategischen Fokus der Kernbank stehen, können so auch im Interesse der Kunden wertschonend weitergeführt werden. Außerdem soll durch die Übertragung der weitere Kapitalbedarf der Deutschen Pfandbriefbank AG sinken und die Gesellschaft schneller reprivatisierungsfähig gemacht werden. Ob und inwieweit dem Antrag auf Errichtung der Abwicklungsanstalt stattgegeben wird, liegt im Ermessen der FMSA.

Steuerungskonzept

Das Steuerungskonzept der Deutschen Pfandbriefbank AG entspricht dem der HRE und ist darauf ausgerichtet, den Fortbestand des Konzerns zu sichern und langfristig den Unternehmenswert zu steigern. Im Vordergrund stehen weiterhin die Sicherstellung der Liquidität und der Solvabilität sowie die Verbesserung des Risikofrüherkennungssystems. Bei der Liquiditätssteuerung steht die jederzeitige Fähigkeit im Vordergrund alle fälligen Zahlungsverpflichtungen erfüllen zu können. Wie im Vorjahr kann dieses Ziel derzeit nur mithilfe umfangreicher Unterstützungsmaßnahmen erreicht werden. Die Solvabilität, also die ausreichende Ausstattung mit Eigenkapital, wird auf Basis der aufsichtsrechtlichen Kennziffern Kernkapitalquote und Eigenmittelquote auf Konzernebene und Einzelinstitutsebene gesteuert. Die gesetzlich vorgeschriebenen Quoten konnten ebenfalls nur mithilfe der Unterstützungsmaßnahmen erreicht werden. Die HRE steuert diese Quoten auch auf Basis von Szenarioanalysen, die zum Beispiel Ratingmigrationen oder Wechselkursveränderungen berücksichtigen. Das Risikofrüherkennungssystem wurde nach der Krise der HRE überarbeitet; es ist ausführlich im Risikobericht dargestellt.

Gleichzeitig ist zur Sicherung des Fortbestands des Unternehmens strikte Kostendisziplin erforderlich. Diese wird sowohl anhand der absoluten Kosten als auch der Cost-Income-Ratio überwacht. Die Cost-Income-Ratio ist das Verhältnis zwischen dem Verwaltungsaufwand und den operativen Erträgen, bestehend aus dem Zinsüberschuss und ähnlichen Erträgen, dem Provisionsüberschuss, dem Handelsergebnis, dem Finanzanlageergebnis, dem Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen und dem Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge/Aufwendungen. Eine Verbesserung der Cost-Income-Ratio wird primär durch eine Reduzierung des Verwaltungsaufwandes im Zuge der Restrukturierung und erst in zweiter Linie durch zunehmendes Neugeschäft angestrebt. Darüber hinaus strebt die Deutsche Pfandbriefbank AG durch den marktschonenden Abbau nichtstrategischer Portfolios eine weitere Reduzierung der Bilanzsumme an.

Die Steigerung des Unternehmenswertes ist gegeben, wenn die Eigenkapitalrentabilität einer Steuerungseinheit ihre Eigenkapitalkosten nachhaltig übersteigt. Zur Ermittlung der Eigenkapitalrentabilität wird der Jahresüberschuss nach IFRS in Beziehung zum durchschnittlichen Eigenkapital (ohne AfS-Rücklage und Cashflow-Hedge-Rücklage) gesetzt. Dabei stellen die Eigenkapitalkosten die rechnerischen Kosten für das Eigenkapital dar und geben den Grenzkostensatz für die bestehende und künftige Risikonahme vor. Durch Vergleich der Eigenkapitalrentabilität mit den Eigenkapitalkosten werden das Neugeschäft und das bestehende Portfolio auf Rentabilität unter Berücksichtigung des ökonomischen Risikos untersucht.

Wesentliche Ereignisse

Die Mehrzahl der wesentlichen Ereignisse, die für die Deutsche Pfandbriefbank AG relevant sind, sind im Zusammenhang des HRE-Konzerns zu betrachten.

Liquiditätssichernde Maßnahmen

Die HRE griff im Geschäftsjahr 2009 unverändert auf Liquiditätshilfen eines Konsortiums der Finanzwirtschaft sowie des SoFFin zurück. Die Liquiditätsunterstützung belief sich per 31. Dezember 2009 auf insgesamt 95,0 Mrd. €. Die Liquiditätsunterstützung wurde zu 80% an die DEPFA Bank plc weitergeleitet. Die Entwicklung der Liquiditätsunterstützung ist der unten stehenden Tabelle zu entnehmen.

Der SoFFin hat zunächst am 4. November 2009 den gesamten Garantierahmen für die HRE in Höhe von 52 Mrd. € bis zum 30. Juni 2010 verlängert. Die Verlängerung war erforderlich, da die Garantien zum 18. November 2009 ausliefen. Die zur HRE gehörende Deutsche Pfandbriefbank AG kann den SoFFin-Garantierahmen weiterhin nutzen, um auszugebende Schuldverschreibungen zu besichern. Die Konditionen blieben unverändert: So zahlte die Deutsche Pfandbriefbank AG an den SoFFin eine

zeitanteilig berechnete Bereitstellungsprovision in Höhe von 0,1 % auf den nicht in Anspruch genommenen Teil des Garantierahmens. Für die Ausnutzung fällt eine Provision in Höhe von 0,5 % p. a. an.

Für die seit November 2008 bestehende Liquiditätsfazilität für die HRE mit einem ursprünglichen Volumen in Höhe von 50 Mrd. € haben der SoFFin, die HRE und ein Konsortium der deutschen Finanzwirtschaft eine neue Struktur vereinbart. Die neue Liquiditätsfazilität hat sich aufgrund von Tilgungen in Höhe von 7 Mrd. € im Laufe des Jahres 2009 auf 43 Mrd. € reduziert. Davon hat das Konsortium der deutschen Finanz- und Versicherungswirtschaft rund 23 Mrd. € gezeichnet. Die Auszahlung erfolgte am 23. Dezember 2009 bzw. am 30. Dezember 2009. In Höhe von 20 Mrd. € wurden Wertpapiere der Deutschen Pfandbriefbank AG begeben, die wie bisher über Zentralbanken, aber auch über den Markt refinanziert wurden. Die Fazilität wurde in vollem Umfang mittels SoFFin-Garantien mit einer Laufzeit bis zum 22. Dezember 2010 besichert. Die Bundesgarantien über 35 Mrd. € wurden abgelöst. Das Sicherheitenportfolio über ursprünglich rund 60 Mrd. € wird bis zum 31. März 2010 weitgehend freigegeben werden. Sowohl die Bundesgarantie als auch das Sicherheitenportfolio dienen als Sicherheit für die ursprüngliche Fazilität in Höhe von 50 Mrd. €. Nicht freigegeben sind die Verpfändungen der Anteile an der Deutschen Pfandbriefbank AG und der DEPFA Bank plc sowie die Verpfändungen der Anteile an Tochterunternehmen der DEPFA Bank plc. Mit dieser Restrukturierung reduzieren sich die Kosten der HRE für die Liquiditätsbereitstellung. Die vom Konsortium übernommenen Wertpapiere werden mit dem EURIBOR-Zinssatz + 0,10 Prozentpunkte p.a. verzinst. Die SoFFin-Garantien kosten 0,10 % p.a. Bereitstellungsgebühr bzw. 0,50 % p.a. bei Ausnutzung.

Liquiditätsunterstützungsmaßnahmen für die HRE				
Art der Unterstützungsmaßnahme	Datum der Gewährung	Fälligkeit unter Berücksichtigung von Prolongationen	Ursprünglicher Nominalbetrag in Mrd. €	Nominalbetrag zum 31.12.2009
Emission von staatlich garantierten, EZB-fähigen Inhaberschuldverschreibungen (= Ablösung der Liquiditätskreditlinie der Deutschen Bundesbank vom 13.11.2008 bis 26.3.2009)	26.3.2009	30.12.2009	20,0	—
Emission von staatlich garantierten, EZB-fähigen Inhaberschuldverschreibungen	13.11.2008	23.12.2009	15,0	—
Emission von besicherten Schuldverschreibungen	13.11.2008	23.12.2009	15,0	—
Emission von SoFFin-garantierten Inhaberschuldverschreibung (Ablösung des vom SoFFin erstmalig gewährten Garantierahmens vom 19.4.2009)	18.11.2009	30.6.2010	52,0	52,0
Emission von SoFFin-garantierten Inhaberschuldverschreibungen (Ablösung der staatlich garantierten und der besicherten Schuldverschreibungen vom 26.3.2009 bis 23.12.2009)	23.12.2009	22.12.2010 ³⁾	23,0	23,0
Emission von SoFFin-garantierten, EZB-fähigen Inhaberschuldverschreibungen (Ablösung der staatlich garantierten, EZB-fähigen Inhaberschuldverschreibungen vom 26.3.2009 bis 30.12.2009)	30.12.2009	22.12.2010	20,0	20,0
Summe der Liquiditätsunterstützung				95,0

³⁾ Gemäß § 5 (1) der Anleihebedingungen sind zum 23.3./23.6./23.9.2010 Teilrückzahlungen von jeweils 1,5 Mrd. € vorzunehmen.

Rekapitalisierung

Der SoFFin hat die HRE im Geschäftsjahr 2009 zunächst mit insgesamt rund 6 Mrd. € rekapitalisiert: 3 Mrd. € flossen der HRE Holding über zwei Kapitalerhöhungen im März und im Juni 2009 zu. Im November 2009 erhielt die HRE weitere 3 Mrd. €. Die EU-Kommission hat mit Entscheidung vom 13. November 2009 die weitere Rekapitalisierungstranche für die HRE vorläufig, d.h. bis zur endgültigen Entscheidung über den Umstrukturierungsplan, mit den Beihilfavorschriften des EG-Vertrags für vereinbar erklärt.

Die jüngste Kapitalzuführung durch den SoFFin erfolgte auf Ebene der HRE Holding und der Deutschen Pfandbriefbank AG: In die Rücklage der HRE Holding zahlte der SoFFin 0,7 Mrd. € ein. Bei der Deutschen Pfandbriefbank AG wurden 1,3 Mrd. € den Rücklagen zugeführt; 1 Mrd. € wurde als stille Einlage gezahlt. Darüber hinaus hat der SoFFin am 6. November 2009 in einer schriftlichen Absichtserklärung gegenüber der HRE erneut bekräftigt, Kapital in hinreichender Höhe zur Verfügung zu stellen, um mindestens die Fortführung der HRE Holding und ihrer wesentlichen Tochtergesellschaften und das erforderliche tragfähige Geschäftsmodell, insbesondere der Deutschen Pfandbriefbank AG sicherzustellen. Die Unterstützung, die die HRE insgesamt vom Bund erhält, ist abhängig vom Ergebnis einer abschließenden Prüfung, ggf. eine Abwicklungsanstalt für nicht strategische oder notleidende Vermögenswerte der HRE

einzurichten. Diese sowie gegebenenfalls weitere Maßnahmen stehen unter dem Vorbehalt, dass sie die beihilferechtlichen Anforderungen der EU-Kommission erfüllen.

Verfahren bei der Europäischen Kommission

Die Europäische Kommission hat mit Entscheidung vom 2. Oktober 2008 Maßnahmen zur Abdeckung des Liquiditätsbedarfs der HRE genehmigt. In der Entscheidung wurde die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet, bis spätestens 1. April 2009 einen Umstrukturierungsplan für die HRE vorzulegen. Die HRE hat einen solchen Umstrukturierungsplan erstellt und über das Bundesministerium für Wirtschaft fristgerecht bei der Europäischen Kommission eingereicht. Dieser Umstrukturierungsplan wird gegenwärtig von der Europäischen Kommission geprüft. Mit Entscheidung vom 7. Mai 2009 hat die Europäische Kommission das sogenannte "förmliche Prüfverfahren" eingeleitet. Mit Entscheidung vom 13. November 2009 hat die Europäische Kommission das förmliche Prüfverfahren auf weitere, in der Zwischenzeit bereits gewährte, sowie auf geplante Maßnahmen zugunsten der HRE erweitert. Die Einleitung und Erweiterung des förmlichen Prüfverfahrens ist in komplexen beihilferechtlichen Verfahren das übliche Vorgehen, wird von der Europäischen Kommission ergebnisoffen geführt und nimmt noch keine inhaltliche Entscheidung vorweg. Der Vorstand der HRE Holding rechnet derzeit mit einer abschließenden Entscheidung frühestens im zweiten Quartal 2010.

Standortschließungen bzw. -konsolidierungen

Die Reduzierung bzw. Konsolidierung der Standorte schreitet im Plan gut voran. Seit Januar 2009 wurden bereits 9 Standorte weltweit geschlossen; eine weitere Standortschließung soll bis Ende des Jahres 2010 folgen. Darüber hinaus wurden an Standorten mit mehreren Bürogebäuden (London, Madrid, Paris und New York) die Büros zusammengelegt.

In der zweiten Augushälfte 2009 wurden alle Umzüge der bisherigen Münchner Standorte der Deutschen Pfandbriefbank AG an den Standort Unterschleißheim abgeschlossen. Dort sind nun alle Mitarbeiter zusammengeführt, die in München bisher auf fünf Standorte im Stadtgebiet verteilt arbeiteten. Lediglich die IT-Tochter pbb Services GmbH, sowie ein zeitlich befristetes IT-Projekt haben ihre 2 Standorte in München behalten. Der Standort Unterschleißheim bietet Büros für rund 650 Mitarbeiter. Der juristische Sitz des Unternehmens bleibt auch nach dem Umzug München.

Neue Marke pbb Deutsche Pfandbriefbank

Seit dem 2. Oktober 2009 tritt die Deutsche Pfandbriefbank AG unter der neuen Marke „pbb Deutsche Pfandbriefbank“ sowie mit neuem Logo und neuem Corporate Design am Markt auf. Der neue Marktauftritt kam erstmals bei der internationalen Immobilienmesse Expo Real vom 5. bis 7. Oktober 2009 in München zum Einsatz. Mit dem neuen Marktauftritt vollzieht die Bank auch in der Außendarstellung die Verschmelzung von DEPFA Deutscher Pfandbriefbank AG und Hypo Real Estate Bank AG zur Deutschen Pfandbriefbank AG.

Deutsche Pfandbriefbank AG überträgt Betrieb und Management ihrer IT-Infrastruktur

Ab dem 1. November 2009 haben die Deutsche Pfandbriefbank AG und die mit ihr verbundenen Konzernunternehmen den Betrieb der weltweiten IT-Infrastruktur einheitlich an die Fujitsu Services GmbH ausgelagert. Diese Maßnahme umfasst den Betrieb der Rechenzentren, der Server und Netzwerke sowie weitere Dienstleistungen.

Deutsche Pfandbriefbank AG verkauft Forderungen aus Lehman-Brothers-Insolvenz und CDO-Portfolio

Die Deutsche Pfandbriefbank AG hat im September 2009 erfolgreich ein Auktionsverfahren für Forderungen aus dem Insolvenzverfahren von Lehman Brothers abgeschlossen. Im Rahmen der Auktion veräußerte sie weitgehend alle ihre Forderungen gegen die Lehman Brothers Holding beziehungsweise verbundene Unternehmen im Volumen von rund 66,7 Mio. €. Durch den Verkauf realisiert die Deutsche Pfandbriefbank AG einen Buchgewinn. Zusätzlich hat die Deutsche Pfandbriefbank AG im vierten Quartal 2009 ein Portfolio aus CDO und MBS Wertpapieren im Volumen von 1,3 Mrd. € verkauft. Damit wurde insbesondere das Investment in US CDO's abgebaut.

Kapitalmarktemissionen

Die Deutsche Pfandbriefbank AG hat am 8. September 2009 erfolgreich einen Jumbo-Hypothekenpfandbrief im Volumen von 1,5 Mrd. € sowie am 14. Oktober 2009 einen Öffentlichen Jumbo-Pfandbrief im Volumen von 1,0 Mrd. € begeben. Dies waren die ersten öffentlichen Emissionen des Instituts seit mehr als einem Jahr. Beide Papiere wurden am Markt sehr positiv aufgenommen und waren überzeichnet. Die Deutsche Pfandbriefbank AG zahlte für den Jumbo-Hypothekenpfandbrief einen Aufschlag von 50 Basispunkten und für den Öffentlichen Jumbo-Pfandbrief einen Aufschlag von 55

Basispunkten über dem aktuellen Referenzpreis im Swap-Markt. Bereits zu Anfang des Jahres 2010 hat die Deutsche Pfandbriefbank AG am 11. Januar 2010 erfolgreich einen weiteren Öffentlichen Jumbo-Pfandbrief im Volumen von 1,0 Mrd. € aufgelegt. Der aktuelle Pfandbrief ist mit einem jährlichen Kupon von 3,375 % ausgestattet und hat eine Laufzeit von 7 Jahren. Die Deutsche Pfandbriefbank AG zahlte einen Aufschlag von 38 Basispunkten über dem aktuellen Referenzpreis im Swap-Markt. Bei einem Emissionspreis (Re-offer-Preis) von 99,254 % entspricht dies einer Rendite des Pfandbriefs von 3,497 %. Darüberhinaus wurden im Jahr 2009 unbesicherte Emissionen i.H.v. 1,6 Mrd. € getätigt. Das Emissionsvolumen von Short Term Deposits und Commercial Papers belief sich auf 1,8 Mrd. €.

Vorstandspersonalia

Folgende personelle Veränderungen gab es im Vorstand der DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG vom 1. Januar 2009 bis zum 29. Juni 2009. Mit der Verschmelzung der DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG auf die Hypo Real Estate Bank AG erloschen die Vorstandsmandate von Dr. Matthias Achilles und Dr. Marcel Morschbach.

In der Hypo Real Estate Bank AG, die am 29. Juni 2009 zur Deutschen Pfandbriefbank AG umfirmierte, gab es die nachfolgend beschriebenen personellen Veränderungen im Vorstand. Am 15. Januar 2009 legten Charles Balch und Frank Hellwig ihr Vorstandsmandat nieder, Reinhold Güntner schied am 31. Januar 2009 aus dem Vorstand aus. Dr. Robert Grassinger beendete zum 31. März 2009 sein Vorstandsmandat bei der Hypo Real Estate Bank AG. Der Aufsichtsrat bestellte mit Wirkung zum 1. Februar 2009 Manuela Better zum Vorstand der Hypo Real Estate Bank AG. Sie verantwortet die Funktion des Risikovorstands (CRO).

Der Aufsichtsrat der Deutschen Pfandbriefbank AG berief zum 1. Oktober 2009 Alexander Freiherr von Uslar-Gleichen in den Vorstand. Er übernahm die Funktion des Finanzvorstandes (CFO). Dr. Bernhard Scholz wurde vom Aufsichtsrat der Deutschen Pfandbriefbank AG zum 1. Januar 2010 als Mitglied des Vorstands bestellt. Er verantwortet das Ressort Real Estate Finance.

Behördliche und gerichtliche Verfahren

Die Deutsche Pfandbriefbank AG ist Antragsgegnerin in einem Spruchverfahren, begonnen im Zusammenhang mit der Fusion der Bayerischen Handelsbank AG, Nürnberger Hypothekenbank AG und Süddeutschen Bodencreditbank AG im Jahr 2001, die zur Gründung der HVB Real Estate Bank AG führte.

In Zusammenhang mit dem Rückerwerb der Quadra Realty Trust Inc. wurde im Jahr 2008 eine Sammelklage unter anderem gegen die Hypo Real Estate Capital Corporation, einer Tochtergesellschaft der Deutschen Pfandbriefbank AG, eingereicht.

Gegen die Niederlassung Mailand der Deutschen Pfandbriefbank AG haben zwei Kundinnen im Mai 2008 vor einem römischen Gericht Klage auf Zahlung eines mittleren zweistelligen Millionenbetrags im Zusammenhang mit der Nichtausreichung eines Darlehens erhoben.

Im März 2009 hat ein für die Deutsche Pfandbriefbank AG in Frankreich tätiger Kreditvermittler eine Klage gegen die Deutsche Pfandbriefbank AG beim Landgericht Stuttgart eingereicht, in der er Schadenersatz in Höhe von mindestens 20 Mio. € wegen der Suspendierung des Vermittlungsvertrags fordert.

Im Mai 2009 hat die Glitnir Bank Luxembourg S.A. (in Liquidation) Klage gegen die Deutsche Pfandbriefbank AG mit einem Streitwert von 125 Mio. SEK (ca. 12 Mio. €) erhoben. Die Deutsche Pfandbriefbank AG hat fällige Zahlungsansprüche aus einer Schuldverschreibung der Glitnir banki hf in Island mit Forderungen der Glitnir banki hf aus einem Sub-Partizipations-Vertrag verrechnet. Die Glitnir Bank Luxembourg S.A. behauptet, dass die Forderungen aus der Sub-Partizipation an sie abgetreten worden seien (es liegt keine Abtretungsanzeige vor).

Die Entscheidung des Vorstands, für das Jahr 2008 keine diskretionäre variable Vergütung zu zahlen, hat seitdem bereits mehrere anhängige bzw. angedrohte arbeitsgerichtliche Verfahren mit Mitarbeitern in Deutschland zur Folge. Die Frage, ob und in welcher Höhe Bonusansprüche der Mitarbeiter für das Jahr 2008 bestehen, ist eine Frage der Anspruchsgrundlage, der Vertragsauslegung und der Anwendung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen im Einzelfall. Bislang sind zwei erstinstanzliche Urteile gegen die Bank zum Bonus für das Jahr 2008 ergangen (Arbeitsgericht München). Die Gesellschaft beabsichtigt Rechtsmittel einzulegen und hat dies in einem Fall bereits getan. Es ist nicht auszuschließen, dass von weiteren Mitarbeitern Bonusansprüche für 2008 erfolgreich geltend gemacht werden.

Für das Jahr 2009 wurden ebenso von Mitarbeitern Bonusansprüche - teilweise gerichtlich - geltend gemacht. Der Vorstand hat die Entscheidung getroffen, auch für das Jahr 2009 keine diskretionäre variable Vergütung zu zahlen. Auch hier ist nicht auszuschließen, dass von weiteren Mitarbeitern Bonusansprüche für 2009 erfolgreich geltend gemacht werden.

Ratings der Deutschen Pfandbriefbank AG

Im Geschäftsjahr 2009 und bis zum 12. März 2010 kam es im Hinblick auf die Bank- und Pfandbrief-Ratings zu folgenden wesentlichen Ratingveränderungen der 3 mandatierten Ratingagenturen:

Im Januar 2009 setzte Fitch Ratings im Vorfeld der avisierten Verschmelzung mit dem öffentlichen Deckungsstock der Hypo Real Estate Bank AG das Rating der Öffentlichen Pfandbriefe der DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG auf Überprüfung für eine mögliche Herabstufung.

Anfang Februar beendete Moody's die Überprüfung der Ratings und senkte das Langfristrating wegen der zu erwartenden staatlichen Unterstützung nur um eine Stufe von A2 auf A3. Die weiteren Ratingnoten wurden bestätigt, der Ausblick auf alle Ratings ist negativ. In einer weiteren Ratingaktion bestätigte Moody's die Ratings der Pfandbriefe der Hypo Real Estate Bank AG und der DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG und beendete damit die Überprüfung auf Herabstufung.

Anfang April stellte Standard & Poor's die Bankratings wegen der zu erwartenden staatlichen Unterstützung auf „Credit Watch Positive“ (Überprüfung auf Ratingverbesserung).

Nach der außerordentlichen Hauptversammlung der HRE Holding am 02. Juni 2009 verbesserte Fitch das Kurzfristrating von F1 auf F1+.

Die am 29. Juni 2009 erfolgte Verschmelzung der DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG auf die Hypo Real Estate Bank AG, die heute als Deutsche Pfandbriefbank AG firmiert, blieb ohne Auswirkung auf die Ratings.

Ende November beendete Fitch Ratings die bis dahin andauernde Überprüfung der Öffentlichen Pfandbriefe und bestätigte das AAA-Rating.

Überblick der Ratings der Deutschen Pfandbriefbank AG und deren Pfandbriefe zum 31. Dezember 2009:

	Standard & Poor's	Moody's	Fitch
Langfristrating	BBB	A3	A-
Ausblick	Überprüfung auf Ratingverbesserung	Negativ	Stabil
Kurzfristrating	A-2	P-1	F1+
Öffentliche Pfandbriefe	AAA ⁽¹⁾	Aaa	AAA
Hypotheken – pfandbriefe	AAA ⁽¹⁾	Aa3	AA+ ⁽¹⁾

⁽¹⁾ Überprüfung auf Herabstufung

Arbeitsweise des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat der Deutschen Pfandbriefbank AG, vormals der Hypo Real Estate Bank AG setzte sich vom 1. Januar 2009 bis 13. August 2009 wie folgt zusammen: Dr. Michael Endres (Vorsitzender), Bernd Knobloch, Dr. h.c. Edgar Meister (bis 18. Mai 2009), Hans-Jörg Vetter, Manfred Zaß (seit 19. Mai 2009), Ursula Bestler (Arbeitnehmervertreterin) und Georg Kordick (Arbeitnehmervertreter). Da die Amtszeit der Herren Dr. Endres, Knobloch, Vetter und Zaß im Aufsichtsrat der HRE Holding mit Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung der HRE Holding am 13. August 2009 abließ, legten die genannten Herren konsequenterweise ihre Aufsichtsratsmandate in der Deutschen Pfandbriefbank AG zum Ablauf des 13. August 2009 nieder.

Eine außerordentliche Hauptversammlung der Deutschen Pfandbriefbank AG am 13. August 2009 wählte mit Wirkung zum 14. August 2009 neu in den Aufsichtsrat: Dr. Bernd Thiemann, Dagmar Kollmann, Dr. Günther Bräunig und Dr. Hedda von Wedel. In der außerordentlichen Aufsichtsratsitzung am 14. August 2009 wurde Dr. Bernd Thiemann zum Aufsichtsratsvorsitzenden und Dagmar Kollmann zur stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden gewählt.

Vom 14. August 2009 bis 31. Dezember 2009 setzte sich der Aufsichtsrat der Deutschen Pfandbriefbank AG somit wie folgt zusammen: Dr. Bernd Thiemann (Vorsitzender), Dagmar Kollmann (stellvertretende Vorsitzende), Dr. Günther Bräunig, Dr. Hedda von Wedel, Ursula Bestler (Arbeitnehmervertreterin) und Georg Kordick (Arbeitnehmervertreter).

Der Aufsichtsrat bestellte in der Sitzung vom 26. Januar 2009 Manuela Better zum Mitglied des Vorstands ab 1. Februar 2009. In seiner Sitzung vom 15. Mai 2009 bestellte der Aufsichtsrat Alexander Freiherr von Uslar-Gleichen zum Mitglied des Vorstands ab 1. Oktober 2009. Dr. Bernhard Scholz wurde mit Beschluss des Aufsichtsrats vom 11. November 2009 zum Vorstandsmitglied ab 1. Januar 2010 bestellt.

In der Zeit vom 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2009 hatte der Aufsichtsrat der Deutschen Pfandbriefbank AG keine Ausschüsse.

In 2009 hielt der Aufsichtsrat der Deutschen Pfandbriefbank AG 10 Sitzungen ab und fasste außerhalb von Sitzungen 5 Umlaufbeschlüsse. Kein Aufsichtsratsmitglied fehlte an mehr als der Hälfte der Sitzungen.

Die Geschäftsordnung des Aufsichtsrats der Deutschen Pfandbriefbank AG wurde 2009 nicht geändert.

Aufsichtsrat und Vorstand erörterten intensiv die Maßnahmen zur Liquiditäts- und Kapitalunterstützung für die Bank und die Restrukturierung des Konzerns Deutsche Pfandbriefbank. Der Vorstand informierte den Aufsichtsrat regelmäßig und zeitnah über die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung des Konzerns Deutsche Pfandbriefbank, die Geschäftspolitik und -planung, die Strategie, die Risikolage, das Risikomanagement, die Liquiditätsstrategie, über alle berichtspflichtigen Kreditengagements sowie über andere wichtige Vorgänge. Der Vorstandsvorsitzende stand mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden laufend über wichtige Entwicklungen in Kontakt.

Regelmäßig erörtert wurden die Entwicklung im Kreditgeschäft und die Kreditpolitik im Ganzen, die Risikoentwicklung, die Risikosteuerung, die geschäftspolitische Ausrichtung sowie die Entwicklungen und Tendenzen der Märkte im Aktiv- und Passivgeschäft. Intensiv wurden die Maßnahmen zur Überwindung der Krise, die die Existenz der Bank bedroht, erörtert.

Weiter befasste sich der Aufsichtsrat mit den Revisionsergebnissen, der Jahres- und Mehrjahresplanung der Bank, den Steuerungs- und Kontrollmechanismen im Kredit-, Wertpapier- und Derivatgeschäft. Erörtert wurden der Bericht über Compliance (incl. Datenschutz- und Geldwäschegesetz), die Umsetzung von „Basel II“, die Prüfung der erforderlichen Unabhängigkeit des Abschlussprüfers, die Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer und die Honorarvereinbarung mit ihm.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr.

Die Deutsche Pfandbriefbank AG als Arbeitgeber 2009

Mit der Umsetzung der im Jahr 2008 beschlossenen strategischen Neuausrichtung und Restrukturierung der HRE kam es in 2009 zu einem umfassenden Umbau der HRE, der auch in der Deutschen Pfandbriefbank AG zu einer Straffung der Organisationsstruktur führte und in deren Folge auch erhebliche Personalabbaumaßnahmen, sowie Schließungen von Standorten vorgenommen wurden. Gleichzeitig konnten – trotz zunehmendem Wettbewerbs am Markt - im Zuge der Sicherung der zukünftigen Wettbewerbsfähigkeit der Bank neue, hochqualifizierte Mitarbeiter zur Verstärkung von strategisch wichtigen Stabs- und Geschäftsbereichen rekrutiert werden.

Als Grundlage für die Umsetzung der Restrukturierungsmaßnahmen in Deutschland wurden die hierfür notwendigen Interessenausgleiche verhandelt. Es wurde überdies zwischen Geschäftsleitung und Konzernbetriebsrat in Deutschland eine Rahmenvereinbarung geschlossen, die die Maßnahmen im Zuge der Restrukturierung benennt und Umsetzungsregeln im Hinblick auf die Restrukturierung beschreibt. Mit den jeweils zuständigen Betriebsratsgremien wurden zudem die ebenfalls für den gesamten Zeitraum der Restrukturierung gültigen Sozialpläne abgeschlossen.

Mit der Verschmelzung der DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG auf die Hypo Real Estate Bank AG mit Eintragung ins Handelsregister Ende Juni 2009 wurden die Arbeitsverhältnisse der Mitarbeiter unverändert beim neuen Arbeitgeber fortgeführt. Zudem gingen in 2009 die Dienstverhältnisse der meisten Mitarbeiter der HRE Holding per Konzerntransfer auf die Deutsche Pfandbriefbank AG über. Durch Teilentsendungen von Mitarbeitern der Deutschen Pfandbriefbank AG werden die für die Holding als übergeordnetes Unternehmen notwendigen Funktionen sichergestellt.

In Summe stieg durch den Transfer der Mitarbeiter der HRE Holding AG in die Deutsche Pfandbriefbank AG die Zahl der Mitarbeiter der Bank in 2009 von 750 per Ende 2008 auf 782 Ende 2009.

Mit Wirkung vom 1. November 2009 lagerte der Konzern Deutsche Pfandbriefbank den Betrieb der weltweiten IT-Infrastruktur des Konzerns einheitlich an Fujitsu Services GmbH aus. Diese Maßnahme umfasst den Betrieb der Rechenzentren, der Server sowie der Netzwerke. Ausgelagert wurde zudem das „Enduser-Computing“, d.h. die Betreuung der Arbeitsplatz-PCs und deren Anwendung sowie die allgemeine Anwenderunterstützung. Insgesamt wurden 48 interne Mitarbeiter, die bisher in der IT-Infrastruktur des Konzerns beschäftigt waren, zum 1. November 2009 von Fujitsu Services GmbH an ihren bisherigen Standorten übernommen.

Die bereinigte* Fluktuation in der Deutschen Pfandbriefbank AG im Jahr 2009 betrug 14,69 %.

* Fluktuation infolge Kündigung durch Mitarbeiter oder Bank und durch Ablauf befristeter Verträge, ohne Ausscheiden durch Tod, Pensionierung, Vorruhestand, Aufhebungsvertrag oder Konzerntransfer

Nachhaltigkeit

Unternehmenskultur

Ein wesentlicher Bestandteil der Unternehmenskultur ist die Förderung einer offenen Unternehmenskultur. Neben der ökonomischen Ausrichtung werden dabei auch nicht-finanzielle Faktoren berücksichtigt. So sind zum Beispiel in den Allgemeinen Kreditgrundsätzen der Deutschen Pfandbriefbank AG ethische Grundsätze für die Vergabe von Finanzierungen festgelegt, die im Einklang mit dem für alle Mitarbeiter gültigen Verhaltenskodex stehen.

Daneben ist die Unternehmenskultur auf die Förderung und Erhaltung einer lebenswerten Umwelt ausgerichtet. So wird darauf geachtet, dass Hersteller und Zulieferer die definierten Umweltschutzansprüche erfüllen und entsprechend zertifiziert sind. Intern wird diesem Anspruch z.B. durch papiersparende Arbeitsabläufe oder die Verwendung moderner, energiesparender Geräte Rechnung getragen.

Gesellschaftliches Engagement

Ihrer gesellschaftlichen Verantwortung widmete sich die Deutsche Pfandbriefbank AG auch im Jahr 2009 hauptsächlich über ihre beiden Stiftungen: die Hypo Real Estate Stiftung, München sowie der Stiftung für

Kunst und Wissenschaft der ehemaligen Hypo Real Estate Bank International AG, Stuttgart. Seit deren Gründungen in den Jahren 1968 bzw. 1987 durch die Vorgängerinstitute der Deutschen Pfandbriefbank AG verfügen die Stiftungen über ein eigenständiges, von der Bank losgelöstes Kapital. Dies wird ausschließlich zur Erfüllung der Stiftungszwecke verwendet. Auf diese Weise war die Deutsche Pfandbriefbank AG trotz ihrer besonderen finanziellen Situation im Berichtsjahr weiterhin in der Lage, ihrer gesellschaftlichen Verantwortung auch bei der Förderung von Kunst, Kultur und Wissenschaft nachzukommen. Beide Stiftungen verfügen über kein eigenes Personal. Die Stiftungsarbeit wird als laufende personelle Unterstützung von der Deutschen Pfandbriefbank AG den Stiftungen kostenlos zur Verfügung gestellt.

Die Hypo Real Estate Stiftung unterstützt auf der einen Seite Konzerte und Ausstellungen. Auf der anderen Seite ergreift sie mit ihrem bundesweit viel beachteten Architekturpreis selbst die Initiative zur Verbesserung architektonischer Kultur gewerblicher Objekte in Deutschland. Über den Architekturpreis hinaus nimmt die Stiftung monetäre Förderungen auf den Gebieten der Musik und Kunst vor.

Die Stiftung für Kunst und Wissenschaft der ehemaligen Hypo Real Estate Bank International AG, fördert – mit dem Schwerpunkt Baden-Württemberg – geistige und künstlerische Arbeiten vor allem in Schrifttum, Malerei, Bildhauerei, Musik, Theater, Architektur/Design, Landeskunde und Brauchtum. Zudem wird alle ein bis zwei Jahre ein Stiftungspreis in diesen Bereichen vergeben.

Wirtschaftsbericht

Verschmelzung der DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG auf die Hypo Real Estate Bank AG, München und Umfirmierung in Deutsche Pfandbriefbank AG, München

Mit Eintragung der Verschmelzung in das Handelsregister der Hypo Real Estate Bank AG, München am 29. Juni 2009 ist die Verschmelzung der DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG, Eschborn auf die Hypo Real Estate Bank AG, München wirksam geworden. Im Zuge dessen erfolgte die Umfirmierung der Hypo Real Estate Bank AG in die Deutsche Pfandbriefbank AG, München. Die Verschmelzung erfolgte im Wege der Übertragung des Vermögens der DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG, Eschborn als Ganzes mit allen Rechten und Pflichten unter Auflösung ohne Abwicklung nach § 2 Nr.1 UmwG ohne Gewährung von Aktien der Hypo Real Estate Bank AG, München (Verschmelzung durch Aufnahme). Die Übernahme des Vermögens erfolgte mit Wirkung zum 1. Januar 2009 gemäß § 20 Abs. 1 Nr. 1 UmwG (Verschmelzungsstichtag). Vom Wahlrecht der Buchwertfortführung nach § 24 UmwG wurde Gebrauch gemacht.

Die Angaben zu den Vorjahreszahlen im Lagebericht basieren auf zusammengefassten Werten der beiden Banken.

Entwicklung der Erfolgslage

Ergebnis vor Steuern Die Deutsche Pfandbriefbank AG schließt das Geschäftsjahr 2009 mit einem negativen Ergebnis vor Steuern von 1.613 Mio. € ab. Gegenüber dem negativen Ergebnis des Vorjahres in Höhe von 2.779 Mio. € bedeutet dies jedoch eine Verbesserung von 1.166 Mio. €. Im Wesentlichen ist das Ergebnis beeinträchtigt durch stark gestiegene Belastungen aus der Kreditrisikovorsorge.

Gewinn- und Verlust-Rechnung in Staffelform	2009 Mio. €	2008 Mio. € ¹⁾	Veränderung Mio. €	Veränderung %
Zinsüberschuss	718	719	-1	-0,1
Provisionsüberschuss	-22	147	-169	-115,0
Personalaufwand	-139	-99	-40	40,4
Andere Verwaltungsaufwendungen	-136	-116	-20	17,2
Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	-14	-15	1	-6,7
Verwaltungsaufwendungen insgesamt	-289	-230	-59	25,7
Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge/Aufwendungen	4	24	-20	-83,3
Betriebsergebnis (vor Risikovorsorge)	411	660	-249	-37,7
Risikovorsorge	-1.975	-1.537	-438	28,5
Ergebnis aus Finanzanlagen	-40	-1.808	1.768	97,8
Betriebsergebnis	-1.604	-2.685	1.081	40,3
Entnahmen aus dem Fonds für allgem. Bankrisiken (§340g HGB)	0	41	-41	
Außerordentliches Ergebnis	-9	-135	126	93,3
Ergebnis vor Steuern	-1.613	-2.779	1.166	42,0
Steuern	-46	-28	-18	64,3
aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	0	-17	17	
Jahresfehlbetrag	-1.659	-2.824	1.165	-41,3
Verlustvortrag	-2.578	0	-2.578	
Entnahmen aus Genussrechtskapital	48	246	-198	-80,5
Entnahme aus stiller Beteiligung	397	0	397	
Bilanzverlust	-3.792	-2.578	-1.214	47,1

¹⁾ Konsolidierte Vorjahreszahlen 2008 HRE Bank AG / DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG, Eschborn

Operative Erträge ¹⁾ Die operativen Erträge gingen verglichen mit dem Vorjahr deutlich um 146 Mio. € auf 711 Mio. € zurück, maßgebend beeinflusst durch den rückläufigen Provisionsüberschuss.

1) Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Saldo aus sonstigen betrieblichen Erträgen/Aufwendungen und Ergebnis aus Liquiditätsvorsorgebestand

Der Zinsüberschuss lag in 2009 mit 718 Mio. € auf gleichem Niveau wie 2008 (719 Mio. €). Beeinflusst wurde der Zinsüberschuss durch Gewinnausschüttungen von Tochterunternehmen (35 Mio. €), niedrigere Einmalerträge wie Rücknahme- und Vorfälligkeitsentschädigungen im Hypothekengeschäft (22 Mio. €) und Close-Out Erträgen aus Derivaten (17 Mio. €). Ferner wurde der Zinsüberschuss durch den rückläufigen Portfoliobestand sowie durch den Ausfall von Kreditnehmern und damit einhergehenden Zinsausfällen belastet. Die Zinsausfälle betragen in 2009 87 Mio. € (Vorjahr: 37 Mio. €). Positiv wirkten sich im ersten Halbjahr 2009 Erträge aus dem Geldmarktbereich aus. Durch ein abfallendes Zinsniveau am Geldmarkt war es der Deutschen Pfandbriefbank AG möglich, sinkende Refinanzierungsaufwendungen bei konstanten Erträgen der Aktivseite zu nutzen. Der Effekt hat sich vor allem im ersten Halbjahr 2009 ausgewirkt. Seit Mitte des Jahres 2009 hat er aufgrund des inzwischen stabilen Zinsniveaus keinen materiell begünstigenden Einfluss auf den Zinsüberschuss der Deutschen Pfandbriefbank AG mehr.

Aufgrund der Verlustsituation konnten Genussrechtsausschüttungen in Höhe von 18 Mio. € und Zinszahlungen auf das Hybridkapital mit 21 Mio. € nicht vorgenommen werden, was den Zinsüberschuss entsprechend positiv beeinflusst hat. Hinzu kommen aufgelöste Zinsabgrenzungen für das Hybridkapital in Höhe von weiteren 21 Mio. €.

Aufgrund des weiter rückläufigen Neugeschäfts und der Aufwendungen für die Liquiditätsunterstützungen des SoFFins und des Bundes war der Provisionsüberschuss um 169 Mio. € auf -22 Mio. € gegenüber dem Vorjahr stark rückläufig.

Das Provisionsergebnis war mit -22 Mio. € negativ. Im Vorjahr wurde noch ein Überschuss in Höhe von 147 Mio. € ausgewiesen. Die darin enthaltenen Provisionsaufwendungen für die Liquiditätsunterstützung betragen unter Verrechnung der von der DEPFA plc erstatteten Beträge 154 Mio. € (im Vorjahr 10 Mio. €) einschließlich der Aufwendungen für eine erfolgsabhängige Prämie in Höhe von 51 Mio. €. Das Finanzkonsortium hat im Dezember 2009 im Rahmen der Restrukturierung der im November 2008 gewährten Liquiditätsunterstützung erwartungsgemäß auf eine erfolgsabhängige Prämie verzichtet. Demgegenüber hat der Bund in seiner Eigenschaft als Garant bislang nicht formal auf eine derartige Prämie verzichtet, sodass eine entsprechende Verpflichtung in Höhe von 51 Mio. € zu passivieren war, wovon 6 Mio. € auf die Monate November und Dezember 2008 entfallen.

Im positiven Saldo aus sonstigen betrieblichen Erträgen/Aufwendungen in Höhe von 4 Mio. € sind als wesentliche Einzelposten 33 Mio. € Auflösungen aus nicht mehr benötigten Rückstellungen (im Wesentlichen Restrukturierungsrückstellungen) sowie 6 Mio. € Erträge aus der Rückdeckungsversicherung für Pensionsverpflichtungen enthalten. Dem stehen 29 Mio. € Aufwand aus Währungsbewertungen gegenüber.

Verwaltungsaufwand Der Verwaltungsaufwand hat sich im Vergleich zum Vorjahr stark erhöht. Er stieg gegenüber dem Vorjahr um 59 Mio. € auf 289 Mio. €.

Insbesondere lag dies am Personalaufwand der gegenüber dem Vorjahr um 40 Mio. € auf 139 Mio. € zunahm. Der Anstieg begründet sich primär durch die Bewertungsänderung der Pensionsrückstellungen in Höhe von 42 Mio. €.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen stiegen gegenüber dem Vorjahr um 20 Mio. € auf 136 Mio. €. Hierfür waren stark gestiegene Beratervergütungen und ein stark erhöhter Aufwand für den Einlagensicherungsfonds ausschlaggebend.

Betriebsergebnis vor Risikovorsorge Das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge hat sich deutlich um 249 Mio. € auf 411 Mio. € vermindert. Hauptgrund hierfür ist der Rückgang des Provisionsüberschusses.

Risikovorsorge Die Risikovorsorge erhöhte sich von 1.537 Mio. € im Vorjahr auf 1.975 Mio. € und betrifft nahezu ausschließlich die Kreditrisikovorsorge. Die Entwicklung trägt der deutlich verschlechterten Situation auf den Immobilienmärkten Rechnung. Im Vorjahr war die erstmalige Rückstellungsbildung für eine Garantie zugunsten eines Unternehmens des DEPFA Bank plc Teilkonzerns in Höhe von 369 Mio. €

enthalten. Im Geschäftsjahr 2009 wurde hier eine Auflösung in Höhe von 172 Mio. € vorgenommen. Das Ergebnis aus dem Liquiditätsvorsorgebestand war mit 11 Mio. € besser als im Vorjahr mit -53 Mio. €.

Ergebnis aus Finanzanlagen Der Saldo des Finanzanlageergebnisses betrug -40 Mio. € (Vorjahr: -1.808 Mio. €). Der negative Saldo des Finanzanlageergebnisses resultiert im Wesentlichen aus Beteiligungsabschreibungen und Verlustübernahmen von Tochtergesellschaften. Im Vorjahr mussten Abschreibungen bzw. Drohverlustrückstellungen auf strukturierte Wertpapiere (CDO, MBS, usw.) vorgenommen werden, die zu dem hohen negativen Ergebnis aus Finanzanlagen führten.

Im Geschäftsjahr wurden Abschreibungen im Wertpapierbestand des Anlagevermögens zulässiger Weise in Höhe von 2.461 Mio. € unterlassen.

Betriebsergebnis Nach Risikovorsorge und Ergebnis aus Finanzanlagen ergibt sich ein Betriebsergebnis in Höhe von -1.604 Mio. € (Vorjahr: -2.685 Mio. €).

Ergebnis vor Steuern Das Ergebnis vor Steuern beläuft sich auf -1.613 Mio. € gegenüber -2.779 Mio. € im Vorjahr. Das Vorjahr war beeinflusst durch Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340 g HGB in Höhe von 41 Mio. € und Restrukturierungsaufwendungen im Zusammenhang mit der konzernweiten strategischen Neuausrichtung in Höhe von 141 Mio. €.

Ergebnis nach Steuern

Nach Steuern wird ein Jahresfehlbetrag für 2009 in Höhe von 1.659 Mio. € (Vorjahr: 2.824 Mio. €) ausgewiesen.

Bilanzverlust

Dem Genussrechtskapital wurden in Folge der Verlustsituation des Unternehmens 48 Mio. € entnommen. Unter Hinzurechnung des Verlustvortrags von 2.578 Mio. € und der Entnahme aus stiller Beteiligung von 397 Mio. € ergibt sich ein Bilanzverlust in Höhe 3.792 Mio. €.

Entwicklung der Vermögenslage

Die Bilanzsumme der Deutschen Pfandbriefbank AG belief sich zum 31. Dezember 2009 auf 272,9 Mrd. €, nach 249,4 Mrd. €.

Der Erhöhung der Bilanzsumme ist im Wesentlichen durch die Umstrukturierung der Liquiditätsunterstützung begründet. Diese Mittel wurden zum einen vom Konsortium der Finanzwirtschaft (23 Mrd. €) und zum anderen durch die Deutsche Bundesbank (47 Mrd. €) zur Verfügung gestellt. Als Sicherheiten für die Tendaraufnahmen bei der Deutschen Bundesbank wurden eigene Schuldverschreibungen, die durch den SoFFin garantiert wurden, als Sicherheit hinterlegt. Im Vorjahr stellte der Bund 20 Mrd. € Garantien direkt zugunsten der Deutschen Bundesbank. Auf Grund dieser Umstrukturierung hat sich der Bestand an eigenen Schuldverschreibungen deutlich erhöht.

Das bilanzielle Eigenkapital stieg gegenüber dem Vorjahr (1,8 Mrd. €) auf 2,5 Mrd. €. Im November 2009 hat der SoFFin eine stille Einlage in Höhe von 1,0 Mrd. € in die Deutsche Pfandbriefbank AG geleistet. Diese stille Einlage wird in einer separaten Zeile innerhalb des gezeichneten Kapitals ausgewiesen und durch Verlustzuweisung im Eigenkapital verrechnet. Darüber hinaus hat der SoFFin im November 2009 in die Kapitalrücklage der Deutschen Pfandbriefbank AG 1,3 Mrd. € eingezahlt.

Gemäß der „Waiver-Regelung“ nach § 2a KWG ist die Deutsche Pfandbriefbank AG nicht verpflichtet, auf Institutsebene die Eigenmittel- und Kernkapitalquoten zu ermitteln.

Entwicklung der Finanzlage

Kapitalstruktur

Der Anstieg bei den verbrieften Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten liegt begründet in aufgenommenen Liquiditätsmitteln beim Konsortium des deutschen Finanzsektors sowie bei der Deutschen Bundesbank (Sonderliquiditätshilfe) für alle Unternehmen der HRE (siehe hierzu auch unter „Wesentliche Ereignisse 2009“, Liquiditätssichernde Maßnahmen der Hypo Real Estate Group). Das Eigenkapital der Deutschen Pfandbriefbank AG hat sich zum 31.12.2009 durch die Kapitalzuführungen des SoFFins verbessert, ist jedoch auch wiederum belastet durch den Bilanzverlust 2009.

Refinanzierung

Im Jahr 2009 war die Refinanzierung geprägt von den angespannten und teilweise illiquiden Finanzierungs- und Kapitalmärkten sowie der spezifischen, äußerst schwierigen Situation der HRE und damit auch der Deutschen Pfandbriefbank AG. Vor diesem Hintergrund hatte die Deutsche Pfandbriefbank AG im ersten Halbjahr 2009 nur in sehr eingeschränktem Maße Zugang zu den Märkten, sodass fast keine Liquidität eigenständig generiert werden konnte. Im zweiten Halbjahr 2009 dagegen konnte die Deutsche Pfandbriefbank AG erstmals seit rund einem Jahr wieder erfolgreich einen Jumbo-Hypotheken-Pfandbrief im Volumen von 1,5 Mrd. € und einen öffentlichen Jumbo-Pfandbrief im Volumen von 1 Mrd. € begeben. Auch bilaterale Repo-Transaktionen, private Pfandbrief- und ungesicherte Platzierungen konnten abgeschlossen werden.

Ende des Jahres 2009 konnte die von einem Konsortium der deutschen Finanzwirtschaft im November 2008 bereitgestellte Liquiditätsfazilität restrukturiert werden. Die neue Liquiditätsfazilität beläuft sich auf 43 Mrd. €. Davon zeichnete ein Konsortium der deutschen Finanz- und Versicherungswirtschaft rund 23 Mrd. €. In Höhe von 20 Mrd. € werden Wertpapiere der Deutschen Pfandbriefbank AG begeben, die wie bisher zum Teil über Zentralbanken, zunehmend aber auch über den Markt refinanziert werden. Die Fazilität wird in vollem Umfang mittels SoFFin-Garantien mit einer Laufzeit bis zum 22. Dezember 2010 besichert.

Zusammenfassende Würdigung

Die Gewinn- und Verlust-Rechnung für das Jahr 2009 war deutlich von der spezifischen, äußerst schwierigen Situation der Deutschen Pfandbriefbank AG sowie der Krise an den Immobilienmärkten beeinflusst. Vor allem auf gewerbliche Immobilienfinanzierungen, aber auch auf andere Forderungen und Wertpapiere waren signifikante Wertberichtigungen notwendig. Darüber hinaus wurde die Ertragslage durch die Aufwendungen für die Liquiditätsunterstützungsmaßnahmen belastet. Insgesamt war das Ergebnis vor Steuern mit 1.613 Mio. € negativ.

Verbundene Unternehmen

Zur Hypo Real Estate Holding AG in München steht die Deutsche Pfandbriefbank AG in einem Abhängigkeitsverhältnis gemäß § 17 AktG; deshalb erstellt die Bank gemäß § 312 AktG einen gesonderten Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen.

Am 8. Juni 2009 übernahm der Finanzmarktstabilisierungsfonds SoFFin die Aktienmehrheit der Hypo Real Estate Holding AG. Ab diesem Zeitpunkt entfällt nach § 312 AktG die Berichtspflicht. Der Berichtszeitraum umfasst daher alle Rechtsgeschäfte vom 1. Januar 2009 bis 8. Juni 2009.

Der Bericht schließt mit folgender Erklärung:

»Wir erklären, dass unsere Gesellschaft bei den im Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften nach den Umständen, die uns im Zeitpunkt, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bekannt waren, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten hat und Maßnahmen im Sinne des § 312 AktG weder getroffen noch unterlassen wurden.«

Nachtragsbericht

Die HRE Holding hat am 21. Januar 2010 in Abstimmung mit dem SoFFin bei der Finanzmarktstabilisierungsanstalt (FMSA) einen Antrag auf Errichtung einer Abwicklungsanstalt zum wertschonenden Abbau von Vermögenswerten gestellt. Auf diese Abwicklungsanstalt will auch die Deutsche Pfandbriefbank AG Bilanzpositionen übertragen, die für die Neuausrichtung des Unternehmens nicht strategienotwendig sind. Die Übertragung soll im zweiten Halbjahr 2010 nach Genehmigung aller erforderlichen Institutionen und Organe erfolgen. Ein Rechtsanspruch auf Einrichtung der Abwicklungsanstalt besteht nicht; ihre Einrichtung steht vielmehr im Ermessen der FMSA.

Die Deutsche Pfandbriefbank AG hat am 11. Januar 2010 einen Öffentlichen Jumbo-Pfandbrief im Volumen von 1 Mrd. € aufgelegt. Der Pfandbrief ist mit einem Kupon von 3,375 % p.a. ausgestattet und hat eine Laufzeit von sieben Jahren.

Darüber hinaus fanden keine berichtenswerten Vorgänge nach dem 31. Dezember 2009 statt.

Risikobericht

Die Lage an den Kapitalmärkten hat sich im Verlauf 2009 in einzelnen Märkten zunehmend stabilisiert (mit Ausnahme von Spreads für Staatsanleihen in einigen südeuropäischen Ländern). Die Risikoaufschläge (Credit Spreads) lagen in vielen Bonitätsgruppen und Laufzeiten deutlich unter dem Niveau zum Jahresende 2008.

Auf den Immobilienmärkten hat sich der Abwärtstrend der Preise für gewerbliche Immobilien verlangsamt und zeigt vereinzelt Tendenzen einer Stabilisierung. Die Preise liegen jedoch nach wie vor unter dem Vorjahresniveau. Es gibt aber nach wie vor Rückschlagpotential weil der gewerbliche Immobilienmarkt hohe, teilweise noch steigende Leerstandsdaten aufweist.

Die Lage der Hypo Real Estate Group (HRE) hat sich im Jahresverlauf 2009 hinsichtlich der Refinanzierungssituation durch die Liquiditäts- und Kapitalunterstützungsmaßnahmen, die ausführlich im Kapitel „Wesentliche Ereignisse“ des Lageberichtes dargestellt sind, stabilisiert. Erstmals seit Beginn der Krise konnte die Deutsche Pfandbriefbank AG im zweiten Halbjahr 2009 die ersten Privatplatzierungen und Benchmarktransaktionen am Markt platzieren.

Die Deutsche Pfandbriefbank AG ist jedoch auch im Jahr 2010 auf eine Verlängerung der Liquiditätsfazilitäten angewiesen. Marktplatzierungen von Pfandbriefen und unbesicherten Transaktionen sind zwar weiterhin geplant, diese werden die Liquiditätsunterstützung jedoch nur zu einem sehr kleinen Teil reduzieren können.

Die Deutsche Pfandbriefbank AG, die zum 29. Juni 2009 aus der Verschmelzung der Hypo Real Estate Bank AG und der DEPFA Deutschen Pfandbriefbank AG hervorgegangen ist, ist in das übergeordnete Risikomanagementsystem der HRE integriert. Berichtete Portfoliobestände und Risikokennzahlen zum 31. Dezember 2009 werden für die Deutsche Pfandbriefbank AG – soweit rückwirkend ermittelbar - kombiniert auch für den 31. Dezember 2008 dargestellt.

Organisation und Grundsätze des Risiko- und Kapitalmanagements

Im Einklang mit der Waiver-Regelung, die für die ehemalige Hypo Real Estate Bank AG galt und auch für die Deutsche Pfandbriefbank AG angewandt wird, hat die HRE ein gruppenweites Risikomanagement- und Risikocontrollingsystem eingerichtet. Die ehemalige DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG hatte das gesamte erste Halbjahr 2009 zusätzlich ein eigenes, mit dem gruppenweiten System abgestimmtes Risikomanagement- und -controllingsystem, das ausführlich im Risikobericht des Geschäftsberichts 2008 der DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG beschrieben ist.

Alle Aufgaben gemäß §25a KWG im Bereich der einheitlichen Risikoidentifizierung, -messung und -limitierung sowie des Risikomanagements werden von der HRE zentral vorgegeben. Die operative Umsetzung obliegt den jeweiligen Tochterinstituten und somit auch der Deutschen Pfandbriefbank AG, die im ersten Halbjahr 2009 über die Vorgängerinstitute in das Risikomanagement- und Risikocontrollingsystem der HRE einbezogen war.

Organisation und Komitees

Die Grundsätze, Methoden und Prozesse des Risikomanagementsystems der HRE werden zentral vom Risikomanagement und -controlling der HRE Holding vorgegeben und finden in der Deutschen Pfandbriefbank AG Anwendung. Außer dem Credit Committee, das in der Deutschen Pfandbriefbank AG für Kreditentscheidungen zuständig ist, sind die nachfolgend dargestellten Komitees unter Beteiligung der jeweiligen Kompetenzträger der Deutschen Pfandbriefbank AG auf HRE-Gruppenebene eingerichtet.



Der Vorstand der HRE Holding trägt die Verantwortung für das konzernweite Risikomanagementsystem und entscheidet über alle Strategien und die wesentlichen Fragen des Risikomanagements und der -organisation der Gruppe. Das Risikomanagementsystem ist ein alle Geschäftsaktivitäten der Gruppe umfassendes System der nachvollziehbaren und systematischen Identifikation, Analyse, Bewertung, Steuerung, Dokumentation und Kommunikation aller wesentlichen Risiken sowie deren Überwachung auf Basis einer definierten, jährlich überarbeiteten Risikostrategie. Die Mitglieder des Vorstandes der Deutschen Pfandbriefbank AG, die jeweils dieselbe Funktion auch im HRE Vorstand ausüben, tragen gesamtheitlich die Verantwortung für alle strategischen und operativen Entscheidungen der Deutschen Pfandbriefbank AG auf Basis der Vorgaben der HRE. Wesentliche Komponenten sind:

- Festlegung, Aktualisierung und Kommunikation von Geschäfts- und Risikostrategien als Grundlage der Geschäftsaktivitäten und Risikopraxis für die Deutsche Pfandbriefbank AG
- Festlegung und Weiterentwicklung von Organisationsstrukturen insbesondere für das Risikomanagement zur Gewährleistung der Steuerung und Überwachung aller wesentlichen Risiken der Deutschen Pfandbriefbank AG
- Verabschiedung von Kreditkompetenzrichtlinien als Entscheidungsrahmen entlang der Kreditprozesse der Deutschen Pfandbriefbank AG
- Entscheidung über (Portfolio-) Steuerungsmaßnahmen außerhalb der übertragenen Kompetenzen

Der Vorstand der Deutschen Pfandbriefbank AG informiert den Aufsichtsrat der Deutschen Pfandbriefbank AG regelmäßig über Änderungen der konzernübergreifenden Geschäfts- und Risikostrategien, das Risikoprofil und die konkreten Geschäfts- und Risikostrategien der Deutschen Pfandbriefbank AG.

Der für den Gesamtkonzern der HRE zuständige Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss (RLA) des Aufsichtsrats der HRE befasst sich hauptsächlich mit der Steuerung der Risikosituation sowie der Überwachung, der Einrichtung und Fortentwicklung eines effizienten Risikomanagementsystems und mit der Liquiditätssteuerung und -sicherung der HRE, in die die Deutsche Pfandbriefbank AG eingebunden ist. Seit Beginn 2009 erhält der Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss der HRE wöchentlich größere und risikoreichere Engagements der HRE und somit auch der Deutschen Pfandbriefbank AG sowie alle Erhöhungen und Neubildungen von Einzelwertberichtigungen größer 5 Mio. € zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Das **Risk Committee** (RC) der HRE setzt sich aus dem Chief Risk Officer (CRO; Vorsitzender), dem Chief Financial Officer (CFO), dem Chief Operating Officer (COO), den Chief Credit Officers (CCOs) der Geschäftssegmente sowie den Leitern Risikomanagement & Control und Global Workout zusammen. Das Gremium tagt in der Regel monatlich und verabschiedet gruppenweit gültige Guidelines, Policies⁴, Methoden zur Risikomessung, deren Parametrisierung sowie Methoden der Risikoüberwachung für alle Risikoarten. Es unterbreitet dem HRE Holding Vorstand und dem Vorstand der Deutschen Pfandbriefbank

⁴ Policies und Guidelines die strategische Entscheidungen beinhalten, sind durch den Gesamtvorstand der Deutschen Pfandbriefbank AG zu genehmigen.

AG Entscheidungsvorschläge zu Risikostrategien und –limiten der HRE und der Deutschen Pfandbriefbank AG für alle Risikoarten.

Das RC überwacht die Entwicklung des ökonomischen Kapitals, der Risikodeckungsmasse, des Kreditportfolios und die Einhaltung von Limiten jeweils der HRE und der Deutschen Pfandbriefbank AG. Es entscheidet über geeignete Maßnahmen des Kreditrisikomanagements.

Die Ausführung und Adaption der getroffenen Entscheidungen liegt in der Verantwortung der Organisationsstruktur der CROs und CCOs der Deutschen Pfandbriefbank AG bzw. beim Bereich Treasury und Liquiditätsmanagement der HRE.

Das **Asset and Liability Committee** (ALCO) der HRE ist unter Vorsitz des zuständigen Vorstandsmitglieds für Treasury und Public Finance mit dem CRO, dem CFO, dem Head of Treasury sowie den Leitern der Bereiche Asset Liability Management, Finance und Risk Management & Control besetzt und tagt monatlich. Die Aufgaben umfassen das Liquiditätsmanagement, das Management der Bilanzstruktur der HRE und der Deutschen Pfandbriefbank AG sowie die Marktrisikosteuerung und die Steuerung der regulatorischen Kapitalquoten. In diesem Gremium erfolgt auch die Vorbereitung von Entscheidungsvorlagen für Liquiditäts- und Refinanzierungsstrategien, die nach Diskussion im Risk Committee, ebenso wie Akquisitionen und Desinvestments im Vorstand der HRE entschieden werden

Das **Credit Committee** setzt sich bei der Deutschen Pfandbriefbank AG aus dem CRO (Vorsitzender), den CCOs der Geschäftssegmente und dem Senior Credit Executive zusammen. Die Vertreter der Marktseite haben dabei ein Anwesenheits- und Votierungsrecht im Rahmen der Markt-/Marktfolgeverantwortung. Das Gremium tagt in der Regel mindestens wöchentlich und ist für die Kreditentscheidungen entsprechend der Kompetenzordnung für Neugeschäft, Prolongationen und materiellen Veränderungen im Kreditverhältnis verantwortlich. Es gibt zudem ein Votum ab für alle Kreditentscheidungen, die in die Kompetenz des Vorstandes der Deutschen Pfandbriefbank AG fallen bzw. durch den Aufsichtsrat zu genehmigen sind. Das Credit Committee der Deutschen Pfandbriefbank AG stellt sicher, dass die Kreditentscheidungen der jeweils aktuellen Geschäfts- und Risikostrategie entsprechen.

Das monatlich tagende **Watchlist Committee** der HRE setzt sich unter Vorsitz eines der CCOs der Geschäftssegmente aus dem Senior Credit Executive, den Leitern Global Workout, optional dem CRO sowie den zuständigen Leitern des Credit Risk Managements zusammen. In dem Gremium der HRE werden alle im Rahmen des Frühwarnsystems aufgefallenen Engagements der Deutschen Pfandbriefbank AG besprochen und weitere individuelle, risikobegrenzende Maßnahmen beschlossen, die nachfolgend von den zuständigen Abteilungen umgesetzt werden. In diesem Gremium wird außerdem gegebenenfalls die Übergabe an den Bereich Global Workout der HRE entschieden, der die notwendigen Schritte zur Restrukturierung und Abwicklung übernimmt. Alle notwendigen Kreditentscheidungen werden von den jeweils Verantwortlichen entsprechend der Kreditkompetenzordnung bzw. im Credit Committee der Deutschen Pfandbriefbank AG getroffen.

Sofern objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines Engagements der Deutschen Pfandbriefbank AG vorliegen, wird das Ergebnis nach erfolgter Prüfung auf eine notwendige Wertberichtigung im **Risk Provisioning Committee** der HRE vorgestellt und ggf. verabschiedet. Das regelmäßig tagende Gremium setzt sich aus dem CRO (Vorsitzender), dem CFO, den Leitern der regionalen Workout Bereiche sowie den CCOs der Geschäftssegmente zusammen. Es entscheidet innerhalb der Kompetenzordnung über die Bildung und Auflösung von Risikovorsorge sowie ggf. notwendiger Rettungserwerbe. Die Kompetenzordnung überschreitende Entscheidungen trifft auf Empfehlung des Gremiums der Vorstand der Deutschen Pfandbriefbank AG, der auch generell ein Vetorecht in Bezug auf Entscheidungen des Komitees für seinen Verantwortungsbereich besitzt.

Group Chief Risk Officer (CRO)

Neben den oben genannten Komitees bilden folgende Organisationseinheiten des Group Chief Risk Officer (CRO), der in Personalunion auch CRO der Deutschen Pfandbriefbank AG ist, einen integralen Bestandteil des Risikomanagementsystems, in das die Deutsche Pfandbriefbank AG einbezogen ist:



Die Organisation der CRO-Funktion umfasst als Marktfolgeeinheiten auf HRE Gruppenebene

- die Einheit **Risk Management & Control** der HRE, die unter anderem Markt-, Kredit-, operationale Risiken und Liquiditätsrisiken der Deutschen Pfandbriefbank AG überwacht und auch für konzernweit einheitliche Risikomessmethoden, Risikoberichte und Kreditprozesse verantwortlich ist
- die Einheiten **des Credit Officer Real Estate** der Deutschen Pfandbriefbank AG und des **Credit Officer Public Sector, Financial Institutions & Value Portfolio** (umfasst auch das Public Sector Geschäft und die Geschäfte im Corporate Center der Deutschen Pfandbriefbank AG), die jeweils das Bestandsmanagement sowie die Analyse des selektiven Neugeschäfts zur Aufgabe haben
- das **Global Workout** der HRE, das die Sanierung und Abwicklung aller kritischen Engagements auch der Deutschen Pfandbriefbank AG zum Ziel hat, wurde 2009 deutlich erweitert und wird in 2010 noch weiter aufgebaut
- die Einheit **Credit Quality Control** der HRE, die sich im Aufbau befindet und schwerpunktmäßig für Qualitätskontrollen hinsichtlich der Kreditprozesse und der Risikoanalysen auch für die Deutsche Pfandbriefbank AG verantwortlich sein wird, sowie
- die Einheit **Property Analysis & Valuation Germany/Property Analysis Europe**, die für Analyse und die einheitliche Bewertung der Besicherungsobjekte der Deutschen Pfandbriefbank AG nach Marktwert- und Beleihungswertverfahren zuständig ist.

Neben der Group CRO-Funktion ergänzen das Risikomanagementsystem der Deutschen Pfandbriefbank AG sowohl Group Compliance der HRE als auch Group Internal Audit, das durch regelmäßige Prüfungen von Prozessen und Systemen die MaRisk-Konformität des Risikomanagementsystem auch der Deutschen Pfandbriefbank AG laufend überwacht. Zudem wird das Risikomanagement von Group Legal der HRE unterstützt.

Risikostrategie und -Policies

Unter Annahme einer ausreichenden Rekapitalisierung basiert die Risikostrategie der HRE grundsätzlich auf der Risikotragfähigkeitsanalyse und auf der Geschäftsstrategie. Sie umfasst die Festlegung der Risikoneigung der HRE auf Basis des ökonomischen Kapitals unter Berücksichtigung von Risikopuffern und einem angestrebten A-Rating.

Im dritten Quartal 2009 erfolgte die Anpassung der Risikostrategie der HRE auf Basis der aktualisierten Geschäftsstrategie. Die Risikostrategie wurde im Oktober 2009 im HRE Holding Vorstand verabschiedet und dem Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss des Aufsichtsrates der HRE zur Kenntnisnahme Anfang November vorgelegt. Sie gilt gruppenweit und wurde bezüglich der für die Deutsche Pfandbriefbank AG relevanten Teile separat vom Vorstand der Deutschen Pfandbriefbank AG verabschiedet.

Die Risikostrategie der Deutschen Pfandbriefbank AG spiegelt die strategische Neuausrichtung der Deutschen Pfandbriefbank AG als ein spezialisierter Immobilien- und Staatsfinanzierer in Deutschland und

Europa mit pfandbrieforientierter Refinanzierung wider, ist in den Geschäftsplanungsprozess der HRE und der Deutschen Pfandbriefbank AG integriert und wird jährlich aktualisiert.

Die verabschiedete, konservative Risikostrategie der Deutschen Pfandbriefbank AG definiert, wie die Finanzierung qualitativ hochwertiger gestaltet werden kann, z.B. durch nahezu ausschließlich pfandbrieffähige Assets, konservative Refinanzierung des Neugeschäftes (größtenteils über Pfandbriefemissionen). Sie konkretisiert damit die langfristige Zielsetzung, Kompetenzzentrum für Finanzierungen verbunden mit Dienstleistungen des öffentlichen Sektors sowie für das professionelle Real Estate Finance Geschäft in Deutschland und Europa zu werden.

Die Strategie spiegelt sich in folgenden Kernpunkten wider:

- Fokussierung des Neugeschäftes auf den Primärmarkt für pfandbrieffähige Emissionen im Public Sector Geschäft und pfandbrieffähige Darlehen im Real Estate Finance Geschäft
- Bereitstellung von wenig komplexen Finanzierungsstrukturen im Primärmarkt
- Unterstützung des risikoorientierten Portfoliomanagements des Neu- und Bestandsgeschäftes der Deutschen Pfandbriefbank AG durch Syndizierungs- und Verbriefungsaktivitäten auf HRE Gruppenebene
- Ergebnisschonender Abbau des nicht strategischen Bestandsportfolios
- Konservative Refinanzierung des Geschäftes vorwiegend über Pfandbriefemissionen.

Die Risikostrategie der Deutschen Pfandbriefbank AG, die Bestandteil der Risikostrategie der HRE ist, unterteilt sich in Strategien für das angestrebte Neugeschäft sowie für das strategische und nicht-strategische Bestandsgeschäft für die neuen Geschäftssegmente Public Sector und Real Estate Finance. Risikoteilstrategien für die wesentlichen Risikoarten der Deutschen Pfandbriefbank AG werden in den relevanten Kapiteln hierzu näher erläutert.

Ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die Umsetzung der Strategie der Deutschen Pfandbriefbank AG ist die am 21. Januar 2010 durch die HRE beantragte und derzeit durchgeführte Prüfung der Auslagerung von Teilen des Portfolios aus dem Public Sector Bereich zusammen mit problematischen oder nicht strategiekonformen Krediten aus dem Bereich Real Estate Finance sowie anderer problembehafteter Assets (z.B. CDO, CMBS) in eine neu zu gründende teilrechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Die Anstalt, die als Anstalt in der Anstalt (AidA) bezeichnet wird, ist eine eigene Rechtseinheit unterhalb der Finanzmarktstabilisierungsanstalt (FMSA), deren Errichtung im Ermessen der FMSA steht. Die HRE befindet sich hierzu in Gesprächen mit dem SoFFin und der Finanzmarktstabilisierungsanstalt.

Die operative Konkretisierung der Risikostrategie erfolgt in der HRE über gruppenweit, also auch für die Deutsche Pfandbriefbank AG, gültige Risiko-Policies (für die einzelnen Geschäftssegmente) für alle wesentlichen Risikoarten (Kredit-, Markt-, Liquiditäts- und operationelles Risiko), die die Risikomessung, -überwachung, das Risikomanagement, den Limitierungsprozess sowie den Eskalationsprozess im Falle einer Limitüberschreitung beschreiben. Die Policies werden regelmäßig überprüft und gegebenenfalls aktualisiert.

Risikoberichtswesen

Das gesamte Risikoberichtswesen der HRE und der Deutschen Pfandbriefbank AG ist im Geschäftsjahr 2009 grundlegend - auch unter Berücksichtigung der zusätzlichen Anforderungen nach MaRisk 2010 - überarbeitet und qualitativ deutlich verbessert worden. Die regelmäßigen Berichte an den Vorstand der HRE sowie den Vorstand der Deutschen Pfandbriefbank AG umfassen unter anderem:

- Täglich: den Liquiditätsrisikobericht über die Liquiditätslage und -vorschau
- Wöchentlich: eine Zusammenfassung der Märkte, der Marktrisikoeentwicklung sowie relevante Steuerungsinformationen
- Vierteljährlich: den Group Risk- und Credit Risk Report

- Monatlich: den verkürzten Group Risk Report über wesentliche, steuerungsrelevante Kennzahlen

Daneben erhalten der CRO der Deutschen Pfandbriefbank AG und der Vorstand der HRE für Handel und Public Sector täglich Marktrisikoberichte.

Diese Berichte geben dem Vorstand der Deutschen Pfandbriefbank AG einen umfassenden Überblick sowie detaillierte Informationen über die Risikosituation pro Risikoart und Gesellschaft. Darüber hinaus werden anlassbezogen bzw. auf Wunsch des Vorstands oder Aufsichtsrats Spezialberichte erstellt, die auf spezifische und akute Risikoschwerpunkte eingehen, so zum Beispiel bezogen auf kritische Märkte, Produkte oder Kontrahenten.

In den einzelnen, oben beschriebenen Komitees erhalten die jeweiligen Vorstandsmitglieder weitere detaillierte Berichte zur Risikolage mit spezifischen Steuerungsinformationen und -empfehlungen.

Der Aufsichtsrat der Deutschen Pfandbriefbank AG bzw. der Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss des Aufsichtsrates der HRE Holding werden in regelmäßigen Abständen, mindestens jedoch vierteljährlich und bei Bedarf kurzfristig, über die Portfoliostruktur, die Risikosituation und spezielle, risikorelevante Themen informiert.

Sie erhalten regelmäßig

- Vierteljährlich: den Group Risk- und Credit Risk Report sowie
- Monatlich: den verkürzten Group Risk Report über wesentliche, steuerungsrelevante Kennzahlen

Seit Anfang 2009 erhält der Risiko- und Liquiditätsstrategieausschuss des Aufsichtsrates der HRE Holding alle größeren Engagements der Deutschen Pfandbriefbank AG sowie alle größeren Einzelwertberichtigungen zur Kenntnisnahme.

Risikoquantifizierung, Risikosteuerung und -management

Die Risikoquantifizierung erfolgt in der Deutschen Pfandbriefbank AG auf Portfolioebene insbesondere auch für die Ermittlung des ökonomischen Kapitals für die wesentlichsten Risikoarten außer dem Liquiditätsrisiko nach dem Value at Risk (VaR) Ansatz. Die einzelnen Berechnungsmethoden sind ausführlich in den Kapiteln zu den einzelnen Risikoarten beschrieben.

Weitere, im Rahmen des regelmäßigen internen Risk Assessments als wesentlich erachtete Risikoarten wie strategische Risiken, Reputationsrisiken, regulatorische Risiken sowie Pensionsrisiken werden nicht quantitativ gemessen, aber über regelmäßige detaillierte Berichte, klare Vorgaben wie z.B. den HRE gruppenweit gültigen Vorschriften zu Compliance und zur Corporate Governance gesteuert und begrenzt.

Risikosteuerung und -management erfolgt für die Deutsche Pfandbriefbank AG auf Portfolio- und Einzelgeschäftsebene durch:

1. Überwachung der Risikotragfähigkeit der Deutschen Pfandbriefbank AG auf Basis des Vergleichs des ökonomischen Kapitals und der Risikodeckungsmasse auch unter Berücksichtigung von neu entwickelten Stresstests.
2. Überwachung der Risikoaktiva (RWA) der Deutschen Pfandbriefbank AG über neue, in 2009 implementierte Stresstests, die gewährleisten sollen, dass die Gesamtkapitalquote nicht unter 8,5% sinkt.
3. Operative Risikosteuerung über
 - den Einsatz Basel II-konformer Risikoparameter im Kreditgeschäft der Deutschen Pfandbriefbank AG. Der Basel-II-konforme Steuerungsansatz zeigt den durchschnittlich zu erwartenden Verlust auf Kreditnehmerebene und ist daher ein wichtiger Baustein in der Risikofrüherkennung und in der laufenden Profitabilitätsüberwachung. Die Parameter werden jährlich überprüft und recalibriert.

- ein verbessertes Limitsystem für Kontrahenten- und Emittentenrisiken auf HRE-Ebene auf Basis einer markterprobten Standardapplikation mit konzernweit einheitlicher Risikomessmethodik, das in 2009 entwickelt wurde und im ersten Quartal 2010 gruppenweit, also auch in der Deutschen Pfandbriefbank AG, eingeführt werden soll.
- Intensive Überwachung und Management von Einzeladressen auch mit Unterstützung eines in 2009 verbesserten Frühwarnsystems.
- Überprüfung der Verlustgefahr anhand objektiver Hinweise auf eine Wertminderung.

Die Risikosteuerung der Deutschen Pfandbriefbank AG wird durch die Integration des ökonomischen Kapitals in den Geschäftsplanungsprozess im Verlauf des Jahres 2010 weiter verfeinert.

Ökonomisches Kapital und Überwachung der Risikotragfähigkeit

Die Deutsche Pfandbriefbank AG hat eine interne, auf dem Internen Kapitaladäquanzverfahren (Internal Capital Adequacy Assessment Process, ICAAP) basierende Risikotragfähigkeitsanalyse etabliert, um sicherzustellen, dass die Risikoposition der Bank den Angaben in ihrem Bericht zur Risikobereitschaft entspricht. Die Prüfung der internen Kapitaladäquanz stützt sich auf das Konzept des ökonomischen Kapitals. Die Ausstattung mit ökonomischem Kapital der HRE ist speziell auf den Bedarf und die Anforderungen des Geschäfts der HRE und die Erfüllung der Säule-2-Kriterien nach Basel II für Banken sowie deren Konkretisierung in den deutschen MaRisk ausgelegt, die eine angemessene interne Kapitalisierung vorschreiben.

Das ökonomische Kapital wird definiert als „die Menge an Kapital, die eine Bank benötigt, um den größten potenziellen Gesamtverlust mit einer definierten Wahrscheinlichkeit über einen Zeithorizont von einem Jahr aufzufangen“. Der von der HRE verwendete Maßstab für die Verlustwahrscheinlichkeit ist die mit ihrem angestrebten langfristigen Kreditrating (A) verbundene Ausfallwahrscheinlichkeit. Der auf Basis der Einschätzung von der Ratingagentur Standard & Poors für die langfristige Ausfallwahrscheinlichkeit von vorrangigen unbesicherten Verpflichtungen mit A-Rating dafür ermittelte Wert beträgt derzeit 0,05 % (unverändert seit Ende 2008). Damit beträgt das Konfidenzniveau, das bei der Berechnung des ökonomischen Kapitals zugrunde gelegt wird 99,95 %.

Das ökonomische Kapital wird durch Aggregation des ökonomischen Kapitals für Kredit-, Markt-, operationelles Risiko und sonstigen Risiken unter Berücksichtigung von marktüblichen Korrelationsannahmen berechnet. Die Basis für die Berechnungen ist in den meisten Fällen ein Value at Risk-Ansatz. Der VaR gibt den Verlust an, der innerhalb eines bestimmten Zeithorizontes von beispielsweise einem Jahr mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit nicht überschritten wird. Das VaR Modell basiert auf historischen Daten und beinhaltet die Annahme, dass sich die zukünftige Entwicklung ähnlich verhält. Die Grenzen des VaR Modells lassen sich in folgende Punkte zusammenfassen:

- Der zugrunde gelegte Zeithorizont reflektiert die Halteperiode der Risikoposition. Insofern besteht die Annahme, dass diese auch im vorgegebenen Zeitfenster geschlossen bzw. gesichert werden kann.
- Mit der zugrundegelegten Wahrscheinlichkeit, dem Konfidenzniveau von beispielsweise 99,95%, verbleibt eine statistische Wahrscheinlichkeit von 0,05 %, dass der tatsächliche Verlust innerhalb des zugrunde gelegten Zeithorizontes größer ist, als der ermittelte VaR.
- Durch die Verwendung von historischen Daten zur VaR Berechnung könnten nicht alle potentiellen, zukünftigen Entwicklungen, insbesondere außerordentliche Entwicklungen, berücksichtigt sein.
- Der VaR ist sowohl von der Risikoposition als auch von Volatilität der Marktpreise abhängig. Der VaR bei gleichbleibender Position im Falle sinkender Volatilitäten und vice versa

Das Value at Risk Modell ist trotzdem ein wesentlicher Faktor zur Berechnung des ökonomischen Kapitals und zur Steuerung insbesondere des täglichen Geschäfts des Marktrisikos. Die Modelle werden laufend anhand der tatsächlichen Entwicklungen überprüft und falls nötig angepasst.

Die einzelnen, spezifischen Berechnungsmethoden des VaR für die einzelnen Risikoarten sind in den jeweiligen Kapiteln näher erläutert. Für das Liquiditätsrisiko wird – wie branchenüblich - kein ökonomisches Kapital berechnet; das Risiko wird jedoch in Stressszenarien berücksichtigt.

Zur Bewertung der Kapitalausstattung der Deutschen Pfandbriefbank AG wird die Höhe des ökonomischen Kapitals den der Bank zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen innerhalb eines Jahres gegenübergestellt. Die Definition der verfügbaren Risikodeckungsmasse für ein Jahr beinhaltet branchenübliche Komponenten wie im Wesentlichen das bilanzielle Eigenkapital nach IFRS, eigenkapitalähnliche Komponenten (Nachrang- und Hybridkapital) sowie das geplante Ergebnis der nächsten 12 Monate. Diese Komponenten sind dazu geeignet, mögliche Verluste abzufedern und einen entsprechenden Risikopuffer aufrechtzuerhalten. Die Gesamtheit der Kapitalbestandteile (Risikodeckungsmasse) muss in jedem Fall größer sein als ein möglicherweise auftretender Verlust (ökonomisches Kapital).

Das auf Basis des ICAAP größte Risiko, gemessen am ökonomischen Kapital (ohne explizite Berücksichtigung des Liquiditätsrisikos), ist das Adressrisiko, auf das über 70 % des ökonomischen Kapitals entfallen, gefolgt vom Markt-, operationellen und Geschäftsrisiko.

Im Gesamtvorstand und dem Risk Committee werden die Ergebnisse des ökonomischen Kapitals und der Stresstests regelmäßig vorgestellt, diskutiert und ggf. Steuerungsmaßnahmen festgelegt.

Für das Jahr 2010 ist eine signifikante Anpassung der ICAAP-Methodik an die veränderte Geschäftsstrategie der Gruppe geplant. Ein entsprechendes Projekt wurde im vierten Quartal 2009 mit externer Unterstützung begonnen und wird voraussichtlich zum ersten Quartal 2010 umgesetzt. Hierbei wird die strategische Neuausrichtung mit deutlich stärkerem Fokus auf die Haltedauer von Aktiva bis zur Endfälligkeit, die neue Eigentümerstruktur, das veränderte Funding-Profil sowie die bevorstehende Abspaltung der Abwicklungsanstalt in der Modellgestaltung explizit berücksichtigt. Teile dieser geplanten Änderungen sind bei der Modellierung des Adressrisikos per Jahresende 2009 bereits umgesetzt.

Wesentliche Projekte im Risikomanagement der Deutschen Pfandbriefbank AG

Aufgrund der vollständigen Integration des Risikomanagements der Deutschen Pfandbriefbank AG in das Risikomanagement der HRE profitiert die Bank auch von folgenden IT-bezogenen Weiterentwicklungen auf Gruppenebene:

Limit System: In 2009 wurde ein konzernübergreifendes Limit System, welches alle Kreditnehmer und Produkte sämtlicher konsolidierter juristischer Einheiten der HRE, also auch der Deutschen Pfandbriefbank AG, berücksichtigt, implementiert. Die endgültige Umsetzung des Systems im Risikomanagementprozess der HRE und der Deutschen Pfandbriefbank AG wird im ersten Quartal 2010 abgeschlossen sein. Weitere Verfeinerungen und Ausbaustufen sollen folgen.

Markt Daten System: Mit der Implementierung eines gruppenweiten Markt Daten Systems wurde 2009 gruppenweit eine qualitätsgesicherte, konsistente Marktdatenversorgung zur einheitlichen Bewertung aller Risikopositionen eingeführt.

Management Information System MIS: In 2009 wurde die gruppenweite Reporting-Plattform „MIS / Risk Cockpit“ weiter ausgebaut und vereinheitlicht und somit für das Reporting der wesentlichen Kreditrisiko-Kennzahlen - auch der Deutschen Pfandbriefbank AG - eine zeitnahe und transparente Datenversorgung zur Verfügung gestellt. Durch diese einheitliche Plattform wird sich die Datenqualität und Konsistenz der einzelnen Berichte spürbar verbessern. In 2010 erfolgen kontinuierliche Verfeinerungen sowie eine weitere Ausbaustufe mit zusätzlichen Informationen und höherem Automatisierungsgrad bei der Erstellung der Berichte.

Vereinheitlichung Marktrisiko: Im Rahmen der ersten Phase der gruppenweiten Vereinheitlichung der Marktrisikosteuerung, in die auch die Deutsche Pfandbriefbank AG integriert ist, wurde in 2009 schwerpunktmäßig an der einheitlichen Bewertung von Darlehen und Verbindlichkeiten gearbeitet. Weitere Projektphasen sind im Zuge des Programms New Evolution - TOPP 2011 in den folgenden Releases geplant.

Eine wesentliche Verzögerung bzw. ein Scheitern der erwähnten Projekte kann zu Fehlsteuerungsimpulsen bei der Deutschen Pfandbriefbank AG führen.

Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

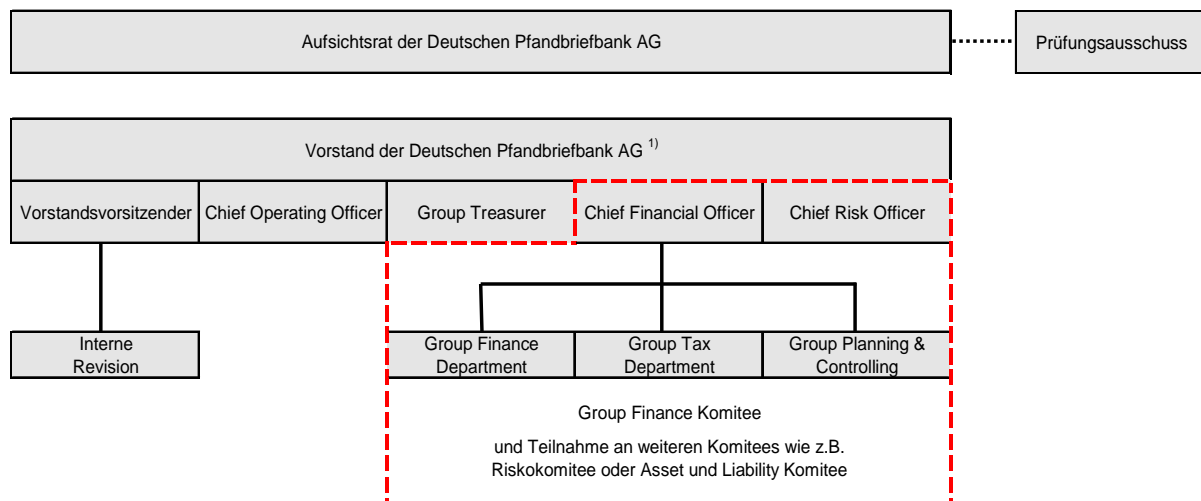
Konzeption

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess umfasst die Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Rechnungslegung sowie zur Sicherung der Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Vorschriften. Ziel des Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess ist es, Risiken zu identifizieren und zu bewerten, die dem Ziel der Regelkonformität des Abschlusses entgegenstehen könnten, sowie erkannte Risiken zu begrenzen und auf ihren Einfluss, auf den Abschluss und die entsprechende Abbildung dieser Risiken zu überprüfen. Das interne Kontrollsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess ist ein integraler Bestandteil des Risikomanagementsystems und hat die Zielsetzung, durch die Implementierung von Kontrollen hinreichende Sicherheit zu gewährleisten, dass trotz der identifizierten Risiken ein regelungskonformer Abschluss erstellt wird.

Ein internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess kann jedoch keine absolute Sicherheit bezüglich des Erreichens der verbundenen Ziele geben. Wie alle Ermessensentscheidungen können auch solche zur Einrichtung angemessener Systeme grundsätzlich aufgrund von Fehlern, Irrtümern, Veränderungen der Umgebungsvariablen oder bewussten Verstößen und kriminellen Handlungen fehlerhaft sein. Aufgrund dieser Grenzen können Fehlaussagen in den Abschlüssen nicht mit absoluter Sicherheit aufgedeckt oder verhindert werden.

Bei der Deutschen Pfandbriefbank AG spiegelt sich das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess in der Aufbau- und der Ablauforganisation wider. Aufbauorganisatorisch umfasst das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess vor allem den Vorstand, den Aufsichtsrat als Kontrollorgan des Vorstands, den vom Aufsichtsrat gebildeten Prüfungsausschuss, die an den Chief Financial Officer (CFO) berichtenden Bereiche, das Group Finance Komitee und die Interne Revision.

Aufbauorganisation des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess



1) ab 1. Januar 2010 erweitert um den Chief Real Estate Finance

Der Vorstand als gesetzlicher Vertreter der Deutschen Pfandbriefbank AG hat gemäß § 264 HGB i.V.m. § 242 HGB einen Jahresabschluss und Lagebericht aufzustellen. Der Gesamtvorstand der Deutschen Pfandbriefbank AG trägt im Zusammenhang mit der Pflicht zur Einführung eines konzernweiten internen Kontroll- und Risikomanagementsystems auch die Verantwortung für die Ausgestaltung, das heißt die Konzeption, Implementierung, Aufrechterhaltung sowie Überwachung eines angemessenen und wirksamen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess. Der Gesamtvorstand entscheidet hierzu über alle Strategien auf Vorschlag des Chief Financial Officers (CFO).

Der Aufsichtsrat hat die Aufgabe, den Vorstand zu überwachen. Hierzu kann der Aufsichtsrat Geschäftsführungsmaßnahmen von seiner Zustimmung abhängig machen. Daneben hat der Aufsichtsrat Prüfungspflichten und Berichtspflichten. Der Aufsichtsrat der Deutschen Pfandbriefbank AG hat zur Unterstützung seiner Tätigkeit einen Prüfungsausschuss eingerichtet. Gemäß § 100 Abs. 5 AktG muss mindestens ein Mitglied des Aufsichtsrats und des Prüfungsausschusses über Sachverstand in den Gebieten Rechnungslegung und Prüfung verfügen. Der Aufsichtsrat genügt nach eigener Einschätzung diesen Anforderungen.

Die Interne Revision unterstützt den Vorstand in seiner Kontrollfunktion durch unabhängige Prüfungen.

Der CFO leitet die drei Bereiche Finance, Tax sowie Planning and Controlling. Im CFO Ressort wird der Einzelabschluss gemäß HGB erstellt. Für Rechnungslegungszwecke werden die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden gemäß HGB in den Abschlüssen der Zentrale und der Niederlassungen vereinheitlicht. Jede einbezogene Einheit meldet daraufhin die Bilanz, Gewinn-und-Verlust-Rechnung und die Anhangsangaben über die Buchhaltungssoftware an eine zentrale Stelle im Rechnungswesen. Im Rechnungswesen werden die Daten der Fremdwährungspositionen mit Hilfe der Buchhaltungssoftware in Euro umgerechnet. Darüber hinaus werden die Daten plausibilisiert, analysiert und konsolidiert.

Der Vorstand hat auf Konzernebene ein Group Finance Komitee (GFK) eingerichtet, das Empfehlungen an den Vorstand gibt. Dazu gehören unter anderem die Festlegung und Überwachung der Richtlinien und Abläufe für das Rechnungs- und Berichtswesen für alle Einheiten und Segmente des Konzerns, inklusive der Deutschen Pfandbriefbank AG. Um eine enge Kommunikation zu anderen Bereichen sicher zu stellen, sind der CFO oder die Leiter der CFO Bereiche Teilnehmer in anderen Komitees, wie zum Beispiel dem Risikokomitee mit seinen Unterkomitees, oder dem Asset und Liability Committee.

Ablauforganisatorisch basiert das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess auf einer angestrebten weitgehenden Standardisierung von Prozessen und Software. Für Kernaktivitäten und –prozesse existieren ein Richtlinienwesen und ein Verhaltenskodex. Danach ist das Vier-Augen-Prinzip für wesentliche Vorgänge verpflichtend anzuwenden. Daten und EDV-Systeme sind vor unbefugten Zugriffen geschützt. Ferner werden bestimmte relevante Informationen nur Mitarbeitern zur Verfügung gestellt, die diese Information für ihre Arbeit benötigen. Ergebnisse werden, soweit notwendig, bereichsübergreifend abgestimmt.

Implementierung

Für die Erstellung des Einzelabschlusses und –lageberichts hat die Deutsche Pfandbriefbank AG die Konzeption des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess in verschiedenen Maßnahmen zur Identifizierung, Bewertung und Begrenzung der Risiken implementiert. Die Maßnahmen zur Aufbauorganisation betreffen die Gremien der Deutschen Pfandbriefbank AG und die CFO-Bereiche.

Innerhalb des CFO-Bereichs herrscht eine klare Funktionstrennung. Das GFK und weitere Komitees sowie Abteilungsbesprechungen bilden Klammerfunktionen zwischen den verschiedenen Funktionen. Darüber hinaus sind vollziehende, buchende und verwaltende Tätigkeiten wie zum Beispiel die Zahlung und die Buchung der Zahlung klar getrennt oder unterliegen dem Vier-Augen-Prinzip.

Innerhalb der Ablauforganisation bestehen maschinelle bzw. systembasierte und manuelle bzw. nicht-systembasierte Maßnahmen zum Management der Risiken und für interne Kontrollen. Systembasiert wird zur Vermeidung von Fehlern soweit wie möglich Standardsoftware für die Buchung, Abstimmung, Kontrolle

und das Berichten der Daten eingesetzt. Zum Schutz vor Verlust werden die Daten der Software gesichert und die Sicherung auf Band ausgelagert. Allgemein ist die Software der Deutschen Pfandbriefbank AG gegen unbefugte Zugriffe durch eine klar geregelte Administration und Freigabe von Berechtigungen geschützt.

Neben den systembasierten Maßnahmen hat die Deutsche Pfandbriefbank AG manuelle bzw. nicht-systembasierte Maßnahmen implementiert. So werden Abweichungsanalysen in Form von Soll-Ist-Vergleichen durchgeführt. Darüber hinaus wird die konsolidierte Bilanz und Gewinn- und Verlust-Rechnung auf monatlicher Basis ermittelt. Ferner werden Hochrechnungen und Planungsrechnungen erstellt. Durch die fortlaufende häufige Zahlenanalyse wird ein besseres Verständnis erzielt. Verbindliche anzuwendende Rechnungslegungsvorgaben werden definiert und kommuniziert. Es kommen allgemein anerkannte Bewertungsverfahren zum Einsatz. Die angewandten Verfahren sowie die zugrundeliegenden Parameter werden regelmäßig kontrolliert und - soweit erforderlich - angepasst. Vorgegeben werden darüber hinaus Terminpläne, um bei Terminengpässen zeitgerecht reagieren zu können.

Zur Erhöhung der Kontrollqualität sind in bestimmte Prozesse verschiedene Bereiche eingebunden und zur Abstimmung verpflichtet. Zum Beispiel dient der bereichsübergreifende Neuproduktprozess und die Überprüfung der bestehenden Produkte mit Veto-Recht durch den Bereich Finance der Sicherstellung einer einheitlichen und systematischen bilanziellen Abbildung der Produkte. Ein weiteres Beispiel für die bereichsübergreifende Abstimmung ist der Prozess zur Erstellung des Geschäftsberichts. Alle beteiligten Bereiche müssen diesen Bericht vor der Aufstellung durch den Vorstand bestätigen lassen (sogenannter Subcertification-Prozess). Im Vorfeld stimmen alle betroffenen Bereiche in Redaktionssitzungen die Inhalte wesentlicher Teile des Geschäftsberichts ab.

Im Rahmen des Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess ergreift die Deutsche Pfandbriefbank AG Maßnahmen zur Abwehr von betrügerischen Handlungen und bewussten Verstößen zu Lasten der Deutschen Pfandbriefbank AG. Als betrügerische Handlung zu Lasten der Deutschen Pfandbriefbank AG werden zum Beispiel Diebstahl, Unterschlagung oder Untreue gezählt. Im Bezug auf den Rechnungslegungsprozess wird darüber hinaus auch die bewusste falsche Bilanzierung als betrügerische Handlung definiert. Die Deutsche Pfandbriefbank AG identifiziert und bewertet die Risiken und stellt Maßnahmen zur Abwehr solcher betrügerischer Handlungen und bewusster Verstöße auf. Durch ein neu entwickeltes systembasiertes Konzept werden darüber hinaus die Mitarbeiter in Complianceregelungen geschult.

Aufrechterhaltung

Die Deutsche Pfandbriefbank AG überprüft und verbessert gegebenenfalls ihr internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess fortlaufend im Rahmen der Sitzungen des Vorstandes, des GfK und bereichsintern zur Sicherstellung einer möglichst richtigen und umfassenden Identifizierung, Bewertung und Begrenzung der Risiken. Als Ergebnis werden auch Anpassungen des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess an neue Gegebenheiten wie zum Beispiel Veränderungen in der Struktur und dem Geschäftsmodell der Deutschen Pfandbriefbank AG oder neue gesetzliche Anforderungen vorgenommen.

Das Risiko betrügerischer Handlungen und bewusster Verstöße wird regelmäßig analysiert, um Abwehrmaßnahmen zu ergreifen. Dazu werden unter anderem auffällige Vorkommnisse und Veränderungen in der Situation der Deutschen Pfandbriefbank AG und einzelner Mitarbeiter berücksichtigt.

Die Deutsche Pfandbriefbank AG hat gesetzliche Vorgaben einzuhalten. Ändern sich die gesetzlichen Vorgaben zum Beispiel in Form von Anpassungen des HGB sind die Änderungen umzusetzen. Die notwendigen Anpassungen an die Prozesse und IT Systeme werden gegebenenfalls in eigenen Projekten abteilungsübergreifend und mit klarer Funktionszuordnung umgesetzt. Im Rahmen der Umsetzung wird auch das Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess an die geänderten Vorschriften angepasst. Ein Beispiel stellt das überwiegend ab dem Jahr 2010 für deutsche Einzelabschlüsse anzuwendende Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) dar. Im Zuge der BilMoG Umsetzung wird auch das Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess an die geänderten Vorschriften angepasst, zum Beispiel bei der Überarbeitung der Bilanzierung von Bewertungseinheiten.

Im Rahmen der Restrukturierung der Deutschen Pfandbriefbank AG wurden Gesellschaften liquidiert und verschmolzen, Niederlassungen geschlossen und der Personalbestand reduziert. Die Deutsche Pfandbriefbank AG begegnet dem Risiko auf den Abschlussprozess durch klare Funktionszuordnungen, die Zentralisierung des Projektmanagements zur Restrukturierung und eine enge Zusammenarbeit der verschiedenen Bereiche.

Die IT-Landschaft der Deutschen Pfandbriefbank AG ist vor allem aufgrund zahlreicher konzerninterner Fusionen von Gesellschaften heterogen. Im Rahmen des Projektes New Evolution werden daher die Systeme und die Prozesse in den nächsten Jahren so weit wie möglich vereinheitlicht.

Überwachung

Der Internen Revision kommt die Aufgabe zu, Vorgänge auf Ordnungsmäßigkeit zu prüfen und Unwirtschaftlichkeit, Unregelmäßigkeiten oder Manipulationen aufzudecken. Dabei prüft die Interne Revision entsprechend den Regeln der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) risikoorientiert auch die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements und des internen Kontrollsystems und deckt gegebenenfalls Schwächen in der Identifizierung, Bewertung und Reduzierung der Risiken auf. Darin eingeschlossen ist auch eine Prüfung der IT-Systeme der HRE, sowie der Prozesse und Kontrollen in den CFO Funktionen. Zur Abarbeitung der aufgedeckten Mängel werden konkrete Maßnahmenpläne mit konkreten Terminvorgaben erstellt und nachgehalten. Die Interne Revision ist direkt dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt und weder in den Arbeitsablauf integriert noch für das Ergebnis des zu prüfenden Prozesses verantwortlich. Zur Wahrung ihrer Aufgaben hat die Interne Revision ein vollständiges und uneingeschränktes Informationsrecht über die Aktivitäten, Prozesse sowie die IT Systeme.

Als Kontroll- und Beratungsgremium des Vorstands kann der Aufsichtsrat gemäß § 111 Abs. 2 AktG die Bücher und die Vermögenswerte der Gesellschaft einsehen und prüfen. Darüber hinaus berichtet der Vorstand regelmäßig an den Aufsichtsrat. Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess ist Gegenstand der Beratungen des Aufsichtsrats. Der Aufsichtsrat erteilt der Abschlussprüferin den Prüfungsauftrag für den Jahresabschluss gemäß § 290 HGB. Der Aufsichtsrat stellt den vom Vorstand aufgestellten und vom unabhängigen Wirtschaftsprüfer testierten Abschluss und Lagebericht fest.

Ein Prüfungsausschuss wurde vom Aufsichtsrat eingesetzt, der den Aufsichtsrat von der Aufgabe der eingehenden und zeitnahen Prüfung des Abschlusses, des Lageberichts, sowie des Vorschlags für die Verwendung des Bilanzgewinns entlastet und im Wesentlichen nur vorbereitend tätig ist. Der Prüfungsausschuss befasst sich vor allem mit der Überwachung des Rechnungslegungsprozesses, der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, des Risikomanagementsystems und des internen Revisionssystems sowie der Abschlussprüfung, hier insbesondere der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers und der vom Abschlussprüfer zusätzlich erbrachten Leistungen.

Der Abschlussprüfer nimmt an den Sitzungen des Aufsichtsrats und des Prüfungsausschusses teil und berichtet über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung, insbesondere wesentliche Schwächen des internen Kontroll- und des internen Risikomanagementsystems bezogen auf den Rechnungslegungsprozess. Darüber hinaus berichtet der Abschlussprüfer unverzüglich über alle die für die Aufgaben des Aufsichtsrats wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse, die sich bei der Durchführung der Prüfung ergeben. Im Vorfeld bespricht der Aufsichtsrat mit dem Abschlussprüfer die Schwerpunkte der Prüfung.

Wesentliche Risikoarten

Die Deutsche Pfandbriefbank AG, unterscheidet für die Geschäftsaktivitäten folgende wesentliche Risikoarten

- Adressrisiko
- Marktrisiko

- Liquiditätsrisiko
- operationelles Risiko

Weitere wesentliche Risikoarten der Deutschen Pfandbriefbank AG, die bei der Berechnung des ökonomischen Kapitals berücksichtigt werden, sind zudem:

- Geschäftsrisiko
- Risiken aus bankeigenem Beteiligungs- und Immobilienbestand

Für alle Risikoarten, außer dem Liquiditätsrisiko, wird ökonomisches Kapital berechnet. Szenarien des Liquiditätsrisikos werden jedoch unter anderem im Rahmen von Stresstests im Zusammenhang mit der Überprüfung der Risikotragfähigkeit auf HRE Gruppenebene berücksichtigt.

Wesentliche Risikoarten der Deutschen Pfandbriefbank AG, die nicht quantifiziert, jedoch über geeignete Berichte, Vorgaben oder Policies begrenzt werden sind

- Strategische Risiken
- Reputationsrisiken,
- regulatorische Risiken sowie
- Pensionsrisiken.

Adressrisiko

Definition

Adressrisiko bezeichnet das Risiko des Wertverlustes beziehungsweise den teilweisen oder vollständigen Ausfall einer Forderung, verursacht durch Ausfall oder Bonitätsverschlechterung eines Geschäftspartners. Das Adressrisiko umfasst auch das Kontrahenten-, Emittenten- und Länderrisiko, die wie folgt definiert sind:

- Kontrahentenrisiken sind mögliche Wertverluste von nicht erfüllten Geschäften insbesondere Derivaten, welche durch Ausfall des Kontrahenten entstehen. Dabei werden folgende Unterkategorien unterschieden:
 - Abwicklungsrisiko, als das Risiko dass bei Abwicklung eines Geschäftes der fällige Gegenwert nicht geliefert wird
 - Wiedereindeckungsrisiko als die Gefahr, dass bei Ausfall eines Kontrahenten der Kontrakt zu ungünstigeren Konditionen ersetzt werden muss
- Emittentenrisiken sind Risiken des teilweisen oder vollständigen Verlustes von Forderungen aus Wertpapieranlagen, verursacht durch den Ausfall des Emittenten
- Länderrisiken werden unterschieden in Transfer- und Konvertierungsrisiken sowie in Ausfallrisiken. Transfer- und Konvertierungsrisiken können durch staatliche Interventionen entstehen, die die Devisenbeschaffung oder den grenzüberschreitenden Kapitaltransfer eines zahlungsfähigen Schuldners begrenzen oder verhindern. Ausfallrisiken können durch den Ausfall bzw. die Bonitätsverschlechterung eines Landes als Schuldner entstehen.

Adressrisikostategie und -grundsätze

Die HRE hat im Rahmen der Restrukturierung die Aufteilung des gesamten Kreditportfolios der Gruppe in ein Strategisches Portfolio und ein Value Portfolio vorgenommen. Die Umsetzung der neuen Portfoliostruktur im Adressrisikoberichtswesen wird voraussichtlich zum ersten Quartal 2010 durchgeführt. Die verabschiedete Risikostrategie der Deutschen Pfandbriefbank AG reflektiert die neue Struktur bereits:

- Das strategische Portfolio beinhaltet große Teile des Real Estate Portfolios sowie das Public Sector Portfolio der Deutschen Pfandbriefbank AG.
 - Das Neugeschäft im Real Estate Business der Deutschen Pfandbriefbank AG fokussiert sich auf pfandbrieffähige Finanzierungen gewerblicher Immobilien mit nachhaltigem Cash Flow innerhalb Europas mit Schwerpunkt in Deutschland, Frankreich und dem Vereinigten Königreich. Zielkunden sind hauptsächlich professionelle Investoren, institutionelle Kunden, Real Estate Funds oder selektiv Bauträger. Die angestrebte Produktpalette umfasst weniger komplexe Darlehensstrukturen, selektiv ergänzt um derivative Absicherungsprodukte.
 - Im Bereich Public Sector der Deutschen Pfandbriefbank AG wird sich das Neugeschäft auf risikoarme, pfandbrieffähige Finanzierung von Ländern, Kommunen und staatlichen Einrichtungen im westeuropäischen Raum, insbesondere Deutschland, Frankreich, Spanien und Italien, sowie staatsgarantierte Public Private Partnerships (PPP) konzentrieren. Die Refinanzierung des Neugeschäfts soll weitgehend laufzeitkongruent über Pfandbriefemissionen dargestellt werden.
- Im Value Portfolio, das auch Teile des Real Estate Portfolios der Deutschen Pfandbriefbank AG beinhaltet, befindet sich im vor allem nicht pfandbrieffähiges Geschäft und Geschäft, das im Hinblick auf Volumen und Risikoprofil nicht strategiekonform ist. Hier ist keine Ausweitung der Geschäftsaktivitäten vorgesehen, stattdessen steht der werterhaltende, kapitalschonende Abbau des Portfolios beispielsweise durch Verkauf oder im Rahmen der Konditionenanpassung im Vordergrund.

Sowohl aus dem strategischen wie auch aus dem Value Portfolio sind Auslagerungen von Teilportfolien in eine Anstalt in der Anstalt (AidA), die im Kapitel „Wesentliche Ereignisse“ näher beschrieben sind, in der Diskussion.

Organisation des Adressrisikomanagements

Die Organisation des CRO der HRE umfasst als Marktfolgeeinheiten für das Adressrisikomanagement der Deutschen Pfandbriefbank AG alle Bereiche, die unter dem Kapitel Chief Risk Officer im vorangegangenen Teil aufgeführt und in den wesentlichen Aufgaben beschrieben sind. Die genannten Marktfolgeeinheiten sind organisatorisch bis auf Vorstandsebene in der Deutschen Pfandbriefbank AG MaRisk-konform von den Vertriebseinheiten unabhängig.

Adressrisikoberichte

Das Berichtswesen zu Adressrisiken wurde in der HRE im Geschäftsjahr 2009 - auch unter Berücksichtigung der zusätzlichen Anforderungen nach MaRisk - grundlegend überarbeitet.

- Im vierteljährlichen Credit Risk Report werden Details zum Portfolio und Risikokennzahlen sowohl auf Gruppenebene als auch auf Ebene der Deutschen Pfandbriefbank AG ausführlich berichtet, im Vorstand der Deutschen Pfandbriefbank AG diskutiert und dem Risikomanagement- und Liquiditätsausschuss des Aufsichtsrates der HRE Holding zur Kenntnis gebracht. Wesentliche steuerungsrelevante Kennzahlen, Inhalte und Analysen wie die Entwicklung des EaD, des EL und des Credit VaR sind im monatlichen Group Risk Report integriert, der ebenfalls im Vorstand erörtert wird.
- Für Entscheidungen zum Neugeschäft bzw. zu Konditionenanpassungen werden wesentliche Kennzahlen, Inhalte und Analysen im Credit Committee der Deutschen Pfandbriefbank AG vorgestellt und erörtert.
- Im laufenden Geschäft der Deutschen Pfandbriefbank AG unterstützen weitere regelmäßige Berichte das operative Management bei der Steuerung bzw. rechtzeitigen Erkennung von Risiken auf Subportfolioebene.

- Auffällige Entwicklungen, die eine wesentliche Verschlechterung der Risikolage eines Einzelengagements der Deutschen Pfandbriefbank AG bewirken können, werden an einen weiter gefassten Kreis berichtet.

Adressrisikoquantifizierung über das ökonomische Kapital

Kreditportfoliomodell

Die Deutsche Pfandbriefbank AG setzt zur Ermittlung des Adressrisiko-VaR ein Kreditportfoliomodell ein. Die Bonitätseinstufung eines Kreditnehmers verändert sich bzw. der Kreditnehmer gilt als ausgefallen, wenn bestimmte Schwellenwerte überschritten werden. Diese Schwellenwerte werden aus dem Rating des Kreditnehmers, einer Migrationsmatrix bzw. dem Default-Vektor und der Volatilität eines Bonitätsindex über ein internes Kreditportfoliomodell, basierend auf dem Grundgedanken von Credit Metrics ermittelt. Die Bonität wird über einen stochastischen Prozess modelliert, der systematische und spezifische Komponenten beinhaltet und das interne Rating der Kreditnehmer berücksichtigt. Die Korrelationen werden über die systematischen Komponenten des Bonitätsindex und über eine 10-Jahreshistorie relevanter Zeitreihen modelliert. Die Migrationsmatrix zur Modellierung von Rating-Veränderungen wird von S&P ermittelt und bildet eine Historie von über 30 Jahren ab. Über das Grundkonzept von Credit Metrics hinaus wird für die Available for Sale Positionen der potenzielle Wertverlust bei Anrechnung der historisch maximal aufgetretenen Spread-Anstiege berücksichtigt. Credit Spread Änderungen in der IFRS-Kategorie Fair-Value-through-P&L werden im Marktrisikomodell berücksichtigt.

Das ökonomische Kapital für Adressrisiken berechnet aus dem Kreditportfoliomodell beträgt für ein Risikoniveau von 99,95 % und einen Zeithorizont von einem Jahr ohne Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zu anderen Risikoarten rund 2,2 Mrd. €. Ein Vergleich zu Vorjahreswerten ist nur bedingt aussagekräftig, da Ende 2008 die beiden Vorgängerinsitute noch getrennt, d.h. ohne Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zwischen den beiden Banken, ermittelt wurden.

Stresstests

In Stresstests werden neben den in 2009 neu entwickelten integrierten Stresstests zur Risikotragfähigkeit der Deutschen Pfandbriefbank AG, die auch Szenarien zum Adressrisiko beinhalten (s. Kapitel zum ökonomischen Kapital und Beurteilung der Risikotragfähigkeit) die

- Herabstufung der Bonität aller Kreditnehmer um je eine Ratingstufe
- Annahme des Ausfalls der 10 größten Kreditnehmer aus dem Real Estate Finance Bereich

in ihrer Auswirkung auf den Adressrisiko-VaR sowie die verfügbare Risikodeckungsmasse der Deutschen Pfandbriefbank AG geprüft.

In Ergänzung zu den Stresstests des ökonomischen Kapitals wurden in 2009 sogenannte RWA Reverse Stress Tests entwickelt, die untersuchen, um wie viel sich ein bestimmter Risikoparameter (wie z.B. Rating, LGD, Währung) verändern kann, bevor die Mindestkapitalquote von derzeit 8,5% nicht mehr eingehalten wird. Für alle getesteten Risikoparameter wurden Toleranzveränderungsniveaus definiert, die für ein Bestehen der Tests der Deutschen Pfandbriefbank AG nicht verletzt werden dürfen.

Adressrisikoquantifizierung nach Basel II: Advanced-IRBA

Die Deutsche Pfandbriefbank AG hat - bis auf die ehemalige DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG - bereits die regulatorische Genehmigung erhalten, den sogenannten Advanced Internal Rating based Approach (Advanced-IRBA) für die Ermittlung der regulatorischen Eigenkapitalunterlegung anzuwenden. Die HRE hat Ende Juni 2009 bei der Bankenaufsicht den formalen Antrag – inklusive aller hierfür notwendigen Dokumente – für die Einführung des Advanced-IRBA in der ehemaligen DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG eingereicht. Die aufsichtliche Prüfung wird im ersten Quartal 2010 starten.

Adressrisikosteuerung, -management und -überwachung

Adressrisikosteuerung

Auf HRE Portfolioebene wird die angestrebte Portfoliostruktur mittels Strukturkomponenten in der Risikostrategie festgelegt. Die Limite orientieren sich auch an der verfügbaren Risikodeckungsmasse und beinhalten beispielsweise für die Deutsche Pfandbriefbank AG:

- Limitierung von Länderrisiken
- Festlegung strategischer Risiko- und Ertragsparameter (interne Eigenkapitalverzinsung, Zielkunden und Regionen, Finanzierungsdauer etc.)

Kernelemente für die Überwachung der Einhaltung der festgelegten Limite und der angestrebten Risiko- und Ertragsparameter auf Portfolio- und Einzelgeschäftsebene der Deutschen Pfandbriefbank AG sind folgende Berichte und Maßnahmen:

- Ermittlung des Adressrisiko-VaR auf Portfolioebene der Deutschen Pfandbriefbank AG über ein Kreditportfoliomodell; Analyse von Konzentrationsrisiken und verschiedenen Stresstests
- Zentrale, gruppenweite Überwachung von Risikokonzentrationen durch spezielle, regelmäßige und Anlass bezogene Auswertungen, wie beispielsweise regionale, produktspezifische Auswertungen
- Kontinuierliche Analyse des Portfolios und der relevanten Märkte durch die lokalen Credit Risk Management Einheiten in der Deutschen Pfandbriefbank AG
- Regelmäßige, mindestens jährliche Bewertung der Kreditsicherheiten der Deutschen Pfandbriefbank AG
- Spezialberichte potentiell gefährdeter Kreditengagements

Die Kreditkompetenzrichtlinie legt zudem, abhängig von Kontrahentengruppe und Expected Loss Klasse Grenzen die einzelnen Entscheidungskompetenzgrenzen für Prolongationen im Bestandsgeschäft für die einzelnen Credit Risk Manager in der Deutschen Pfandbriefbank AG fest. Der Abschluss von Neugeschäft erfolgt im Berichtszeitraum ausschließlich auf Vorstandsebene der Deutschen Pfandbriefbank AG.

Adressrisikomanagement und -überwachung

Auf Einzelgeschäftsebene der Deutschen Pfandbriefbank AG bestimmen die HRE gruppenweit gültigen Richtlinien zu Kreditprozessen die notwendigen Schritte der Risikoprüfung bei Neugeschäft und Prolongationen sowie der Übergabe in die Intensivbetreuung bzw. Abwicklung.

Nachfolgend werden Kernprozesse des Adressrisikomanagements und der -überwachung sowie der hierbei involvierten Bereiche der CRO Funktion beschrieben:

Die Credit Risk Management Einheiten (Credit Officer Real Estate und Credit Officer PS, FI & Value Portfolio) führen auf Anfrage des Vertriebs der Deutschen Pfandbriefbank AG die erstmalige bzw. jährlich wiederkehrende Risikoanalyse beim Neu- und Bestandsgeschäft durch. Für die Bewertung und die Vorbereitung der Kreditentscheidung im Neu- und Prolongationsgeschäft kommen Basel II konforme PD und LGD Rating Tools zum Einsatz, die von Credit Risk im Bereich Risk Management & Control (RMC) der HRE entwickelt sowie jährlich validiert und kalibriert werden. Bei der Analyse und Bewertung der Sicherheiten der Deutschen Pfandbriefbank AG unterstützt der Bereich Property Analysis & Valuation Germany / Property Analysis Europe. Die jeweils verantwortliche Credit Risk Management Einheit überprüft den Antrag.

Das Legal Department der HRE, ggf. zusammen mit externen Rechtsanwälten/Kanzleien, ist verantwortlich für die Vertrags- und Sicherheitengestaltung.

Definierte Frühwarnindikatoren werden vom Credit Risk Management (CRM) regelmäßig analysiert. Bei Auffälligkeiten wird eine Kreditneubewertung (z.B. Rating, Sicherheiten) der entsprechenden Fälle der

Deutschen Pfandbriefbank AG durchgeführt und entsprechende Maßnahmen eingeleitet. Ferner werden die Fälle in einem monatlichen Überwachungsturnus aufgenommen und im Watchlist-Komitee der HRE präsentiert.

Ggf. in Zusammenarbeit mit der Global Workout-Einheit (derzeit nur CRE Engagements; für alle anderen Engagements ist CRM zuständig) werden die Impairment Trigger (siehe auch Kapitel zu Watchlist und Problemkredite) analysiert und Einzelwertberichtigungsvorschläge für die Deutsche Pfandbriefbank AG erarbeitet. Im Risk Provisioning Committee (siehe auch Übersicht zu Organisation und Komitees) wird über die vorbereiteten Einzelwertberichtigungsvorschläge für die Deutsche Pfandbriefbank AG entschieden.

Für kritische bzw. wertberichtigte Engagements der Deutschen Pfandbriefbank AG wird von Global Workout der HRE (nur CRE) bzw. CRM ein Restrukturierungsplan bzw. ein Abwicklungsplan erarbeitet. In die Entscheidung zur Restrukturierung oder Abwicklung gehen Szenarioanalysen der potentiellen Entwicklung des Kreditnehmers, der Sicherheit bzw. des relevanten Marktes ein. Diese werden im Risk Provisioning Committee der HRE präsentiert und genehmigt.

Sowohl kritische Engagements (Watchlist) wie auch Fälle der Restrukturierung und der Abwicklung (Problemkredite) der Deutschen Pfandbriefbank AG werden monatlich im Group Risk Report und im Risk Committee der HRE und auf Anfrage in Spezialanalysen an Vorstand und Aufsichtsrat berichtet.

Risikoabsicherung und –minderung durch Creditsicherheiten

In der Deutschen Pfandbriefbank AG haben insbesondere Gebäudesicherheiten im Bereich Commercial Real Estate eine wesentliche Bedeutung. Daneben werden insbesondere im Bereich Public Sector auch andere finanzielle Sicherheiten und Garantien als Absicherung akzeptiert (z.B. Kreditversicherungen, Bürgschaften, festverzinsliche Wertpapiere, etc.).

Die Überprüfung der Werthaltigkeit der Sicherheiten erfolgt im Rahmen der turnusmäßigen, jährlichen Bonitätsbeurteilung der Kreditnehmer der Deutschen Pfandbriefbank AG durch die Kreditsachbearbeiter; bei Immobiliensicherheiten werden externe oder interne Gutachten mit herangezogen.

Kreditportfolio

Zum 31. Dezember 2009 wird der gesamte Forderungsbestand der Deutschen Pfandbriefbank AG erstmals einheitlich nach dem Basel II konformen EaD ermittelt. Zur besseren Vergleichbarkeit zum Vorjahr werden für das Gesamtexposure wie auch für das Public Sector Geschäft sowohl Exposure als auch EaD ausgewiesen. Die Kommentierung der Risikoentwicklung erfolgt auf Basis der bisherigen Logik – also EaD für Commercial Real Estate Finance und Exposure für alle anderen Geschäftssegmente.

Der Begriff „Exposure“ beinhaltet die aktuelle Inanspruchnahme, zugesagte Kreditlinien, Derivate (aktueller Marktwert zuzüglich aufsichtsrechtlich vorgegebenem Aufschlag [Add-on]) und Garantien, vermindert um Absicherungsinstrumente des Kreditrisikos.

Der Basel-II-konforme Begriff „Exposure at Default“ (EaD) berücksichtigt neben der aktuellen Inanspruchnahme noch die anteiligen Kreditzinsen, mit denen ein Kreditnehmer bis zur Feststellung eines Kreditausfalls (maximal 90-Tage-Verzug) in Verzug geraten kann, sowie diejenigen Kreditzusagen, die ein Kreditnehmer trotz einer wesentlichen Bonitätsverschlechterung zukünftig noch ausnutzen kann. Bei Derivaten ergibt sich der EaD wie beim Exposure als Summe aus aktuellem Marktwert und dem aufsichtsrechtlich vorgegebenen Add-on, der einen Puffer für zukünftige, potenzielle Erhöhungen des Marktwertes darstellt

Das Exposure des Kreditportfolios der Deutschen Pfandbriefbank AG betrug zum 31. Dezember 2009 rund 197 Mrd. € und ist im Vergleich zu Dezember 2008 (223 Mrd. €) um ca. 26 Mrd. € gesunken. Der Hauptanteil des Rückgangs ist auf den Rückgang der Forderungen gegenüber Deutschland mit -15 Mrd. € (wovon 11 Mrd. € auf das Public Sector Geschäft entfallen) sowie gegenüber dem Schwesterinstitut DEPPFA Bank plc. mit ca. 3 Mrd. € zurückzuführen.

Überblick über das Gesamtexposure der Deutschen Pfandbriefbank AG: 197 Mrd. € (EaD: 198 Mrd. €)

Das Kreditportfolio ist größtenteils in die Geschäftssegmente

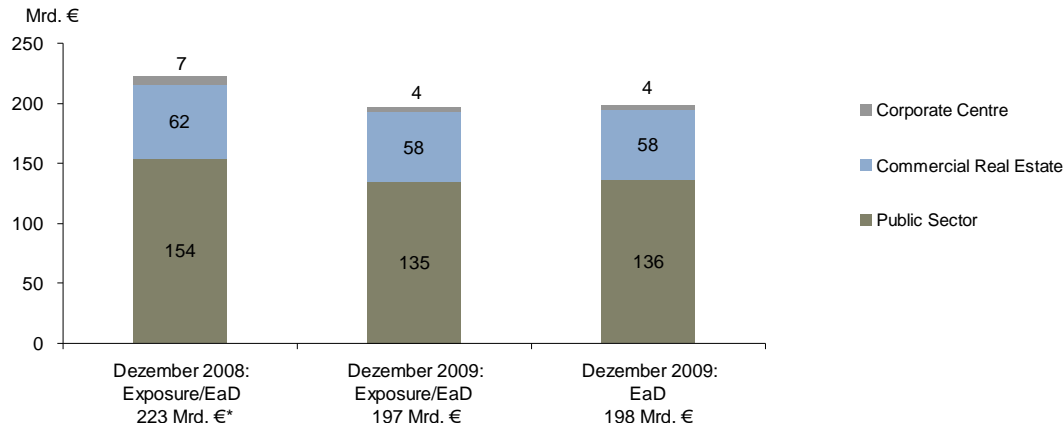
- Public Sector (PS) und
- Commercial Real Estate (CRE)

aufgeteilt.

Das Geschäftssegment Public Sector umfasst ein Exposure von 135 Mrd. € (unverändert 69 %; 31. Dezember 2008: 154 Mrd. €) und beinhaltet mit 65 Mrd. € Forderungen gegenüber dem Schwesterinstitut, DEPFA Bank plc aus der Weiterreichung von Liquiditätsunterstützungen; das Exposure at Default des Geschäftssegmentes Commercial Real Estate umfasst fast unverändert 58 Mrd. € (29 %; 31. Dezember 2008: 28 %)

Neben den Geschäftssegmenten beinhaltet das Corporate Center nicht strategische Positionen von insgesamt 4 Mrd. €. Die Positionen bestehen im Wesentlichen aus strukturierten Produkten im Bankbuch.

Gesamtexposure: Aufteilung nach Geschäftssegmenten sowie Corporate Center in Mrd. €



* kombinierte Darstellung für die Deutsche Pfandbriefbank AG

Risikokennzahlen

Der erwartete Verlust (EL), der sich aus der jährlichen Ausfallwahrscheinlichkeit (PD), der Verlusthöhe im Falle des Ausfalls (LGD) und dem EaD ergibt, beträgt unter Anwendung der nach Basel II vorgegebenen Parameter für die Deutsche Pfandbriefbank AG 873 Mio. € zum 31. Dezember 2009. Der Erwartete Verlust für einen Zeitraum von einem Jahr ist eine wesentliche Steuerungsgröße des Portfolios und wird für das gesamte Exposure außer Geschäften mit anderen Instituten innerhalb der HRE und Problemkrediten, für die bereits eine Wertberichtigung gebucht wurde, berechnet.

Verteilung des erwarteten Verlustes in Mio. €:

	PS	CRE	CC	Gesamt
Erwarteter Verlust (Berechnungsbasis)	15,2	834,2	22,8*	872,6

* Der erwartete Verlust im Corporate Center beinhaltet weder die synthetischen CDOs noch die bereits wertgeminderten Cash CDOs.

Der erwartete Verlust (EL) für das Commercial Real Estate Portfolio beträgt unter Anwendung der nach Basel II vorgegebenen Parameter zum 31. Dezember 2009 834 Mio. €. Er hat sich damit gegenüber Dezember 2008 deutlich verschlechtert. Dies spiegelt die nachfolgend beschriebene negative Entwicklung an den Immobilienmärkten wider, die den später beschriebenen Anstieg des Watchlist- und Problemkreditbestandes und damit den erhöhten erwarteten Verlust bedingt. Darüber hinaus wurde im dritten Quartal eine Rekalibrierung der Risikoparameter durchgeführt, die zu einer Erhöhung des erwarteten Verlustes um 95 Mio. € geführt hat.

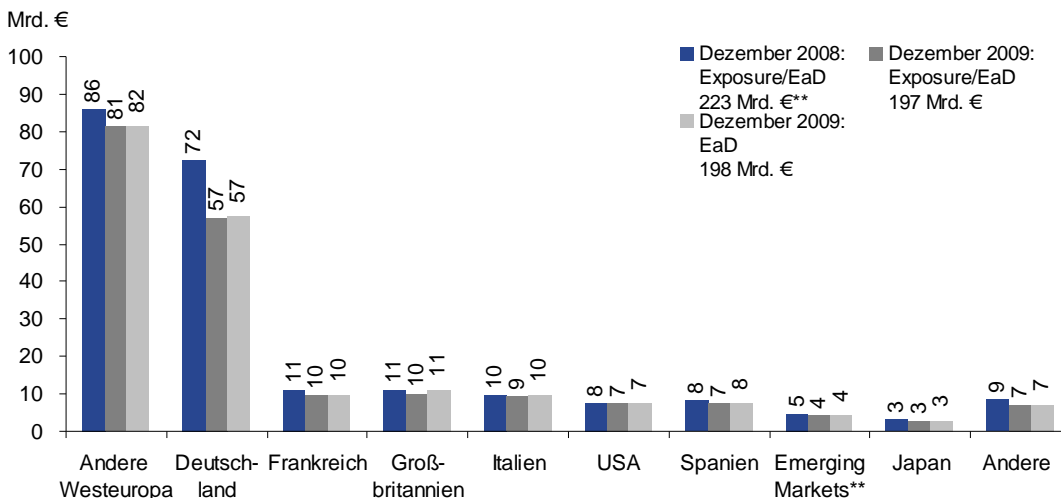
Der unerwartete Verlust des Exposures, der Kreditrisiko Value-at-Risk, wird über ein Kreditrisikoportfoliomodell (zur Funktionsweise siehe Kapitel „Kreditrisikoportfoliomodell“) für einen Zeitraum von einem Jahr und einem Konfidenzniveau von 99,95 % für die Deutsche Pfandbriefbank AG im Rahmen der Risikotragfähigkeitsanalyse der HRE errechnet.

Das Ökonomische Kreditrisikokapital beträgt für die Deutsche Pfandbriefbank AG zum 31. Dezember 2009 2,2 Mrd. € (31. Dezember 2008: 2,8 Mrd. €) ohne Berücksichtigung von Diversifikationseffekten.

Länderrisiko

89% des Exposures ist auf Westeuropa konzentriert. Deutschland bildet mit 57 Mrd. € (29 %) den Schwerpunkt. UK, USA und Spanien machen derzeit 26 Mrd. € (13 %) des Exposures der Deutschen Pfandbriefbank AG aus – Tendenz leicht rückläufig. Die Kategorie „Andere Westeuropa“ beinhaltet 58 Mrd. € Irland Exposure (31. Dezember 2008: 61 Mrd. €) wobei 57 Mrd. € Exposure auf Forderungen gegenüber dem Schwesterinstitut DEPFA Bank plc. entfallen. Die nächst größeren Exposure dieser Kategorie sind Österreich mit unverändert 8 Mrd. € und Griechenland mit 3,7 Mrd. € (31. Dezember 2008: 4,5 Mrd. €). Das Exposure für „Emerging Markets“ - gemäß IWF Definition - liegt bei 5 Mrd. € (2 %). Polen mit 2,1 Mrd. € (31. Dezember 2008: 2,4 Mrd. €) und Ungarn mit unverändert 1,1 Mrd. € stellen hierbei den größten Teil und machen insgesamt 76 % (31. Dezember 2008: 78 %) der gesamten „Emerging Markets“ aus.

Gesamtexposure: Aufteilung des Länderrisikos nach Regionen:



* Emerging Markets gemäß IWF Definition

** kombinierte Darstellung für die Deutsche Pfandbriefbank AG

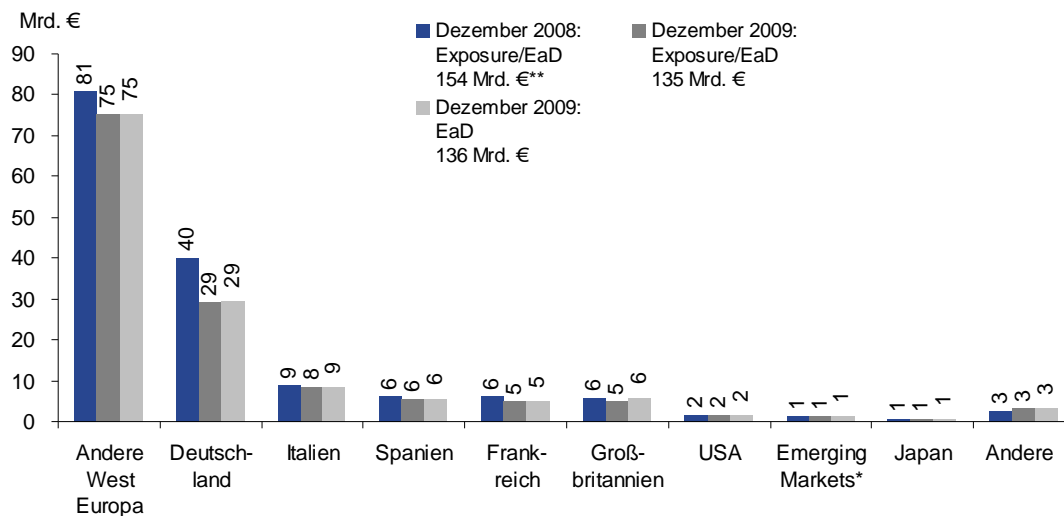
Public Sector: 135 Mrd. € Exposure (EaD: 136 Mrd. €)

Portfolioentwicklung und -struktur

Das Exposure des Geschäftssegments Public Sector betrug zum 31. Dezember 2009 135 Mrd. € (31. Dezember 2008: 154 Mrd. €). Hiervon entfällt nach wie vor ein großer Anteil auf Forderungen gegenüber dem Schwesterinstitut DEPFA Bank plc. in Höhe von über 57 Mrd. €

Das Portfolio ist über 35 Länder regional diversifiziert. Mit einem Exposure von 128 Mrd. € (31. Dezember 2008: 141 Mrd. €) bzw. 95 % liegt der Schwerpunkt in Europa; davon 29 Mrd. € in Deutschland. Der Anteil ist ggü. 31. Dezember 2008 um 11 Mrd. € bzw. gut 27 % zurückgegangen. Der Anteil der „Emerging Markets“ (gemäß IWF Definition⁵) beträgt 0,9 %, bzw. 1,2 Mrd. €.

Die größten Vertreter der Kategorie „Emerging Markets“ sind Polen mit 0,7 Mrd. € (31. Dezember 2008: 0,9 Mrd. €) und Ungarn mit unverändert 0,4 Mrd. €. Die Anteile der Kategorie „Andere Westeuropa“ entfallen auf Irland mit 58 Mrd. € (31. Dezember 2008: 61 Mrd. €), vorwiegend Forderungen gegenüber der DEPFA Bank plc. Österreich mit 7,4 Mrd. € (31. Dezember 2008: 8,0 Mrd. €), sowie Griechenland mit 3,7 Mrd. € (31. Dezember 2008: 4,5 Mrd. €) und Portugal mit 2,6 Mrd. € (31. Dezember 2008: 2,9 Mrd. €).



* Emerging Markets nach IWF Definition

** kombinierte Darstellung für die Deutsche Pfandbriefbank AG

Commercial Real Estate: 58 Mrd. € Exposure at Default

Portfolioentwicklung und -struktur

Der EaD (Exposure at Default) des Commercial Real Estate Portfolios der Deutschen Pfandbriefbank AG ist gegenüber dem 31. Dezember 2008 im Verlauf des Geschäftsjahres 2009 sukzessive um insgesamt 4 Mrd. € zurückgegangen. Die hierin enthaltenen Kundenderivate belaufen sich zum 31. Dezember 2009 auf 1,6 Mrd. € gegenüber 1,2 Mrd. € zum Jahresende 2008

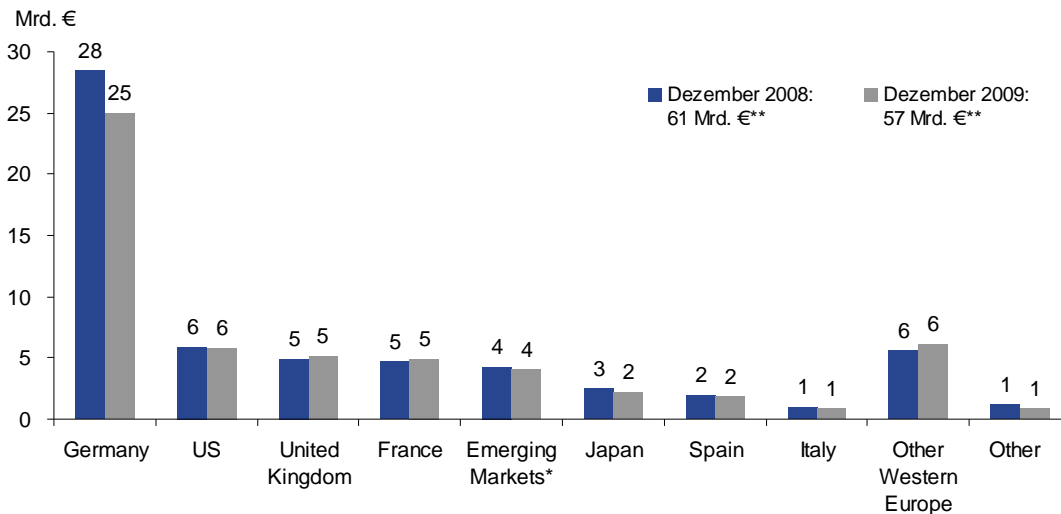
Die Zusagen betragen 56 Mrd. € und liegen damit um 12% unter dem Vorjahresniveau (61 Mrd. €). Der Forderungsbestand beträgt 55 Mrd. € (Vorjahr 58 Mrd. €); die noch nicht ausgezahlten

⁵ IWF Definition imp „World Economic Outlook April 2009“

Kreditlinien haben sich mit rund 1 Mrd. € gegenüber dem Jahresende 2008 (rund 6 Mrd. €) deutlich reduziert. Diese Entwicklung ist auch bedingt durch das sehr geringe Neugeschäft, das im Wesentlichen Prolongationen mit bestehenden Kundenverbindungen umfasst.

Die regionale Verteilung des Commercial Real Estate Portfolios ist gegenüber dem Jahresende 2008 stabil geblieben und verteilt sich auf 35 Länder mit deutlichem Schwerpunkt in Deutschland (44 %) und den restlichen westeuropäischen Ländern (43 %); auf die USA entfallen 10 %.

Länderaufteilung des Commercial Real Estate Portfolios



**Emerging Markets gemäß IWF Definition

** Aufteilung ohne 1,6 Mrd. € EaD (Dezember 2008: 1,2 Mrd. €) Kundenderivate

Die Verteilung des Portfolios nach Objektarten ist gegenüber dem Jahresende 2008 ebenfalls weitgehend stabil geblieben. Rund 21 % (31. Dezember 2008: ein Viertel) des Portfolios entfallen auf wohnwirtschaftlich genutzte Immobilien (zumeist Portfolio-Transaktionen). Gewerblich genutzte Objekte konzentrieren sich auf Bürogebäude und den Einzelhandel.

Das Portfolio wird nach wie vor mit 84% (31. Dezember 2008: 87 %) von Investmentfinanzierungen dominiert; auf risikoreichere Herstellungsfinanzierungen entfallen unverändert 12% des EaD. Unter Investmentfinanzierungen wird die Finanzierung von Immobilien zusammengefasst, deren Cashflow aus der Vermietung generiert wird.

Die negative Entwicklung der Immobilienmärkte in den USA und in Spanien hat in 2009 angehalten; in Großbritannien hingegen sind seit dem dritten Quartal erste Stabilisierungstendenzen erkennbar. Diese sogenannten Hot-Spot-Märkte werden regelmäßig und besonders gründlich analysiert; die Teilportfolios stehen unter intensiver Überwachung und werden weiter reduziert. Durch die weiter angespannte Lage an den Immobilienmärkten, insbesondere in den vorgenannten Ländern, war ein weiterer Anstieg der risikobehafteten Kredite (siehe Kapitel: „Watchlist- und Problemkredite“) zu verzeichnen. Die Risikomanagementmöglichkeiten sind angesichts eines nur sehr eingeschränkt liquiden Sekundärmarktes für Kreditrisiken und der langfristigen Darlehensverträge nur auf zur Konditionenanpassung fällige Darlehen, Neugeschäft und in geringem Ausmaß auf noch nicht gezogene Kreditlinien begrenzt.

Risikoschwerpunkte

Besonders betroffen von den negativen Marktentwicklungen im Berichtsjahr waren die Immobilienmärkte in Großbritannien (hier mit ersten Konsolidierungstendenzen seit dem dritten Quartal 2009), Spanien sowie in den USA. Da diese Negativ-Trends schon frühzeitig antizipiert wurden, konnten die entsprechenden Finanzierungsportfolien bereits seit Ende 2006 wesentlich reduziert werden: Großbritannien um 45 % auf 5,2 Mrd. € Zusagen zum Berichtszeitpunkt (5,2 Mrd. € EaD), Spanien um 36 % auf 1,8 Mrd. € Zusagen (1,9 Mrd. € EaD) und Finanzierungen sogenannter Condominiums (größere Wohnanlagen mit Flächen im Gemeineigentum) in den USA um 57 % auf 1,2 Mrd. € (1,0 Mrd. € EaD). Trotz dieser Bemühungen weisen die verbliebenen Restportfolien in den erwähnten Ländern teilweise signifikante Risikokonzentrationen auf. Dementsprechend sind wesentliche Teile als mit erhöhtem Risiko behaftet klassifiziert und befinden sich auf der „Watch List“ bzw. wurden bereits unter Problemerkredite (Großbritannien 31 %, Spanien 53 %, USA 58 %) eingeordnet. Auf eine Reihe von Finanzierungen wurden bereits entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen (siehe Kapitel „Watchlist- und Problemerkredite“).

Auf den deutschen Gewerbeimmobilienmärkten sind vor allem bei B-Objekten Flächenumsatz und Renditen aufgrund einer anhaltenden Risikoaversion der Investoren weiter unter Druck. Bei Qualitätsimmobilien in exzellenten Lagen und mit bonitätsstarken Mietern mehren sich seit dem dritten Quartal 2009 die Anzeichen einer beginnenden Erholung.

Einen weiteren Risikoschwerpunkt stellen gerade in Zeiten sinkender Immobilien-Nachfrage die Herstellungsfinanzierungen (sog. Developments) dar. Das Geschäftsvolumen in diesem Segment belief sich zum Berichtsstichtag auf 6,7 Mrd. € EaD und wurde schwerpunktmäßig in den USA (vor allem mit den oben erwähnten Condominiums) und in Deutschland (hier überwiegend mit Gewerbeimmobilien) betrieben. Auch die Development-Portfolien enthalten in überproportionaler Höhe Finanzierungen, die als mit erhöhtem Risiko behaftet klassifiziert und zum Teil schon wertberichtigt sind.

Bezogen auf die Art der finanzierten Objekte sind insbesondere die Hotels (Zusagen zum 31. Dezember 2009: 2,8 Mrd. €) von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise betroffen; v. a. in den USA sind Übernachtungen sowohl im Zusammenhang mit Geschäftsreisen wie auch mit Urlaubsreisen stark zurückgegangen. Durch die resultierenden Einbrüche in den Cashflows der Finanzierungen zusammen mit dem Wertrückgang der finanzierten Immobilien wurde eine Reihe von Hotel-Finanzierungen als kritisch klassifiziert.

Corporate Center: 4 Mrd. € Exposure

Das Corporate Center beinhaltet nicht strategische Positionen von 3,6 Mrd. € Exposure (Nominalwert: 3,8 Mrd. € (31. Dezember 2008: Nominalwert: 5,1 Mrd. €)strukturierter Wertpapiere im Bankbuch.

Der Bestand an strukturierten Wertpapieren lässt sich in immobilienbezogene „Real Estate Linked Investments“ wie Commercial Mortgage Backed Securities (CMBS), Residential Mortgage Backed Securities (RMBS) und „Credit Linked Investments“ wie z. B. Collateralised Debt Obligation (CDOs im engeren Sinne) und Collateralised Loan Obligation (CLOs) unterteilen. Die „Credit Linked Investments“ werden im nachfolgenden Text als „CDO“ bezeichnet.

Folgende Abgänge sind in 2009 bei CMBS und CDO zu verzeichnen:

Im 4. Quartal 2009 wurden einige Zweckgesellschaften aufgelöst und die Vermögenswerte in die Bilanz der Deutschen Pfandbriefbank AG übernommen. Ebenfalls im 4. Quartal wurden nominal 473 Mio. € EU-CDOs, 799 Mio. € US-CDOs sowie 34 Mio. € EU-CMBS und 3 Mio. € US-CMBS verkauft. Daneben haben Tilgungen bei CMBS und RMBS den Bestand im Berichtsjahr 2009 verringert.

Die Bewertung der CMBS- und RMBS-Wertpapiere erfolgt auf Basis eines anerkannten Discounted-Cashflow-Modells. Im Gegensatz zur Bewertung einfacherer CDO Strukturen wird für komplexe Strukturen beziehungsweise illiquide zugrundeliegende Sicherheiten überwiegend ein gesondertes Bewertungsmodell zur Anwendung gebracht. Bei diesem internen Bewertungsmodell werden die US- und EU-CDOs mit Hilfe von unten nach oben verteilten erwarteten Verlusten bewertet. Im Wesentlichen ist die Bewertung dieses

Portfolios von der Entwicklung der zugrunde liegenden Sicherheiten geprägt, die vorwiegend aus ABS-, MBS- oder CDO-Tranchen bestehen.

Die handelsrechtliche Bewertung erfolgte im Einklang mit dem IDW Positionspapier vom 10. Dezember 2007. Im Berichtsjahr entstand in der Gewinn- und Verlustrechnung aus strukturierten Wertpapieren ein Verlust in Höhe von -40 Mio. € (Vorjahr: 1.903 Mio. €)

Der Gesamtbestand der strukturierten Wertpapiere per Jahresende ist wie folgt gegliedert:

In Mio. €	2008		2009	
	Nominalvolumen	Buchwert	Nominalvolumen	Buchwert
CDO (USA)	1.263,8	711,3	601,7	445,6
CDO (Europa)	440,5	296,4	369,5	183,5
RMBS/CMBS (Europa)	1.481,0	1.142,1	1.398,5	1.184,3
CMBS (USA)	71,2	0	65,5	0
Gesamt	3.256,5	2.149,8	2.435,2	1.813,4

Zweckgesellschaften in der Deutschen Pfandbriefbank AG

Zweckgesellschaften werden in der Regel dazu verwendet, Vermögensgegenstände (weitgehend) insolvenzsicher von operativen Gesellschaften zu isolieren und im Bedarfsfalle eine leichtere Verwertung dieser Vermögensgegenstände, die oftmals als Sicherheiten dienen, zu ermöglichen. Im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit nutzt die Deutsche Pfandbriefbank AG Zweckgesellschaften für verschiedene Zwecke, wobei die Risikoreduktion eindeutig im Vordergrund steht.

Im HGB Einzelabschluss wurden im Bestand befindliche Wertpapiere, die von Zweckgesellschaften emittiert wurden, im Anlagevermögen geführt und im Einklang mit den handelsrechtlichen Bestimmungen bewertet und bilanziert. Abschreibungen wurden aufgrund dauerhafter Wertminderungen vorgenommen.

Die nachfolgenden Ausführungen gehen detaillierter auf die einzelnen Zielsetzungen ein, die die Deutsche Pfandbriefbank AG im Zusammenhang mit Zweckgesellschaften verfolgt.

Refinanzierung der Deutschen Pfandbriefbank AG

Zweckgesellschaften in diesem Kontext werden genutzt, um die Refinanzierung der Deutschen Pfandbriefbank AG zu unterstützen und somit das Liquiditätsrisiko zu reduzieren. Die Ausgestaltungsformen sind vielfältig. Neben klassischen Refinanzierungsvehikeln, welche Gelder am Kapitalmarkt einsammeln und an die Deutsche Pfandbriefbank AG in Form von Krediten weiterreichen, können über Zweckgesellschaften auch bestimmte Vermögensgegenstände in einer Art und Weise verbrieft werden, so dass diese im Wertpapierleihegeschäft eingesetzt werden können.

Ausplatzierung von Kreditrisiken

Ein ebenfalls sehr wichtiger Zweck für den Einsatz von Zweckgesellschaften besteht in der Ausplatzierung eigener Risiken aus dem Kreditgeschäft. Die Mehrzahl dieser Ausplatzierungen wurde in oder vor 2007 vorgenommen, so dass diese nur nach Basel I anerkannt sind und in der Regel nicht gemäß Solvabilitätsverordnung (SolvV) bzw. Basel II anerkannt werden. Dabei werden die Risiken von der Deutschen Pfandbriefbank AG in der Regel synthetisch auf die Zweckgesellschaft übertragen, welche diese wiederum an Dritte weiterreicht. Die Weiterleitung dieser Risiken erfolgt normalerweise zweistufig. Für den sogenannten First Loss (vorrangige Risiken – Junior Tranche mit höchstem Verlustrisiko) und die nachgelagerten Risiken, im weiteren Sinne Second Losses, werden von der Zweckgesellschaft Credit Linked Notes (CLN) emittiert, während für die verbleibenden Risiken (Senior Tranches) Finanzgarantien oder Credit Default Swaps (CDS) von Dritten erworben werden. Die Erlöse aus den CLN werden in erstklassige Wertpapiere investiert, welche wiederum als Sicherheit für die Deutsche Pfandbriefbank AG dienen.

Kapitalgarantierte Investments

In der Vergangenheit wurden zur Optimierung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen Investitionen in kapitalgarantierte Verbriefungen vorgenommen. Dabei emittierten die Zweckgesellschaften kapitalgarantierte Bonds, welche wiederum vollständig von der Deutschen Pfandbriefbank AG erworben wurden. Bei kapitalgarantierten Bonds ist die Rückzahlung des investierten Nominalbetrags zum Fälligkeitstag garantiert.

Zweckgesellschaften im Rahmen von Investments in ABS-Strukturen

Bei den ABS-Strukturen handelt es sich überwiegend um Investments in First Loss Tranchen, die vollständig beschrieben sind, so dass der Deutschen Pfandbriefbank AG hieraus keine Risiken mehr erwachsen. Darüber hinaus besteht ein Investment in eine Zweckgesellschaft, der ein Pool von AAA-gerateten US Commercial Mortgage Backed Securities (CMBS) zu Grunde liegt.

Watchlist- und Problemkredite: 12,4 Mrd. €

Frühwarnsystem

Das Frühwarnsystem der HRE gewährleistet, dass Kredite beziehungsweise Kreditnehmer der Pfandbriefbank AG, deren Bonität beziehungsweise Sicherheiten sich eventuell verschlechtern könnten, zeitnah identifiziert und eng überwacht beziehungsweise in die Intensivbetreuung (Watchlist) aufgenommen werden.

In 2009 wurden die bestehenden Frühwarnkriterien, sowie Wertberichtigungskriterien, sukzessive weiterentwickelt. Vor allem wurden diese weiter detailliert und segmentspezifische Kriterien definiert.

Problemkredite werden in die Kategorien „Restructuring Loans“ und „Workout“ unterteilt. Im dritten Quartal 2009 wurden die Abgrenzungskriterien zwischen „Workout“ und „Restructuring Loans“ überarbeitet:

- „Restructuring Loans“ beinhalten Fälle, für die eine Einzelwertberichtigung (jedoch noch keine Zwangsmaßnahme) durchgeführt wurde, sowie Fälle, welche nach Basel II ausgefallen sind (z.B. Zahlungsverzug > 90 Tage).
- „Workout Loans“ beinhalten nunmehr nur noch Darlehen, die bereits der Zwangsvollstreckung unterliegen und für die eine Wertberichtigung durchgeführt wurde. Dies bewirkte ausschließlich im Commercial Real Estate Geschäft eine deutliche Verschiebung der Problemkredite von Workout- zu Restructuring Loans. Zudem werden nun Darlehen in die Watchlist aufgenommen, die einen Zahlungsverzug von 60 Tagen (statt bisher 30 Tagen) aufweisen. Dies bewirkte keine Veränderung der bisher berichteten Zahlen.

Insbesondere bei auftretenden Leistungsstörungen und einem Zahlungsrückstand von mehr als 90 Tagen werden entsprechende Fälle an die Problemkreditbearbeitung übertragen. Die Problemkreditbearbeitung ist auch für die Ermittlung eines Einzelwertberichtigungsvorschlages verantwortlich.

Sobald die Übergabe eines Watchlist Falles an die Problemkreditbearbeitung beschlossen wurde, wird binnen einer Woche ein zuständiger verantwortlicher Sachbearbeiter innerhalb der Problemkreditbearbeitung ernannt. Innerhalb einer weiteren Woche muss die abgebende Abteilung die Aktualität der relevanten Unterlagen prüfen und gegebenenfalls aktualisieren (z.B. Sicherheiten, Ratings, Bewertung). Ferner wird überprüft, ob eine aktuelle interne Prolongation vorliegt, andernfalls muss diese erstellt werden. Die Übergabe des Falles wird schriftlich dokumentiert und von beiden Seiten abgezeichnet.

Die nachfolgende Übersicht beinhaltet ausschließlich Engagements aus dem Geschäftssegment Commercial Real Estate (CRE) der Deutschen Pfandbriefbank AG.

Entwicklung der Watchlist und Problemkredite

Entwicklung der Watchlist und Problemkredite der Deutschen Pfandbriefbank AG:

In Mio. €	31. Dezember 2009	31. Dezember 2008 neue Definition	31. Dezember 2008
Workout Loans	918	495	3.723
Restructuring Loans	8.023	3.723	495
Problemkredite	8.941	4.218	4.218
Watchlist Loans	3.449	785	785
Gesamt	12.390	5.003	5.003

Der Anstieg der Problem- und Watchlist-Kredite um 7,4 Mrd. € auf 12,4 Mrd. € reflektiert vor allem eine deutliche Verschlechterung der Immobilienmärkte und des gesamtwirtschaftlichen Umfeldes. Der größte Anstieg im Berichtsjahr entfällt auf die USA mit +2,8 Mrd. €; Europa folgt mit +2,3 Mrd. € (davon Großbritannien +0,8 Mrd. €) sowie Deutschland mit +1,7 Mrd. €.

Wertberichtigungen und Rückstellungen

Einzelwertberichtigungen und portfoliobasierte Wertberichtigungen

Alle Kredite der Deutschen Pfandbriefbank AG werden regelmäßig überprüft, ob eine Wertminderung vorliegt. Dabei wird zunächst untersucht, ob ein objektiver Hinweis für eine Wertminderung besteht und anschließend die Höhe der Wertminderung als Differenz des Buchwertes zum Barwert der künftig erwarteten Cash Flows ermittelt.

Die konkreten Kriterien, die eine Wertberichtigungsbildung auslösen, die sogenannten „Impairment Trigger“, wurden 2009 überarbeitet und verfeinert.

Zur Bemessung der Höhe der Wertberichtigung werden insbesondere die folgenden Faktoren berücksichtigt:

- Der Betrag und der Zeitpunkt der erwarteten Zins- und Tilgungszahlung

- Der verwertbare Betrag der Sicherheit und die Wahrscheinlichkeit einer erfolgreichen Verwertung
- Die wahrscheinliche Höhe der Kosten zur Eintreibung von Außenständen
- Falls vorhanden, der Marktpreis des Vermögenswertes.

Portfoliobasierte Wertberichtigungen werden unter Verwendung Basel-II-konformer Risikoparameter wie Ausfallwahrscheinlichkeit (PD) und Verlustquote (LGD) bestimmt. Der sich hieraus ergebende erwartete Verlust, bezogen auf einen Zeithorizont von einem Jahr, wird auf denjenigen Zeitraum skaliert, der im Mittel zur Identifizierung des Wertminderungsereignisses benötigt wird.

Die Genehmigung der Einzelwertberichtigungen bzw. -risiken erfolgt im Risk Provisioning Committee, in dem die CRO aller Tochterinstitute also auch der Deutschen Pfandbriefbank AG vertreten sind.

Sollten aufgrund des Marktumfelds in einzelnen Portfolios der Geschäftssegmente Abweichungen zwischen langjährigen Durchschnittswerten für die Parameter PD und LGD einerseits und aktuellen Ausfall- und Verlustquoten andererseits erkannt werden, so werden diese entsprechend berücksichtigt.

Risikovorsorgebestand

Risikovorsorge im Geschäftsjahr 2009:

in Mio. €	Einzelwertberichtigungen auf Forderungen	Pauschalwertberichtigung inkl. Bewertungsreserve §340f	Insgesamt
Bestand zum 1. Januar 2009	1.335	466	1.801
Erfolgswirksame Veränderungen	1.980	124	2.104
Erfolgsneutrale Veränderungen	-352	-3	-355
Bestand zum 31. Dezember 2009	2.963	587	3.550

Der Anstieg der Einzelwertberichtigungen von 1,335 Mrd. € per 31. Dezember 2008 auf 2,963 Mrd. € zum 31. Dezember 2009 reflektierte vor allem die nach wie vor andauernde schwierige Entwicklung auf den Immobilienmärkten wie auch den deutlichen weltweiten Wirtschaftsabschwung.

Die portfoliobasierten Wertberichtigungen (ohne Bewertungsreserve nach §340f HGB) betragen zum 31. Dezember 2009 540,8 Mio. € (12/2008: 419,3 Mio. €). Der Anstieg war mit 121,5 Mio. € auf die Rekalibrierung der PD und LGD im dritten Quartal 2009 zurückzuführen, die als Grundlage für die Ermittlung der portfoliobasierten Wertberichtigungen dienen. Des Weiteren hat ein deutlicher Anstieg der problembehafteten, jedoch noch nicht wertberichtigten Kredite zu dem deutlichen Anstieg der portfoliobasierten Wertberichtigungen geführt. Hinsichtlich des Zeitraums zwischen Eintreten und Identifizieren einer Wertminderung wurden die Schätzparameter an die verbesserten Kreditprozesse angepasst. Einen gegenläufigen Effekt hatten die Anpassungen der Parameter an die Berücksichtigung des Konjunkturzyklus, da dieser sich zunehmend in den historischen Verlustraten niederschlägt. Auf Grund der geänderten Parameter ergibt sich eine um 264 Mio. € niedrigere portfoliobasierte Wertberichtigung.

Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen im Kreditgeschäft

Die Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen enthalten vor allem Rückstellungen für Avalrisiken, Akkreditive und unwiderrufliche Kreditzusagen im Kreditgeschäft. Sie waren mit 11 Mio. € per 31. Dezember 2009 gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Marktrisiko

Definition

Marktrisiko beschreibt die Gefahr eines Wertverlustes aufgrund von Schwankungen der Marktpreise von Finanzinstrumenten. Geschäfte der Deutschen Pfandbriefbank AG unterliegen hauptsächlich folgenden Risikoarten:

- Credit-Spread-Risiko
- allgemeines Zinsänderungsrisiko sowie
- Fremdwährungsrisiko.

Marktrisikostrategie

Die Deutsche Pfandbriefbank AG verfolgt folgende grundlegende Prinzipien in Bezug auf Marktrisiken:

- Geschäfte sollen den Kundenbedarf abdecken; Eigengeschäfte sind zu begrenzen.
- Es dürfen nur Geschäfte in Finanzinstrumenten abgeschlossen werden, die unabhängig über ein Modell bewertet oder für die Marktpreise beobachtet werden können; sie müssen den Neuproduktprozess erfolgreich durchlaufen haben.
- Alle Positionen unterliegen der täglichen P&L- und Risiko-Überwachung durch Risk Management & Control.

Organisation der Marktrisikosteuerung

Die Überwachung der Positionen erfolgt MaRisk-konform durch den vom Handel aufbauorganisatorisch bis zur Ebene der Geschäftsführung getrennten Bereich Risk Management & Control.

Marktrisikoberichte

Risk Management & Control erstellt täglich ausführliche Marktrisiko-Berichte für diverse Berichtsempfänger:

- Der tägliche Marktrisikobericht ist an den Vorstand der Deutschen Pfandbriefbank AG adressiert. Er zeigt Marktrisiko-Value-at-Risks (VaR), Limitansprichnahmen und ökonomische Performancezahlen.
- Tägliche Sensitivitätsberichte beinhalten Analysen für die Hauptrisikofaktoren auf unterschiedlichen Detailebenen. Sie werden dem Risikomanagement sowie dem Vorstand der Deutschen Pfandbriefbank AG zur Verfügung gestellt.

Marktrisikomessung und -limitierung

Operative Risikomessung und -limitierung

Risk Management & Control berechnet täglich den Marktrisiko-VaR auf Gesamt- und Teilportfolioebene anhand eines Varianz-Kovarianz-Ansatzes. Dabei werden alle Handels- und Bankbuchpositionen berücksichtigt.

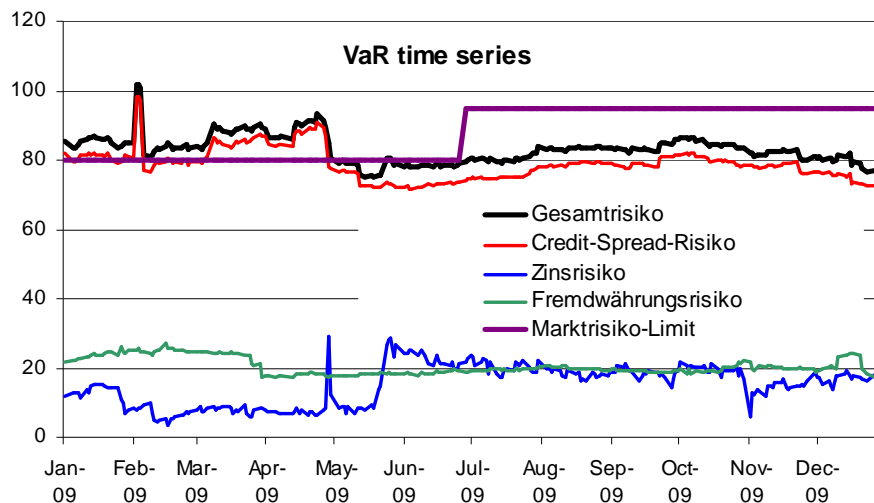
- Die verwendeten Korrelationen und Volatilitäten basieren auf historischen Zeitreihen der jeweils letzten 250 Handelstage, die gleichgewichtet in die Berechnung eingehen.
- Für die tägliche operative Risikosteuerung bezieht sich der VaR auf eine zehntägige Halteperiode und ein einseitiges 99%-Konfidenzintervall.
- Bei der Aggregation der einzelnen Marktrisikokomponenten wie Zins-, FX- und Credit Spread-VaR zu einem Gesamt-VaR, der die Basis für die Limitüberwachung darstellt, wird Unkorreliertheit der Marktrisikokategorien unterstellt. Diese Annahme wird regelmäßig für signifikante Portfolien der HRE Gruppe explizit überprüft und validiert.

Die dargestellten Zahlen beziehen sich bis zum 29. Juni 2009 auf die Hypo Real Estate Bank AG. Ab dem Zeitpunkt der Verschmelzung der DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG auf die Hypo Real Estate Bank AG und Umfirmierung auf Deutsche Pfandbriefbank AG am 30. Juni 2009 werden Zahlen für das neue Institut Deutsche Pfandbriefbank AG ausgewiesen.

Bis zum Zeitpunkt der Verschmelzung lag der Marktrisiko-VaR in etwa auf Höhe des Limits von 80 Mio. €. Ab dem Zeitpunkt der Verschmelzung erhöhte sich das Limit auf 95 Mio. €. Dies entspricht der Summe der Teillimite der verschmolzenen Banken. Seitdem liegt der Marktrisiko VaR deutlich unter dem Limit.

Am 31. Dezember 2009 betrug der Marktrisiko-VaR (10 Tage Haltedauer; 99 % Konfidenzniveau) 74,2 Mio. € (Vergleichswert 31. Dezember 2008: 84,8 Mio. €).

Die nachfolgende Grafik verdeutlicht die Entwicklung des Marktrisiko-VaR sowie des VaR für die einzelnen Risikoarten im Vergleich zum Marktrisiko-Limit im Jahresverlauf:



Weitere Instrumente, wie Sensitivitätsanalysen sowie Stresstesting, ergänzen die VaR-Betrachtung.

Sensitivitätsanalysen

Im Rahmen von Sensitivitätsanalysen wird quantifiziert, welchen Effekt eine Veränderung einzelner Marktparameter auf den Wert der Positionen der HRE hat. So gibt beispielsweise die Credit Spread Sensitivität Aufschluss darüber, welche ökonomische Barwertänderung aus der isolierten Veränderung der für die Bewertung relevanten Credit Spreads um einen Basispunkt resultiert.

Stresstesting

Während die VaR-Messung das Marktrisiko unter „normalen“ Marktbedingungen abbildet und nicht als Maß für einen potenziellen Maximalverlust zu verstehen ist, zeigen Stress-Szenarien das Marktrisiko unter extremen Bedingungen. In der Deutschen Pfandbriefbank AG werden hypothetische Stress-Szenarien auf monatlicher Basis für alle wesentlichen Risikotreiber (Credit Spreads, Zinssätze, Fremdwährungskurse) gerechnet. Zusätzlich werden historische Stressszenarien simuliert. Eine Parallelverschiebung der Zinskurve um 200 Basispunkte zum Beispiel hätte für alle Positionen der Deutschen Pfandbriefbank AG eine Marktwertänderung von 158,6 Mio. € zur Folge. Der Vergleichswert für das Jahresende 2008 lag bei 278,7 Mio. €. Der Vorstand und die entsprechenden Gremien werden über die Ergebnisse der Szenarioanalysen regelmäßig informiert.

Marktrisikosteuerung, -management und -überwachung

Der Konzern steuert und überwacht das Marktrisiko anhand eines Drei-Säulen-Ansatzes:

- Management der Position im Bereich Treasury / Public Finance,
- Risikomessung und Überwachung der Limiteinhaltung durch Risk Management & Control sowie
- Eskalationsprozesse über alle Entscheidungsgremien bis hin zum Vorstand.

Die Überwachung des Marktrisikos erfolgt für alle Positionen durch eine Kombination von Value-at-Risk (VaR)-Limiten sowie einer Überwachung der Sensitivitäten durch den Bereich Risk Management & Control.

Ausblick

Durch die geplante Gründung einer Abwicklungsanstalt werden risikorelevante Positionen der Deutschen Pfandbriefbank AG abgespalten. Dies wird voraussichtlich zu einem niedrigeren VaR führen.

Entwicklung der relevanten Marktrisikarten

Allgemeines Zinsänderungsrisiko

Das gesamte allgemeine Zinsänderungsrisiko der Deutschen Pfandbriefbank AG betrug zum 31. Dezember 2009 18,4 Mio. € (Vergleichswert 31. Dezember 2008: 11,5 Mio. €). Durchschnittlich lag das Zinsänderungsrisiko mit 15,1 Mio. € im Jahr 2009 (maximal 29,3 Mio. €; minimal 3,5 Mio. €) weiterhin auf niedrigem Niveau (durchschnittlicher VaR für das Jahr 2008 bei 8,5 Mio. €; maximal 23,9 Mio. €; minimal 2,8 Mio. €).

Credit-Spread-Risiko

Das Credit-Spread-Risiko gibt die potenzielle Änderung des Barwertes von Positionen aufgrund von Veränderungen der jeweiligen Credit Spreads wider. Risikomesssysteme zur Ermittlung von Credit-Spread-Risiken existieren für alle relevanten Positionen der Deutschen Pfandbriefbank AG. Der überwiegende Teil des Credit-Spread-Risikos ist auf deckungsfähige Vermögenswerte für Pfandbriefe zurückzuführen. Der VaR-Limitierung unterliegen nur die Credit-Spread-Risiken der AfS- und FViPL-Bestände, nicht jedoch der

LaR-Positionen. Sensitivitäten werden jedoch für alle Bestände, also auch für LaR-Positionen, ermittelt und limitiert.

Bedingt durch das Geschäftsmodell des Konzerns stellen die Wertpapierbestände der Deckungsstöcke den weit überwiegenden Teil der gegenüber Credit-Spread-Änderungen sensitiven Positionen der HRE dar. So belief sich die Credit-Spread-Sensitivität des Gesamtportfolios (inklusive der als LaR klassifizierten Wertpapierbestände) gegenüber einer zeitgleichen Erhöhung aller Credit Spreads um einen Basispunkt Ende Dezember 2009 auf 40,3 Mio. € (Ende 2008: 16,1 Mio. €). Der deutliche Anstieg der Credit-Spread-Sensitivität ist bedingt dadurch, dass der Wert Ende 2009 im Gegensatz zum Jahresendwert 2008 die Positionen der ehemaligen DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG beinhaltet.

Fremdwährungsrisiko und sonstige Marktrisiken

Das barwertig gerechnete Fremdwährungsrisiko betrug zum 31. Dezember 2009 15,2 Mio. €, der vergleichbare Jahresendwert 2008 betrug 20,2 Mio. €. Generelle Strategie ist es, Fremdwährungsrisiken so weit wie möglich abzusichern.

Aktienkurs-, Rohwaren- und Inflationsrisiken liegen für den Konzern nicht vor beziehungsweise sind im Wesentlichen abgesichert. Finanzderivate werden überwiegend zu Sicherungszwecken eingesetzt.

Liquiditätsrisiko

Definition

Liquiditätsrisiko ist das Risiko, bestehenden oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nach Umfang und zeitlicher Struktur nicht, nicht vollständig beziehungsweise nicht fristengerecht nachkommen zu können. Dies wäre etwa dann der Fall, wenn – wie im Fall der HRE geschehen – nicht mehr genügend externe Refinanzierungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Da das Fortbestehen der HRE und somit auch der Deutschen Pfandbriefbank AG maßgeblich von den Garantien durch den SoFFin abhängt, ist das Liquiditätsrisiko derzeit eines der maßgeblichen Risiken. Damit ist auch die Deutsche Pfandbriefbank AG in das gruppenweite Liquiditätsrisikomanagement eingebunden.

Liquiditätsrisikostategie

Die Liquiditätsrisikostategie ist wesentlicher Bestandteil der Risikostategie der HRE, also auch der Deutschen Pfandbriefbank AG, und wird in verschiedene Bausteine unterteilt. Dabei wird sichergestellt, dass sowohl die kurzfristige - als auch die langfristige Refinanzierung der Deutschen Pfandbriefbank AG mittels eines Limitsystems überwacht und gesteuert wird. Die Festlegung der Limite ist Teil des jährlichen Geschäftsplanungsprozesses.

Organisation der Liquiditätsrisikosteuerung

Risk Management & Control der HRE identifiziert, misst, berichtet und überwacht das Liquiditätsrisiko der Deutschen Pfandbriefbank AG. Die Steuerung des Risikos obliegt der vom Risk Management & Control unabhängigen Einheit Treasury der HRE. Die verwendeten Prozesse und Methoden werden regelmäßig vom Risk Committee der HRE und Asset Liability Committee der HRE überprüft.

Liquiditätsrisikobericht

Die HRE hat gruppenweit im Oktober 2008 einen verbesserten konsolidierten Berichts- und Planungsprozess eingeführt und in 2009 deutlich weiterentwickelt. Die Berichte zur Liquiditätssteuerung werden täglich konzernübergreifend erstellt und an den gesamten Vorstand sowie u.a. an Bundesbank, Bafin, SoFFin berichtet. Die Berichte beinhalten die tagaktuelle Liquiditätssituation sowie Projektionen auf Basis vertraglicher Geldflüsse und getroffener Annahmen zu künftigen, die voraussichtliche Liquiditätsentwicklung beeinflussenden Ereignissen.

Liquiditätsrisikomessung und -limitierung

Zur Steuerung der Liquiditätsrisiken wurde ein System zur Messung und Begrenzung kurzfristiger und struktureller Abweichungen innerhalb der Zahlungsströme installiert. Neben vertraglichen Zahlungsströmen werden auch optionale Zahlungsströme erfasst. Diese Daten werden regelmäßig einem Backtesting unterzogen.

Die Liquiditätsposition, welche sich aus den vertraglichen und optionalen Zahlungsströmen ergibt, wird in unterschiedlichen Szenarien gemessen. Auf täglicher Basis werden dabei verschiedene Liquiditätspositionen berechnet. Eine Position unter der Annahme konstanter Markt- und Refinanzierungsbedingungen (Base Szenario) und eine weitere Liquiditätsposition, die einen Liquiditätsstress unterstellt (Risk Stress Szenario), der ähnlich zur Situation der HRE gegen Ende 2008 gestaltet wurde.

Für das kurzfristige Liquiditätsrisiko wurde für die unterschiedlichen Liquiditätsszenarien jeweils ein Limit über einen Zeitraum von einem Monat definiert.

Das Limitsystem besteht aus 3 Säulen:

- Headroom Limit für die Liquiditätsreserve der HRE Gruppe
- Limit auf das Liquiditätsstressprofil für HRE Gruppe
- Limitsystem für die Deutsche Pfandbriefbank AG

Im Rahmen des Limitsystems wurde für die Deutsche Pfandbriefbank AG für den nächsten Monat ein positiver Saldo im Risk Stress Szenario in Höhe von mindestens 2.0 Mrd. € für die nächsten fünf Handelstage und ein positiver Saldo größer Null für den Rest des Monats festgelegt. Auf Gruppenebene beträgt das Limit 4,5 Mrd. € für die nächsten fünf Handelstage.

Für 2010 ist ferner geplant das mittel- und langfristige Liquiditätsrisiko zu limitieren.

Als Ergänzung zum Reporting verwendet die HRE regelmäßig durchgeführte zusätzliche Stresstests und Szenarioanalysen zur Qualitätskontrolle der Messergebnisse und zur Untersuchung des Effekts zusätzlich auftretender Stressereignisse auf die Liquiditätsposition.

Im Rahmen der Szenarioanalysen werden mögliche Auswirkungen makroökonomischer, geldpolitischer und politischer Krisen auf die Liquiditätssituation der HRE simuliert.

Die Szenarien werden an den Vorstand der HRE und der Deutschen Pfandbriefbank AG sowie an externe Gremien wie zum Beispiel die Bundesbank und den SoFFin berichtet und gemeinsam analysiert

Liquiditätsrisikoüberwachung und -management

Die Überwachung der Liquiditätsrisiken wird durch das tägliche Reporting der Liquiditätssituation der HRE und einen definierten Eskalationsprozess sichergestellt. In diesem Rahmen wurde 2009 unter anderem ein Liquiditätsnotfallplan verabschiedet, der den fachlichen und organisatorischen Rahmen für die Behandlung von Liquiditätsengpässen bildet.

Das Liquiditätsrisikomanagement basiert auf verschiedenen ineinandergreifenden Komponenten, die auf einer vom Vorstand festgelegten „Liquiditätsrisikotoleranz“ aufbauen. Damit wird sichergestellt, dass die einzelnen Unternehmen der HRE, also auch die Deutsche Pfandbriefbank AG, über ausreichende Liquiditätsreserven verfügen.

Liquiditätsrisikoabsicherung und -minderung

Die Begrenzung des Liquiditätsrisikos wird über ein Risikotoleranzsystem auf HRE Gruppenebene gesichert. Die Risikotoleranz ist in den Liquiditätsmanagementprozess über Trigger (Limitsystem) integriert, um eine „Überlebensperiode“ der Deutschen Pfandbriefbank AG im Stressfall zu gewährleisten.

Die Grenzen für die Risikotoleranz werden im Rahmen von Stressszenarien ermittelt und regelmäßig angepasst.

Entwicklung der Risikoposition der HRE Gruppe

Die Entwicklung der Liquiditätssituation im vierten Quartal zeigte eine leicht positive Tendenz. Ursache war in erster Linie die Zuführung von Eigenkapital seitens des SoFFin in Höhe 3 Mrd. €.

Gleichzeitig erfolgt eine zunehmende Belastung durch erhöhte Anforderungen an die Überdeckung in den Deckungsstöcken seitens der Ratingagenturen.

Die externe Liquiditätsunterstützung wurde zum 23. Dezember 2009 umstrukturiert. Die über BLUE erteilten Liquiditätshilfen/-zusagen von zuletzt 43 Mrd. € wurden durch mit SoFFin-Garantien besicherte Wertpapiere in gleicher Höhe abgelöst. Hiervon werden 23 Mrd. € über ein Bankenkonsortium und 20 Mrd. € über den Kapitalmarkt/Zentralbanken refinanziert.

Per 31. Dezember 2009 bestanden SoFFin-Garantien in Höhe von 95 Mrd. €. Davon waren Liquiditätslinien (nach Abzug von haircuts) von rund 14 Mrd. € ungenutzt.

Trotz der Rückkehr an die öffentlichen Finanzierungsmärkte werden die HRE und somit auch die Deutsche Pfandbriefbank AG weiterhin in hohem Maße auf externe Unterstützungsmaßnahmen angewiesen sein. Die aktuellen Unterstützungsmaßnahmen sind ausführlich im Kapitel „Wesentliche Ereignisse“ im vorliegenden Lagebericht beschrieben. Die Unterstützungsmaßnahmen laufen am 30. Juni 2010 bzw. 22. Dezember 2010 aus. Auch wenn sich die Deutsche Pfandbriefbank AG weiter an den Kapitalmärkten etablieren kann und sich die Kapitalmärkte im Laufe des Jahres 2010 weiter erholen, werden die HRE und die Deutsche Pfandbriefbank AG auf eine Verlängerung der Unterstützungsmaßnahmen angewiesen sein.

Durch die im erwähnten Kapitel beschriebenen Unterstützungsmaßnahmen betrug zum 30. Dezember 2009 die Liquiditätskennziffer gemäß Liquiditätsverordnung in der Deutschen Pfandbriefbank AG 2,12 sie lag damit über der gesetzlichen Mindestgrenze von 1,0.

Für die Refinanzierung stehen der Deutschen Pfandbriefbank AG als Hauptfinanzierungsinstrumente gedeckte und ungedeckte Emissionen zur Verfügung. Pfandbriefe und andere Covered Bonds sind ein zentraler Bestandteil der Refinanzierungsquellen. Aufgrund ihrer hohen Qualität und des stabilen Fälligkeitsprofils sind die bestehenden gedeckten Schuldverschreibungen vergleichsweise weniger von Marktverwerfungen betroffen. Dies gilt vor allem für die deutschen Pfandbriefe, auf diese sich die Deutsche Pfandbriefbank AG für die Refinanzierung des Neugeschäfts und des Restportfolios nach Ausgliederung stützen wird. Unterstützt wurde das positive Marktumfeld im vierten Quartal 2009 durch das Covered Bond-Kaufprogramm der EZB. Die Deutsche Pfandbriefbank AG konnte im 3. und 4. Quartal 2009 zwei Jumbopfandbriefe über 1 Mrd. € bzw. 1,5 Mrd. € am Markt platzieren. Ergänzt wurden diese sog. Benchmarktransaktionen durch Privatplatzierungen. Die Neuausrichtung des Geschäftsmodells der Deutschen Pfandbriefbank AG auf deckungsstockfähiges Neugeschäft trägt dieser Entwicklung Rechnung. Jedoch sind die Aufschläge, die die Deutsche Pfandbriefbank AG im Vergleich zu anderen Emittenten bezahlen muss relativ hoch. Wenn hier im Zeitablauf kein Angleich stattfindet, kann dies Auswirkungen auf die Profitabilität des Neugeschäfts haben.

Die Deutsche Pfandbriefbank AG konnte sich auch im Bereich der besicherten Repogeschäfte am Markt neu etablieren und somit einen Teil des Wertpapierportfolios zu marktüblichen Konditionen refinanzieren.

Auch im Bereich der unbesicherten Refinanzierung konnte die Deutsche Pfandbriefbank AG über Geldmarktgeschäfte und längerfristige Emissionen zur Refinanzierung der HRE beitragen. Die Volumina sind jedoch nicht in der Lage, die externe Liquiditätsunterstützung maßgeblich zu reduzieren. Auch die gedeckte Refinanzierung über die Zentralbanken ist weiterhin unabdingbar für die Refinanzierung der HRE.

Gedekte Refinanzierung über EZB / Bundesbank

Stand: 31. Dezember 2009 in Mrd. €

Laufzeit	bis 1 Monat	bis 3 Monate	bis 6 Monate	bis 12 Monate	Summe
Externe Liquiditätsunterstützung (SoFFin-Garantien)	12,5			1,0	13,5
Eigene Sicherheiten	5,2			3,5	8,7

Ausblick

Die Höhe des Liquiditätsbedarfs der Deutschen Pfandbriefbank AG bis Ende 2010 ist von einer Vielzahl von Faktoren abhängig. Die meisten kurzfristigen Refinanzierungsinstrumente aus der Zeit vor der Krise sind inzwischen ausgelaufen und durch die Liquiditätsunterstützung der SoFFin und des Bankenkonsortiums abgelöst worden. Um die erwartete zukünftige Entwicklung darzustellen, sind für eine Reihe von volatilen Einflussfaktoren Szenarien zu definieren:

- Die zukünftige Entwicklung der Abschlüsse bei den Repo-Refinanzierungen am Markt und bei den Zentralbanken.
- Eventuell zusätzliche Sicherheitenanforderungen aufgrund von sich ändernden Marktparametern (wie Zinssätze und Fremdwährungskurse)
- Die Entwicklung der Besicherungsanforderungen für Absicherungsgeschäfte
- Veränderte Anforderungen der Ratingagenturen hinsichtlich der erforderlichen Überdeckung in den Deckungsstöcken.

Für die Sicherstellung des Liquiditätsbedarfs der Deutschen Pfandbriefbank AG ist der uneingeschränkte Zugang zur EZB notwendig. Außerdem ist die Fortführung der vom SoFFin zur Verfügung gestellten Fazilitäten über derzeit 95 Mrd. € unabdingbar für die Refinanzierung des Konzerns in 2010 und den Folgejahren. Die HRE und damit auch die Deutsche Pfandbriefbank AG werden weiterhin auf die externe Liquiditätsunterstützung angewiesen sein.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken sind mit den meisten Geschäftsaktivitäten der Deutschen Pfandbriefbank AG verbunden und erstrecken sich auf eine Vielzahl von unterschiedlichen Risiken, die gerade in Zeiten intern und/oder extern verursachter Belastungssituationen, wie sie die gesamte Finanzbranche und insbesondere die Deutsche Pfandbriefbank AG im Berichtsjahr erfahren hat, besonders intensiv überwacht werden müssen.

Definition

Die Deutsche Pfandbriefbank AG definiert das operationelle Risiko als „die Gefahr von Verlusten, verursacht durch unzureichende oder fehlende Prozesse, menschliche Fehler, Technologieversagen oder externe Ereignisse. Die Definition beinhaltet rechtliche Risiken, schließt jedoch strategische und Reputationsrisiken aus.

Strategie für Operationelle Risiken

Die obersten Ziele der Deutschen Pfandbriefbank AG sind die Früherkennung, die Erfassung, die Bewertung sowie die Überwachung, Verhinderung bzw. Begrenzung von operationellen Risiken sowie ein frühzeitiger und aussagekräftiger Bericht an das Management. Die Deutsche Pfandbriefbank AG versucht, Verluste aus operationellen Risiken zu minimieren. Die Bereitstellung von ausreichenden Informationen ist dabei die Basis für gezielte Entscheidungen zur Risikobegrenzung.

Organisation der Steuerung von Operationellen Risiken

Im Bereich Risk Management & Control ist die Abteilung Operational Risk & MaRisk für gruppenweit einheitliche Prozesse, Instrumente und Methoden zur Erfassung, Bewertung, Überwachung und Berichterstattung operationeller Risiken in der HRE zuständig. Dies schließt die Deutsche Pfandbriefbank AG mit ein. Der Focus liegt dabei auf der Früherkennung, Minderung und dem Management der Risiken und erst in zweiter Linie auf der Messung, der Überwachung und der Reaktion auf Risiken.

Risikoberichte, Überwachung und Management von Operationellen Risiken

Operationelle Risiken werden durch ein Netzwerk bestehend aus Kontrollen, Verfahren, Berichten und Verantwortlichkeiten überwacht. Innerhalb der Deutschen Pfandbriefbank AG übernimmt jeder einzelne Fachbereich die Verantwortung für die eigenen operationellen Risiken und stellt entsprechende Ressourcen und Prozesse zu deren Begrenzung zur Verfügung.

Die Deutsche Pfandbriefbank AG setzt folgende, HRE-weit eingeführte Prozesse und Methoden für das Management, die Bewertung, Überwachung und Berichterstattung der operationellen Risiken ein:

- Regelmäßige Auswertung von risikorelevanten Kennzahlen (Key Risk Indicators, KRI), die geeignet sind, frühzeitig Kontrolldefizite und ungünstige Entwicklungen aufzuzeigen
- Durchführung von Risk Self Assessments zur Bewertung möglicher Auswirkungen von potentiellen Risikoquellen in Prozessen, sowie der vorhandenen Kontrollen zur Begrenzung des Risikos
- Verlustdatensammlung aus operationellen Risiken zur Identifizierung von Prozess- Kontroll- bzw. Systemschwächen um rechtzeitig Gegenmaßnahmen zur Risikoreduzierung ergreifen zu können.
- Koordination des Neuprodukt-Prozesses in der Deutschen Pfandbriefbank AG zur Bewertung und Überwachung von Risiken, die mit neuen Produkten oder Geschäftsaktivitäten verbunden sein können
- Fokussierte Analyse vordefinierter Risikobereiche in Zusammenarbeit mit den Fachbereichen. zur Bereitstellung von geeigneten Maßnahmen zur Risikoabsicherung

Koordination zur Gewährleistung der Erfüllung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) in der Deutschen Pfandbriefbank AG.

Die gesammelten Informationen werden verwendet, um das operationelle Risikoprofil der Deutschen Pfandbriefbank AG und die daraus abzuleitenden Maßnahmen zu bestimmen.

Die Abteilung Operational Risk & MaRisk wertet die gesammelten Daten aus, empfiehlt Maßnahmen und zeigt in Zusammenarbeit mit den Fachbereichen Möglichkeiten zur Verhinderung und zum Management operationeller Risiken auf. Für die Überwachung und das Management der operationellen Risiken ist der jeweilige Leiter des Fachbereichs in der Deutschen Pfandbriefbank AG verantwortlich.

Um die Fachbereiche speziell in kritischen Prozessen oder Verfahren zu unterstützen, führt Operational Risk & MaRisk im Auftrag des Vorstands Einzelanalysen durch und erarbeitet einen speziellen Maßnahmenkatalog.

Risikoberichte

Regelmäßige Berichte werden für den Chief Risk Officer (CRO) der Deutschen Pfandbriefbank AG und das Risk Committee der HRE erstellt. Der quartalsweise Bericht für den Vorstand der Deutschen Pfandbriefbank AG, in dem die operationellen Schadens- und Verlustfälle dargestellt werden dient zur Beurteilung und Bewertung des operationellen Risikoprofils. Zudem weist ein vierteljährlicher Key Risk Indicator-Bericht den Vorstand auf potentielle Risikoquellen hin. Die Ergebnisse des regelmäßigen Risk Self Assessments in den Fachbereichen werden nach Abschluss des Assessment-Prozesses ebenfalls dem Vorstand berichtet. Nach Beendigung einer in Auftrag gegebenen speziellen Risikoanalyse erhält der zuständige Vorstand einen Abschlussbericht.

Risikomessung

Zur Bestimmung der Mindestkapitalanforderung gemäß Basel II bzw. gemäß EU-Kapitaladäquanzrichtlinie (CRD) verwendet die HRE den Standardansatz. Für die Allokation des ökonomischen Kapitals wird ebenfalls der Standardansatz angewendet.

Die Eigenkapitalunterlegung der HRE für operationale Risiken entsprechend dem Standardansatz nach Basel II beträgt 104 Mio. € zum 31.12.2009 (212 Mio. € zum 31. Dezember 2008).

Wesentliche operationelle Risiken der Deutschen Pfandbriefbank AG

Die wichtigsten operationellen Risiken resultieren im Wesentlichen aus der andauernden Restrukturierung der HRE und damit auch der Deutschen Pfandbriefbank AG.

Wesentliche operationelle Risiken erwachsen aus der hohen Anzahl von manuellen Geschäftserfassungen sowie der hohen Anzahl von unterschiedlichen Abwicklungs- und Überwachungssystemen. Die Systeme werden derzeit konsolidiert. Bis zum Abschluss der Konsolidierung besteht eine erhöhte Fehleranfälligkeit in Bezug auf die manuellen Prozesse und Kontrollen, die zur Sicherung der Datenkonsistenz erfolgen.

Des Weiteren besteht eine hohe Abhängigkeit von Know-how, um einerseits Restrukturierungsprozesse zu implementieren und andererseits das Tagesgeschäft zu betreiben. Damit stellt der Verlust von Know-how in der aktuellen Situation der Deutschen Pfandbriefbank AG ein erhöhtes Risiko dar. Die inzwischen in der Gruppe umgesetzten signifikanten Veränderungen erfordern ebenfalls erfahrenes Personal, um einen stabilen Kontrollprozess zu etablieren und sicherzustellen.

Im Geschäftsjahr 2009 ergaben sich für die Deutsche Pfandbriefbank AG keine Verluste aus operationellen Risiken.

Prozess- und Kontrollverbesserungen wurden implementiert, um die zugrundeliegenden Ursachen der aufgetretenen Verlustfälle zu beheben.

Die Deutsche Pfandbriefbank AG ist an einer Reihe gerichtlicher und außergerichtlicher Verfahren beteiligt, aus denen sich für die Gruppe insbesondere im Zusammenhang mit den Verfahren, die in den Notes dieses Lageberichtes beschrieben sind, Rechtsrisiken ergeben.

Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse

Ökonomisches Kapital nach Risikoarten

ohne Diversifikationseffekte in Mio. € per	31.Dezember2008*	31. Dezember 2009	Veränderung in %
Adressrisiko (Ausfall- und Migrationsrisiko sowie Credit Spread Risiko in Available-for-Sale)	2.521	2.170	-14%
Marktrisiko (Credit Spread Risiko im Handelsbuch und Fair-Value-through-P&L)	0	0	0%
Marktrisiko (Zins- & Währungsrisiko)	360	178	-51%
Operationelles Risiko	237	290	22%
Geschäftsrisiko	211	261	24%
Risiko des bankeigenen Immobilienbestandes	77	80	+4%
Risiko des Beteiligungsbestandes	40**	2	-95%
Summe vor Diversifikationseffekt	3.446	2.981	-13%
Summe nach Diversifikationseffekten	3.096	2.631	-15%

* die zum 31. Dezember 2008 berichteten Werte setzen sich additiv aus den Risikowerten der DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG und der Hypo Real Estate Bank AG zusammen

** der zum 31. Dezember 2008 berichtete Wert von 104 Mio. € beinhaltete Unternehmen, die konsolidiert werden

Ohne die Diversifikationseffekte zwischen den einzelnen Risikoarten beläuft sich das ökonomische Kapital der Deutschen Pfandbriefbank AG auf rund 3,0 Mrd. €. Mit deren Berücksichtigung sinkt es auf rund 2,6 Mrd. €. Ein Vergleich zu den Vorjahreswerten ist nur bedingt aussagekräftig, da die hier aufgezeigten Werte per 31.12.2008 aus einer pauschalen Addition der Risikokapital-Beträge pro Risikoart der beiden Vorgängerinstitute resultieren ohne die explizite Berücksichtigung der Diversifikationseffekte zwischen den beiden Banken.

Methodik der einzelnen Risikoarten

Das ökonomische Kapital jeder Risikoart wird über einen quantitativen Ansatz ermittelt und unter Berücksichtigung von spezifischen Korrelationen zum Gesamtbankrisiko aggregiert. Gemäß gängigem Marktstandard werden die Risikoarten auf einen Zeitraum von einem Jahr und ein aus dem Zielrating abgeleitetes Risikoniveau (hier 99,95 %) skaliert.

Die Berechnung und Allokation des ökonomischen Kapitals unterliegt verschiedenen Annahmen und Erwartungen. Die Methodik im Kreditportfoliomodell ist im Berichtszeitraum weiterentwickelt worden, um die ökonomische Kapitalermittlung konsistent zur aktuellen Geschäftsstrategie, Eigentümerstruktur und

dem veränderten Funding-Profil zu halten. Diese Anpassung ist ein erster Umsetzungsschritt in Richtung der zuvor erwähnten Überarbeitung des Modells. Weitere Details sind dem Abschnitt zum Kreditportfoliomodell im Kapitel Adressrisiko zu entnehmen.

Die Definition und Berechnungsmethodik des ökonomischen Kapitals der Risikoarten Kredit-, Markt- und operationelles Risiko wurde in den jeweils vorangegangenen Kapiteln dargestellt.

Geschäftsrisiko

Das ökonomische Kapital wird auf Basis der Skalierung der operativen Kosten pro Geschäftssegment individuell skaliert. Die operativen Kosten dienen dabei als Näherungswert für die Fixkosten, die im Falle eines Ertragseinbruchs abgedeckt werden müssten. In ähnlicher Art wie für das operationale Risiko werden als Berechnungsgrundlage implizite Kosten aus dem Cost-Income-Verhältnis von 35 % verwendet. Für die Skalierungsfaktoren kommt der konservativste Wert aus diversen, extern ermittelten vergleichbaren Geschäftssegmenten zum Einsatz.

Geschäftsrisiko umfasst mehrere zugrunde liegende Risikokategorien, die hauptsächlich aus strategischem Risiko und dem Risiko von Kosten-/Ertragsschwankungen bestehen und deshalb in gewissem Maße auch Liquiditätsrisiko beinhalten.

Beteiligungs- sowie bankeigener Immobilienbestand

Der Anteil am ökonomischen Kapital der Deutschen Pfandbriefbank AG beträgt zusammen ca. 3 %.

Beide Risikoarten werden über die Volatilität des MSCI Immobilienindex über eine 15-jährige Historie abgeleitet. Der bankeigene Immobilienbestand der Deutschen Pfandbriefbank AG ist auf Vorjahresniveau. Das Beteiligungsportfolio hat sich im Jahr 2009 durch Verkäufe fast auf null reduziert.

Liquiditätsrisiko

Auch in der aktuellen Situation der Gruppe ist der Ansatz von spezifischem Kapital als Puffer in Zeiten substanzieller Liquiditätskrisen nicht unproblematisch. Kapitalquellen wie Eigen- und Nachrangkapital können aufgrund systematischer oder spezifischer Ursachen illiquide werden. Kapital kann nicht die Funktion von Kreditlinien oder qualitativ hochwertigen Vermögenswerten ersetzen. Die Unterscheidung zwischen Kapital und Liquidität in Zeiten einer Liquiditätskrise zeigt, dass Liquiditätsrisiken gesteuert werden müssen, nicht jedoch über die Bereitstellung ökonomischen Kapitals. Der Sinn der Berechnung des ökonomischen Kapitals ist es, sicherzustellen, dass Fremdkapitalgeber im Falle eines Ausfalls ihre Forderung mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit zurückerhalten.

Liquiditätsrisiken werden jedoch durch zusätzliche aussagekräftige Stresstests, die 2009 in der HRE eingeführt wurden, berücksichtigt.

Stresstests

Modelle stützen sich auf Annahmen und die eingegebenen Daten. Stresstests in Bezug auf das ökonomische Kapital werden eingesetzt, um ein besseres Verständnis der Sensitivität der Ergebnisse gegenüber diesen Faktoren zu entwickeln. Die Deutsche Pfandbriefbank AG führt Stresstests als Instrument für ein angemessenes regulatorisches und ökonomisches Kapitalmanagement für elf Kategorien durch, jeweils bezogen auf eine isolierte Risikoart:

- Herabstufung der größten Kontrahenten
- Stresstests des Immobilienkreditportfolios
- Stresstests der Kreditwürdigkeit aller Kontrahenten
- Operationelles Risiko

- Geschäftsrisiko
- Beteiligungsrisiken
- Risiken des bankeigenen Immobilienbestandes
- Stresstests der Refinanzierung und Liquidität
- Zinsänderungen
- Fremdwährungsänderungen
- Credit Spread Ausweitungen

Darüber hinaus wurden infolge der Finanzmarktkrise im dritten Quartal 2009 auf HRE-ebene integrierte, d.h. risikoartenübergreifende Stresstest-Szenarien auf Basis historischer Ereignisse eingeführt. Hierbei werden Szenarien untersucht, die während der jüngsten Finanzmarktkrise sich tatsächlich so ereignet haben bzw. realistisch erscheinen. Detaillierte Szenario-Beschreibungen und deren Ergebnisse sind im Risikobericht des Geschäftsberichts 2009 der HRE dargestellt.

Prognosebericht

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Für das Jahr 2010 wird allgemein eine verhaltene wirtschaftliche Erholung erwartet, d.h. es wird voraussichtlich eine Rückkehr zu positiven Wachstumsraten erfolgen. Diese positive Erwartung ist jedoch in zweifacher Hinsicht zu relativieren: Zum einen wird insbesondere für Europa das Wachstum auch 2010 deutlich unterhalb der Raten vor der Krise gesehen. Zum anderen wird in vielen Ländern bei weitem noch nicht wieder das Niveau der Wirtschaftsleistung von vor der Krise erreicht werden.

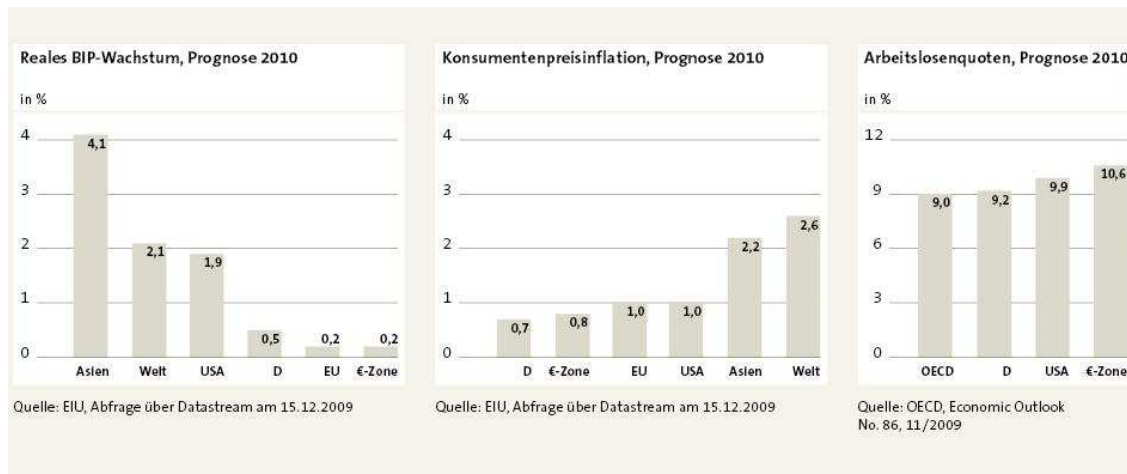
Allerdings sind derzeit die Bandbreiten der Erwartungen für 2010 noch relativ groß. Während die in der untenstehenden Grafik verwendeten international vergleichbaren Prognosen Deutschland nur bei einem Wachstum von 0,5 % sehen, liegen die aktuellen Prognosen anderer Institute für 2010 bei etwa 1,5 %, teilweise sogar leicht darüber. Diese Prognoseunsicherheit ist nicht zuletzt Ausdruck unterschiedlicher Szenarien, wie die Wirtschaft auf die umfangreichen staatlichen Konjunkturstützungsmaßnahmen reagieren wird. Dennoch geht die Mehrheit der Prognosen für die USA und den asiatischen Raum von einer deutlichen Erholung aus, während die Eurozone voraussichtlich nur sehr verhalten wachsen wird.

Ein gewisses Gefahrenpotential für den Aufschwung geht von der nach wie vor nicht eindeutig abschätzbaren Risikosituation des Finanzsektors aus. Zwar haben viele Banken in den USA die gewährten Staatshilfen inzwischen zurückbezahlt, allerdings befinden sich in den Bilanzen nach wie vor besonders risikobehaftete Positionen wie Kreditrisiken und risikobehaftete Wertpapiere. Darüber hinaus könnte eine noch bevorstehende Konkurswelle gerade auch in einigen besonders stark von der Krise betroffenen Volkswirtschaften Osteuropas zu Wertberichtigungsbedarf führen. Vor diesem Hintergrund sind Banken bei der Ausreichung neuer Kredite deutlich vorsichtiger geworden. Allerdings kann eine zu vorsichtige Vergabepolitik auch gegenüber an sich gesunden Firmen den Aufschwung ausbremsen.

Die Inflationsraten werden für 2010 weiterhin sehr verhaltenen sein. Während in den USA die Preise voraussichtlich um 1 % steigen werden, wird die Inflation im Euroraum insgesamt und auch in Deutschland noch etwas unterhalb dieser Marke gesehen. Der Grund dafür liegt in der nach wie vor deutlichen Unterauslastung der Produktionskapazitäten. In einem solchen konjunkturellen Umfeld sind Preiserhöhungen nicht zu erwarten, auch wenn einige Kommentatoren auf einen möglichen Inflationsdruck im Gefolge der großzügigen Geldpolitik des Jahres 2009 hinweisen. Bei diesen Befürchtungen ist allerdings zu berücksichtigen, dass zwar im Zuge der quantitativen Lockerung die Liquidität im Bankensystem dramatisch anstieg, nicht aber die für den Inflationsdruck entscheidende Geldmenge im privaten Sektor außerhalb des Bankensystems. Eine baldige Rückführung der Maßnahmen der quantitativen Lockerung erscheint wahrscheinlich, während eine Anhebung der Leitzinsen noch nicht konkret absehbar ist.

Die aktuelle Krise führte auch in Ländern der Eurozone zu teilweise besorgniserregenden Verfassungen der öffentlichen Haushalte. Vor allem in Griechenland, Portugal, Irland und Spanien sind die Grenzen des fiskalisch Möglichen in 2009 sicherlich erreicht, wenn nicht teilweise überschritten worden, so dass von dieser Seite für 2010 keine weiteren Impulse zu erwarten sind. Die von den Finanzmärkten in diesen Ländern inzwischen verlangte Risikoprämie engt die fiskalischen Spielräume zusätzlich ein.

Aufgrund der eher milden Aufwärtsbewegung der realen Wirtschaftsaktivität wird für alle wichtigen Volkswirtschaften in 2010 ein deutlicher Anstieg der Arbeitslosenquote erwartet. Gerade für die europäischen Volkswirtschaften gilt, dass die Arbeitslosenquote typischerweise mit einer Verzögerung von gut einem Jahr der realwirtschaftlichen Entwicklung folgt. Speziell in Deutschland wird mit dem Auslaufen der Kurzarbeit im produzierenden Gewerbe mit einer Entlassungswelle zu rechnen sein. Die OECD geht für Deutschland von einem Anstieg der Arbeitslosenquote um gut 1,5 Prozentpunkte auf 9,2 % aus, während in den USA ein geringfügiger Anstieg auf 9,9% erwartet wird.



Branchenspezifische Bedingungen

Gesamtsituation der Bankenbranche

Die Bankbranche steht auch im Jahr 2010 vor großen Herausforderungen. Gründe hierfür sind die anhaltend fragile Verfassung der Immobilienmärkte, die nur verhalten wachsende Konjunktur, die ansteigende Zahl von Insolvenzen, und zunehmende Arbeitslosigkeit sowie die hohe Volatilität der Kapitalmärkte. Hinzu kommen die kritische Staatsverschuldung von Ländern wie beispielsweise Griechenland, Portugal, Irland, Italien und Spanien. Weiterhin ist damit zu rechnen, dass auch im Jahr 2010 Banken weitere Wertberichtigungen vornehmen müssen und die Übertragung von risikobehafteten Vermögenswerten in Restrukturierungseinheiten vorantreiben. Verschärfte Bilanzierungsregeln sowie Sondersteuern dürften zudem die Eigenkapitalrenditen der Banken im Jahr 2010 belasten. Neue Anforderungen ergeben sich für die Finanzbranche zudem auch aus regulatorischen Änderungen, die für 2010 vorgesehen sind.

Neue Regulatorische Anforderungen und Änderungen in der Bankenaufsicht

So wurden bereits 2009 weitreichende Neuerungen mit dem Ziel auf den Weg gebracht, die internationale Bankenaufsicht weiter zu vereinheitlichen. Im Rahmen dessen wurde mit der Überarbeitung der Banken- und Kapitaladäquanzrichtlinie begonnen. Die Umsetzung in den einzelnen EU-Staaten soll bis Oktober 2010 erfolgen, ein Inkrafttreten ist für Ende des Jahres geplant.

Die wesentlichen Änderungen sind wie folgt:

- Erweiterung der Pflicht zur Bildung von Kreditnehmereinheiten für die Ermittlung von Großkrediten
- Volle Anrechnung von Interbankenforderungen auf Großkreditgrenzen
- Stärkere Durchschau auf die einzelnen Schuldner im Referenzaktivum bei Investmentanteilen, Verbriefungspositionen und anderen strukturierten Produkten
- Strengere Regeln zur Anrechnung von hybriden Kapitalinstrumenten als Eigenkapital
- Verschärfung der Anforderungen für Verbriefungen

Darüber hinaus haben verschiedene Institutionen als Reaktion auf die Finanzkrise eine Reihe von Vorschlägen zur Verbesserung der Bankenaufsicht erarbeitet. Diese sind jedoch noch nicht abschließend besprochen. Experten rechnen jedoch damit, dass sich hieraus erhebliche Implikationen für den Bankensektor ergeben werden. Erst im Dezember 2009 hatte der Ausschuss für Bankenaufsicht in Basel einen Entwurf zur Überarbeitung des Basel-II-Rahmenwerks veröffentlicht. Wichtige Themen hierbei sind insbesondere:

- Stärkung der Qualität, Konsistenz und Transparenz des Kernkapitals
- Erhöhung der Kapitalanforderungen für Risiken aus Derivaten, Repos und Finanzierungsaktivitäten für Verbriefungen
- Aufbau eines antizyklischen Kapitalpuffers

- Einführung und Limitierung von einer sogenannten modifizierten bilanziellen Eigenkapitalquote
- Verschärfung der Offenlegungsanforderungen
- Stärkung der Liquiditätsausstattung
- Neue Regelung zur Vergütung von Bankmitarbeitern

Immobilienfinanzierung

2010 werden die hohen Leerstände bzw. Mietausfälle, sinkende Mieten und geringere Objektwerte aufgrund der anhaltend schwierigen Wirtschaftslage die Kreditportfolios der Banken weiter belasten und die Prolongation bestehender Darlehen deutlich erschweren.

Eine anhaltende Erholung des Immobilienmarktes würde das Problem lösen. In Großbritannien hat es seit dem Sommer einen Wertzuwachs von 3,2 % bei erstklassigen Gewerbeimmobilien gegeben. Ein weiterer Anstieg der Immobilienpreise wäre aber nur dort und auch nur dann nachhaltig, wenn die Beschäftigungszahlen zunehmen und die Mieten steigen.

Der Markt sucht daher nach weiteren Lösungen. Neben Staatshilfen und Abwicklungsanstalten sondieren die Banken alternative Ausstiegsstrategien. Diese reichen von Joint Ventures bis zur Einrichtung von Fonds und Immobilienfonds, die helfen sollen, den Markt wieder anzukurbeln.

Es wird erwartet, dass mehr Investoren langsam in die Märkte zurückkehren werden und sich die Investitionsvolumina sukzessive erhöhen. Ein zunehmender Wettbewerb könnte zu geringeren Margen führen und zu einem allmählichen Wiederanstieg der Beleihungsausläufe. Die Aussichten für 2010 deuten auf einen sich vorsichtig normalisierenden Markt hin, wobei es zu einer vollständigen Erholung nur dann kommen wird, wenn Investoren und Geldgeber wieder Immobilien in B-Lagen erwägen.

Staatsfinanzierung

Wie auf anderen Märkten hängt die Prognose für 2010 stark vom Ausmaß der wirtschaftlichen Erholung ab. Eine solche Erholung wird das Verhalten einiger Marktteilnehmer, insbesondere von breit aufgestellten Geschäftsbanken, beeinflussen. Bei besserer Verfassung der Kapitalmärkte könnte die verfügbare Liquidität und das Kapital in andere, mehr risikobehaftete aber rentablere Geschäftsbereiche umgeschichtet werden, das Augenmerk für den Staatsfinanzierungssektor könnte zurückgehen. Andererseits bereinigen viele Banken in Europa nach wie vor ihre Bilanzen, und die zum Teil milliardenschweren Verluste könnten weiter die Geschäftsstrategien zugunsten risikoärmerer Kreditmärkte beeinflussen. Die hohe Staatsverschuldung von Staaten wie Griechenland, Portugal, Island, Irland und Spanien, dürfte jedoch den Staatsfinanzierungsmarkt belasten und könnte negative Wirkung auf die Risikoaufschläge der restlichen Mitglieder der Währungsunion haben.

2010 wird die Nachfrage nach Staatsfinanzierung in Europa steigen. Obwohl die Wirtschaft der 16 Euro-Länder in den Jahren 2010 und 2011 laut EU-Kommission voraussichtlich wachsen dürfte, wird das noch geringe Wachstum bei steigender Arbeitslosigkeit nicht ausreichen, Haushaltsdefizite zu kompensieren. Für 2010 werden die Haushaltsdefizite europaweit bis auf 6,9 % des Bruttoinlandsprodukts ansteigen. Sowohl aus mechanischen (ansteigende Kosten und sinkenden Einnahmen aufgrund der Krise) als auch aus politischen Gründen werden die europäischen Regierungen die wirtschaftliche Erholung auch weiterhin unterstützen.

Demzufolge erwarten wir in unseren Kernmärkten eine anhaltende Nachfrage nach mittel- und langfristigen Staatsfinanzierungen, staatsgarantierten Public-Private-Partnerships und öffentlich garantierten ECA-Transaktionen in unseren europäischen Kernmärkten.

Refinanzierungsmärkte

Die Refinanzierungsmärkte haben sich in den letzten Monaten weiter stabilisiert. Die weitere Entwicklung hängt vom Gesamtmarkt und in den einzelnen Märkten von individuellen Faktoren ab. Selektiv dürften sich einzelne Märkte weiter stabil entwickeln – insbesondere dann, wenn die staatlichen Unterstützungsprogramme greifen. Zu den stabileren Märkten wird voraussichtlich auch der Pfandbriefmarkt zählen, nicht zuletzt aufgrund des Ankaufprogramms der EZB. Ob sich die

Risikoaufschläge im Markt für unbesicherte Bankemissionen weiter stabilisieren oder gar reduzieren können, ist nur sehr schwer vorherzusagen. Außerdem ist nicht damit zu rechnen, dass sich die Volumina im Geldmarkt sehr schnell erhöhen werden. Insgesamt können weitere Volatilitäten für einzelne Teilmärkte oder den Gesamtmarkt nicht ausgeschlossen werden.

Unternehmensspezifische Rahmenbedingungen

Die Prognosen zur zukünftigen Entwicklung der Deutschen Pfandbriefbank AG stellen Einschätzungen dar, die auf Basis der zum jetzigen Zeitpunkt zur Verfügung stehenden Informationen getroffen wurden. Sollten die den Prognosen zugrunde gelegten Annahmen nicht eintreffen oder Risiken – wie die im Risikobericht angesprochenen – in nicht kalkulierter Höhe eintreten, so können die tatsächlichen Ergebnisse von den zurzeit erwarteten Ergebnissen wesentlich abweichen.

Die Deutsche Pfandbriefbank AG war im gesamten Geschäftsjahr 2009 weiterhin in ihrer Existenz gefährdet.

Die Deutsche Pfandbriefbank AG geht unverändert von einer Fortführung ihrer Tätigkeit unter den nachfolgend dargestellten Voraussetzungen (Exogene Faktoren/Endogene Faktoren) aus, deren Vorliegen beziehungsweise Eintreten der Vorstand nach sorgfältiger Prüfung auf der Basis der ihm vorliegenden Informationen derzeit für überwiegend wahrscheinlich hält.

Exogene Faktoren:

- Die Deutsche Pfandbriefbank AG bekommt sowohl in zeitlicher Hinsicht als auch im Gesamtvolumen hinreichende weitere Liquiditätsunterstützungen seitens des SoFFin. Darüber hinaus erhält die Deutsche Pfandbriefbank AG hinreichende Kapitalhilfen zur Stärkung ihrer Kapitalbasis durch den SoFFin. Die Unterstützungen werden zu tragfähigen Konditionen gewährt. Rechtliche Vorbehalte, insbesondere im Rahmen des EU-Verfahrens, werden nicht erfolgreich geltend gemacht.
- Das Kapitalmarktumfeld stabilisiert sich innerhalb des Zeitraums der Jahre 2010 bis 2012, insbesondere kommt es nicht zu einer gravierenden weiteren Verschärfung der Finanzmarktkrise mit unabsehbaren Folgen, beispielsweise ausgelöst durch externe Schocks wie den Zusammenbruch von größeren Staaten oder von bedeutenden Banken, und die Krise der Immobilienmärkte führt nicht zu Ausfällen von Krediten und Wertpapieren in einer existenzgefährdenden Höhe.
- Der Interbankenmarkt und andere kurzfristige unbesicherte Refinanzierungsmärkte sowie die langfristigen besicherten und unbesicherten Refinanzierungsmärkte erholen sich, beginnend ab 2010. Es kommt zu einer Stabilisierung bis leichten Erholung der Ratings der Deutschen Pfandbriefbank AG. Die Unterstützungen können in den nächsten Jahren sukzessive durch eigenständige Refinanzierungen gedeckt werden.

Endogene Faktoren:

- Der Deutschen Pfandbriefbank AG gelingt es weiter, das Vertrauen der Kunden wiederzuerlangen und erfolgreich Neugeschäft in auskömmlichem Volumen und zu auskömmlichen Margen abzuschließen.
- Die Umsetzung der Restrukturierung der Deutschen Pfandbriefbank AG mit dem Ziel der Steigerung der Effizienz und Rentabilität sowie Verschlankung der Geschäftsabläufe ist keinen wesentlichen Verzögerungen oder Behinderungen ausgesetzt.
- Die Abwicklung oder Sanierung von leistungsgestörten Finanzierungen durch die Deutsche Pfandbriefbank AG kann im Wesentlichen wie derzeit vorgesehen umgesetzt werden.
- Die HRE erhält die Möglichkeit, durch Einrichtung einer Abwicklungsanstalt, Vermögenswerte wertschonend abzubauen und Bilanzpositionen zu übertragen.
- Trotz der besonderen Restriktionen, zum Beispiel bei der Vergütung, gelingt es der Deutschen Pfandbriefbank AG, Mitarbeiter in Schlüsselpositionen zu halten und anzuwerben.

Mit Datum vom 28. März 2009 hat der Finanzmarktstabilisierungsfonds der HRE Holding und der Deutschen Pfandbriefbank AG schriftlich bestätigt, dass er beabsichtigt, die HRE Holding durch eine hinreichende Rekapitalisierung und die Deutsche Pfandbriefbank AG durch weitere hinreichende Garantieübernahmen zu stabilisieren. Mit Datum vom 6. November 2009 hat der Finanzmarktstabilisierungsfonds die Absichtserklärung erneuert. Insbesondere hat der SoFFin bestätigt, Kapital in hinreichender Höhe zur Verfügung zu stellen, um mindestens die Fortführung der HRE Holding

und ihrer wesentlichen Tochtergesellschaften und das erforderliche tragfähige Geschäftsmodell, insbesondere der Deutschen Pfandbriefbank AG, sicherzustellen. Die Unterstützung, die die HRE insgesamt vom Bund erhält, ist abhängig vom Ergebnis einer abschließenden Prüfung, ggf. eine Abwicklungsanstalt für nicht strategische oder notleidende Vermögenswerte der HRE einzurichten. Darüber hinaus wird der SoFFin über weitere Garantien die Liquidität der Gruppe sicherstellen. Diese sowie gegebenenfalls weitere Maßnahmen stehen unter dem Vorbehalt, dass sie die beihilferechtlichen Anforderungen der EU-Kommission erfüllen.

Als ersten Schritt zur Rekapitalisierung hat die Deutsche Pfandbriefbank AG im November 2009 eine Kapitalzuführung in Höhe von 2,3 Mrd. € vom SoFFin erhalten. Diese Tranche setzt sich aus einer stillen Einlage in Höhe von 1,0 Mrd. € und einer Einzahlung in die Rücklage in Höhe von 1,3 Mrd. € zusammen.

Die HRE Holding und die Deutsche Pfandbriefbank AG haben sich gegenüber dem Finanzmarktstabilisierungsfonds grundsätzlich verpflichtet, die zur Umsetzung der Rekapitalisierung jeweils erforderlichen Schritte zu ergreifen.

Bestandsgefährdende Risiken:

Der Fortbestand der Deutschen Pfandbriefbank AG hängt davon ab, dass der Deutschen Pfandbriefbank AG in hinreichendem Umfang Eigenkapital zur Vermeidung einer nachhaltigen Überschuldungssituation zur Verfügung gestellt wird. Um eine Insolvenz aufgrund Zahlungsunfähigkeit der Deutschen Pfandbriefbank AG und ihrer wesentlichen Tochtergesellschaften abzuwenden, ist externe Unterstützung durch Liquiditätshilfen notwendig. Diese Liquiditätshilfen müssen so lange zur Verfügung stehen, bis sich die Deutsche Pfandbriefbank AG wieder eigenständig am Geld- und Kapitalmarkt in ausreichendem Umfang Liquidität beschaffen kann und bis die beschlossenen Restrukturierungsmaßnahmen als auch die Rekapitalisierung planmäßig umgesetzt sind.

Um den Fortbestand der Deutschen Pfandbriefbank AG und wesentlicher Tochtergesellschaften sicherzustellen, ist deshalb insbesondere erforderlich, dass

- der Finanzmarktstabilisierungsfonds in hinreichendem Umfang Eigenkapitalunterstützung leistet
- der Finanzmarktstabilisierungsfonds und die Deutsche Bundesbank ihre Liquiditätsunterstützung aufrechterhalten und gegebenenfalls auch weitere Liquiditätshilfe zur Verfügung stellen
- die Refinanzierung zu tragfähigen Konditionen verstärkt über den Geld- und Kapitalmarkt erfolgt
- die Restrukturierungsmaßnahmen planmäßig umgesetzt werden
- die zuständigen Behörden keine aufsichtsrechtlichen Maßnahmen ergreifen werden sowie
- keine rechtlichen Vorbehalte (insbesondere EU-Verfahren) erfolgreich geltend gemacht werden

Erfolgslage Die Deutsche Pfandbriefbank AG hat das Jahr 2009 mit einem negativen Vorsteuerergebnis abgeschlossen. Auch für die Zukunft rechnet die Deutsche Pfandbriefbank AG mit hohen Ergebnisbelastungen, die zu einer anhaltenden Verlustsituation führen werden. Die Deutsche Pfandbriefbank AG geht nicht davon aus, vor 2012 wieder in die Gewinnzone zurückkehren zu können. Die Höhe der erwarteten Verlustsituation wird insbesondere beeinflusst werden durch den Eintritt oder Nichteintritt bzw. den Grad der Verwirklichung der nachfolgend genannten möglicherweise sich verwirklichenden Risiken.

- Die Restrukturierung der Unterstützungsmaßnahmen eines Konsortiums aus dem deutschen Kredit- und Versicherungswesen und der Bundesbank unter Beteiligung der Bundesregierung wird die Refinanzierungsaufwendungen der Deutschen Pfandbriefbank AG senken. Dennoch übersteigen die Aufwendungen für die neuen und bestehenden SoFFin-Mittel die Refinanzierungssätze vor Inanspruchnahme der Liquiditätsunterstützungen im September 2008. Daher werden der Zinsüberschuss und der Provisionsüberschuss erheblich belastet bleiben.
- Die Höhe des Bestandsportfolios wird durch Abschmelzungen und Verkäufe sowie die mögliche Auslagerung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten in eine Abwicklungsanstalt abnehmen, sodass der Zinsüberschuss belastet wird.
- Neben der Refinanzierung über den Finanzmarkt nutzt die HRE in einem nicht unerheblichen Umfang auch die Refinanzierungsmöglichkeiten, die durch Zentralbanken zur Verfügung gestellt werden. Es ist nicht auszuschließen, dass sich diese Refinanzierungsmöglichkeiten verändern. Inwieweit und zu welchen Kosten sodann alternative Refinanzierungsmöglichkeiten zeitnah zur

Verfügung stehen, ist derzeit nicht abzusehen. Sollte eine alternative Refinanzierung notwendig werden, wäre dies voraussichtlich mit höheren Kosten verbunden und würde sich somit nachteilig auf die Ertragslage des Konzerns auswirken.

- Weitere Ausweitungen der Credit Spreads und eine Verschlechterung des Sicherheitenpools können zu zusätzlichen erfolgswirksamen Belastungen aus den noch im Bestand befindlichen Collateralised Debt Obligations führen. Darüber hinaus können Ausfallrisiken und andere Verschlechterungen der Marktkonditionen zu Buchwertminderungen führen, die in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung zu erfassen wären.
- Die Lage auf dem US-amerikanischen und auf einigen europäischen Immobilienmärkten wird angespannt bleiben. Auch die Situation einiger öffentlicher Kunden verschlechtert sich weiter. Dadurch und durch die sich insgesamt verschlechternde gesamtwirtschaftliche Lage wird die Kreditrisikovorsorge im Jahr 2010 und 2011 voraussichtlich auf einem erhöhten Niveau liegen.
- Sollten Vertragspartner infolge der unsicheren Lage an den Kapital- und Finanzierungsmärkten in Zahlungsschwierigkeiten geraten oder sogar Insolvenz anmelden müssen, können Abschreibungen der Wertpapiere oder Kredite notwendig werden.
- Aus der Neuausrichtung der Deutschen Pfandbriefbank AG und der Vereinheitlichung der IT-Infrastruktur und Prozesse werden weitere Aufwendungen resultieren, die vor allem den Verwaltungsaufwand belasten und die Ersparnisse aus dem Abbau des Personalbestandes zumindest teilweise kompensieren könnten.
- Durch die geplante Gründung einer Abwicklungsanstalt mit anschließender Übertragung von Vermögenswerten werden Aufwendungen für Beratungsleistungen und andere Verwaltungsaufwendungen entstehen.
- Derzeit anhängige wie auch künftig noch anhängig werdende Rechtsstreitigkeiten können das Ergebnis der Deutschen Pfandbriefbank AG erheblich beeinträchtigen oder sogar den Fortbestand der Deutschen Pfandbriefbank AG gefährden. Diese Rechtsstreitigkeiten sind ausführlich im Risikobericht beschrieben.
- Aufgrund der Rating-Herabstufungen wurden mehrere ISDA-Rahmenverträge sowie Guaranteed Investment Contracts gekündigt bzw. können in Zukunft noch gekündigt werden, was zu Kosten aufgrund vorzeitiger Vertragsauflösung sowie gegebenenfalls zu Kosten der Wiederbeschaffung von Sicherungsgeschäften führen kann. Dabei können der Bank aufgrund der vor dem Hintergrund ihrer aktuellen Langfrist-Ratings eingeschränkten Auswahl von Kontrahenten zusätzliche Kosten entstehen.
- Die von der Deutschen Pfandbriefbank AG erhaltenen Unterstützungsmaßnahmen werden von der EU-Kommission in einem Beihilfverfahren geprüft. Abhängig von der Entscheidung der EU-Kommission könnte die Erfolgslage der Deutschen Pfandbriefbank AG belastet und gegebenenfalls sogar der Bestand der Deutschen Pfandbriefbank AG gefährdet werden.
- Die Deutsche Pfandbriefbank AG ist operationalen Risiken aus seiner Restrukturierung wie zum Beispiel die Abhängigkeit von Schlüsselpositionen, Technologierisiken aufgrund der Vielzahl der Buchsysteme und Risiken im Zusammenhang mit Change-Management-Aktivitäten ausgesetzt. Aus diesen Risiken können wesentliche Verlustfälle resultieren.

Vermögenslage Die Vermögenslage der Deutschen Pfandbriefbank AG wird insbesondere beeinflusst werden durch den Eintritt oder Nichteintritt bzw. den Grad der Verwirklichung der nachfolgend genannten möglicherweise sich verwirklichenden Risiken.

- Sollten sich die Credit Spreads von Staaten wie zum Beispiel Griechenland, Portugal, Irland, Island und Spanien sowie anderen Banken weiter beziehungsweise wieder ausweiten, werden die Marktwerte der von ihnen begebenen Wertpapiere sinken.
- Der Portfoliobestand wird durch Abschmelzung oder Verkäufe und die mögliche Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten in eine Abwicklungsanstalt voraussichtlich sinken, was der Fokussierung auf funktionierende Geschäftsfelder entspricht.
- Die angespannte Situation und die anschließend eingeleiteten Maßnahmen zur Stabilisierung der HRE und der Deutschen Pfandbriefbank AG haben in der Politik, den Medien und der Öffentlichkeit zu Debatten geführt. Insgesamt hat das Image der Hypo Real Estate Group und der Deutschen Pfandbriefbank AG gelitten. Auch wenn bereits Erfolge beim Wiedereintritt in Märkte erzielt werden konnten, sind negative Folgen für zukünftige Geschäfts- und Kundenbeziehungen nicht auszuschließen.

Finanzlage Die Finanzlage der Deutschen Pfandbriefbank AG wird insbesondere beeinflusst werden durch den Eintritt oder Nichteintritt bzw. den Grad der Verwirklichung der nachfolgend genannten möglicherweise sich verwirklichenden Risiken.

- Die von der HRE erhaltenen Unterstützungsmaßnahmen werden von der Europäischen Kommission im laufenden Beihilfeverfahren geprüft. In ihrer abschließenden Entscheidung wird die Europäische Kommission höchstwahrscheinlich einzelne wesentliche Auflagen gegen die HRE verhängen, einschließlich einer wesentlichen Verringerung der Bilanzsumme und der Vorgabe eines bestimmten Zeitrahmens für die Reprivatisierung der Deutschen Pfandbriefbank AG. Falls die Europäische Kommission jedoch zu dem Ergebnis kommt, dass die staatlichen Beihilfen nicht oder nicht vollständig mit dem EG-Vertrag übereinstimmen, kann es sein, dass sie Deutschland verpflichtet, diese Beihilfen innerhalb einer bestimmten Frist aufzuheben oder umzugestalten, bzw. die Rückzahlung anordnen. Dies könnte für einzelne oder alle Gesellschaften der HRE zur Insolvenz führen und damit den Bestand der HRE gefährden.
- Auch in den nächsten Jahren wird die Refinanzierung der Deutschen Pfandbriefbank AG abhängig von den Unterstützungsmaßnahmen durch den SoFFin sein. Die Ablösung der Unterstützungsmaßnahmen wird unter anderem vom Zugang der Deutschen Pfandbriefbank AG zu den Refinanzierungsmärkten und dem Rating abhängen.
- Die Deutsche Pfandbriefbank AG hat unwiderrufliche Kreditzusagen und Liquiditätsfazilitäten ausgegeben. Ziehungen können zu weiteren Liquiditätsabflüssen führen.
- Gemäß der „Waiver-Regelung“ nach § 2a KWG ist die Deutsche Pfandbriefbank AG nicht verpflichtet auf Institutsebene die Eigenmittel- und Kernkapitalquoten zu ermitteln. Die Kapitalausstattung des übergeordneten Instituts HRE Holding hat sich zwar durch die Unterstützungen des SoFFin verbessert und die aufsichtsrechtlichen Mindestquoten wurden eingehalten. In den Jahren 2010 und 2011 können sich das IFRS Eigenkapital und das aufsichtsrechtliche Kernkapital jedoch wieder verringern. Darüber hinaus könnte eine Überarbeitung der regulatorischen Anforderungen zu strengeren Regeln bezüglich der Eigenkapitalausstattung führen. Derzeit wird auf der Basis der erwarteten Unterstützungsmaßnahmen durch den Finanzmarktstabilisierungsfonds erwartet, dass die Fortführung der Geschäftstätigkeit der HRE und der Deutschen Pfandbriefbank AG nicht in Frage gestellt wird.

Das neue Geschäftsmodell stellt eine Chance für die Deutsche Pfandbriefbank AG dar. Im Bereich der gewerblichen Immobilienfinanzierung werden vermutlich viele Wettbewerber den Markt verlassen oder ernsthaft geschwächt sein. Zudem ist aufgrund der Liquiditätsknappheit am Markt die Kreditvergabe restriktiver. Als Folge sind am Immobilienfinanzierungsmarkt die Margen gestiegen. Die Globalisierung der Finanzströme und Investoren von großvolumigen Projekten werden einen spezialisierten gewerblichen Immobilienfinanzierer wie die Deutsche Pfandbriefbank AG aufgrund ihrer speziellen Markt- und Produktkenntnis schätzen, dessen Expertise am Markt anerkannt ist und die im Jahr 2009 bereits wieder erfolgreich Neugeschäfte abgeschlossen hat. Auch im Bereich der Staatsfinanzierung sind zahlreiche Wettbewerber durch die Finanzmarktkrise beeinträchtigt. Die Erfahrung der Deutschen Pfandbriefbank AG im Pfandbriefgeschäft kann daher ein Vorteil sein. Die Deutsche Pfandbriefbank AG wird vor diesem Hintergrund auch in den Jahren 2010 und 2011 Marktchancen suchen und Neugeschäft zu attraktiven Margen abschließen. Dabei wird der Fokus strategiekonform auf pfandbrieffähigen Anschlussfinanzierungen und auf neuakquirierten Geschäften in den Bereichen Real Estate und Public Sector liegen.

Die HRE Holding hat am 21. Januar 2010 in Abstimmung mit dem SoFFin bei der Finanzmarktstabilisierungsanstalt (FMSA) einen Antrag auf Errichtung einer Abwicklungsanstalt zum wertschonenden Abbau von Vermögenswerten gestellt. Ein Rechtsanspruch auf Einrichtung der Abwicklungsanstalt besteht nicht; ihre Einrichtung steht vielmehr im Ermessen der FMSA. Für die Deutsche Pfandbriefbank AG kann eine Abwicklungsanstalt eine Chance darstellen, da die Bilanz von nicht strategischen Positionen entlastet wird und das Kerngeschäft schneller freigelegt werden kann.

Die Ergebnisse der Jahre 2010 und 2011 werden voraussichtlich durch die Abschreibungen auf Forderungen und Wertpapiere sowie die Aufwendungen für die Liquiditätsunterstützungen belastet sein. Darüber hinaus werden sich im Jahr 2010 die Aufwendungen im Zusammenhang mit der Gründung einer Abwicklungsanstalt mit anschließender Übertragung von Vermögenswerten im Verwaltungsaufwand und somit im Ergebnis negativ auswirken. Die Deutsche Pfandbriefbank AG geht nicht davon aus, vor 2012 wieder in die Gewinnzone zurückkehren zu können.

Niederlassungen der Deutschen Pfandbriefbank AG

Die Deutsche Pfandbriefbank AG unterhält die folgenden Niederlassungen im Sinne des § 289 Abs. 2 Nr.4 HGB:

Deutsche Pfandbriefbank AG Unterschleißheim Freisinger Str. 5 85716 Unterschleißheim Deutschland	Deutsche Pfandbriefbank AG Eschborn Ludwig-Erhard-Strasse 14 65760 Eschborn Deutschland
Deutsche Pfandbriefbank AG 30 St. Mary Axe 21. Floor London EC3A 8BF Großbritannien	Deutsche Pfandbriefbank AG 11, Rue Saint Georges 75009 Paris Frankreich
Deutsche Pfandbriefbank AG Monte Esquinza, 30 – 4 ^a Planta 28010 Madrid Spanien	Deutsche Pfandbriefbank AG Via di Torre Argentina, 21 00186 Rom Italien

Gewinn- und Verlust-Rechnung der Deutschen Pfandbriefbank AG für die Zeit vom 01. Januar 2009 bis 31. Dezember 2009



	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro 31.12.2008 Hypo Real Estate Bank AG + Depfa Deutsche Pfandbriefbank AG	Tsd. Euro 31.12.2008 Hypo Real Estate Bank AG
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	16.040.290			27.855.677	22.133.261
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	2.634.226	18.674.516		2.844.613	1.764.437
2. Zinsaufwendungen		<u>17.993.609</u>		<u>29.992.143</u>	<u>23.302.795</u>
			680.907	708.147	594.903
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		51		439	439
b) Beteiligungen		16		18	18
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		<u>35.063</u>		<u>10.316</u>	<u>10.316</u>
			35.130	10.773	10.773
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			1.478	0	0
5. Provisionserträge		571.973		311.879	312.521
6. Provisionsaufwendungen		<u>594.593</u>		<u>164.927</u>	<u>162.517</u>
			-22.620	146.952	150.004
7. Sonstige betriebliche Erträge			53.128	55.032	46.438
8. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter	82.912			72.623	64.949
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung	<u>56.540</u>	139.452		<u>26.378</u>	<u>24.202</u>
(im Vorjahr	46.688 Tsd. Euro			99.001	89.151
13.521 Tsd. Euro)					
b) andere Verwaltungsaufwendungen		<u>135.670</u>		<u>115.761</u>	<u>102.936</u>
			275.122	214.762	192.087
9. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			13.697	15.183	13.497
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen			49.027	30.809	27.387
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		1.975.188		1.537.043	1.445.318
12. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmte Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		<u>0</u>		<u>0</u>	<u>0</u>
			-1.975.188	-1.537.043	-1.445.318
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		34.419		1.806.460	1.806.501
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapiere		<u>0</u>		<u>0</u>	<u>0</u>
			-34.419	-1.806.460	-1.806.501
15. Aufwendungen aus Verlustübernahme			5.596	1.348	1.348
			-1.605.026	-2.684.701	-2.684.020
16. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit					
17. Außerordentliche Aufwendungen			9.018	135.183	126.899
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		46.149		33.069	59.073
19. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 11 ausgewiesen		<u>-73</u>		<u>-5.516</u>	<u>-5.515</u>
			46.076	27.553	53.558
20. Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne			0	17.040	0
21. Ertrag aus der Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken			0	40.903	40.903
22. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag			-1.660.120	-2.823.574	-2.823.574
23. Verlustvortrag/Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			<u>-2.577.640</u>	<u>150</u>	<u>150</u>
			-4.237.760	-2.823.424	-2.823.424
24. Entnahmen aus Genußrechtskapital			48.369	245.784	245.784
25. Entnahme aus stiller Beteiligung			<u>397.076</u>	<u>0</u>	<u>0</u>
26. Bilanzgewinn / Bilanzverlust			-3.792.315	-2.577.640	-2.577.640

Bilanz zum 31. Dezember 2009

Aktivseite	31.12.2009		31.12.2008		31.12.2008	
	Deutsche Pfandbriefbank AG		Hypo Real Estate Bank AG + DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG		Hypo Real Estate Bank AG	
	Tsd Euro	Tsd Euro	Tsd Euro	Tsd Euro	Tsd Euro	Tsd Euro
1. Barreserve						
a) Kassenbestand		3		10		10
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		<u>510 413</u>		<u>554 660</u>		<u>539 341</u>
darunter:			510 416	554 670		539 351
bei der Deutschen Bundesbank	506 885 Tsd Euro	(Vj 551 383 Tsd Euro)				
2. Forderungen an Kreditinstitute						
a) Hypothekendarlehen		42 434		94 388		93 846
b) Kommunalkredite		5 259 089		8 509 844		5 639 139
c) andere Forderungen		<u>71 334 507</u>		<u>71 096 474</u>		<u>68 140 421</u>
darunter:			76 636 030	79 702 706		73 873 406
täglich fällig	4 049 038 Tsd Euro	(Vj 1 961 507 Tsd Euro)				
gegen Beleihung von Wertpapieren	711 079 Tsd Euro	(Vj 891 208 Tsd Euro)				
3. Forderungen an Kunden						
a) Hypothekendarlehen		44 788 297		50 000 816		49 544 354
b) Kommunalkredite		26 542 825		29 889 215		8 088 450
c) andere Forderungen		<u>6 623 968</u>		<u>10 515 975</u>		<u>10 513 253</u>
darunter:			77 955 090	90 406 006		68 146 057
gegen Beleihung von Wertpapieren	244 769 Tsd Euro	(Vj 234 691 Tsd Euro)				
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere						
a) Geldmarktpapiere						
aa) von öffentlichen Emittenten		-		-		-
darunter:						
beliehbar bei der Deutschen Bundesbank	- Tsd Euro	(Vj - Tsd Euro)				
ab) von anderen Emittenten		-		-		-
darunter:						
beliehbar bei der Deutschen Bundesbank	- Tsd Euro	(Vj - Tsd Euro)				
b) Anleihen und Schuldverschreibungen		17 171 666		20 525 774		9 006 577
ba) von öffentlichen Emittenten						
beliehbar bei der Deutschen Bundesbank	12 923 704 Tsd Euro	(Vj 13 907 198 Tsd Euro)				
bb) von anderen Emittenten		<u>23 749 731</u>		<u>27 611 821</u>		<u>16 190 879</u>
darunter:			40 921 397	48 137 595		25 197 456
beliehbar bei der Deutschen Bundesbank	18 074 045 Tsd Euro	(Vj 16 912 755 Tsd Euro)				
c) eigene Schuldverschreibungen		<u>75 466 108</u>		<u>76 065 478</u>		<u>53 095 211</u>
Nennbetrag	75 466 214 Tsd Euro	(Vj 27 847 691 Tsd Euro)				
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			2 771	3 643		2 576
6. Beteiligungen			6 909	6 919		6 919
darunter:						
an Kreditinstituten	- Tsd Euro	(Vj 179 Tsd Euro)				
an Finanzdienstleistungsinstituten	- Tsd Euro	(Vj - Tsd Euro)				
7. Anteile an verbundenen Unternehmen			545 145	634 664		634 569
darunter:						
an Kreditinstituten	45 Tsd Euro	(Vj 45 Tsd Euro)				
an Finanzdienstleistungsinstituten	- Tsd Euro	(Vj - Tsd Euro)				
8. Treuhandvermögen			24 957	76 093		23 813
darunter:						
Treuhandkredite	24 957 Tsd Euro	(Vj 30 793 Tsd Euro)				
9. Immaterielle Anlagewerte			30 505	26 284		25 995
10. Sachanlagen			7 768	11 828		6 822
11. Sonstige Vermögensgegenstände			535 727	1 492 339		1 300 597
12. Rechnungsabgrenzungsposten						
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		163 977		233 207		119 529
b) andere		<u>137 603</u>		<u>157 482</u>		<u>111 631</u>
			301 580	390 689		231 160
Summe der Aktiva			272 944 403	249 371 319		197 886 476

Bilanz zum 31. Dezember 2009

Passivseite	31.12.2009		31.12.2008	
	Tsd Euro	Tsd Euro	Tsd Euro	Tsd Euro
			Deutsche Pfandbriefbank AG	Hypo Real Estate Bank AG + DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG
				Hypo Real Estate Bank AG
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		975 713		1 482 160
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe		637 149		881 023
c) andere Verbindlichkeiten		<u>70 721 792</u>		<u>63 512 811</u>
			72 334 654	65 875 994
darunter:				
täglich fällig	983 512 Tsd Euro	(Vj 1 736 651 Tsd Euro)		60 540 775
zur Sicherstellung aufgenommenen Darlehen an den Darlehensgeber ausgehängte Hypotheken-Namenspfandbriefe	- Tsd Euro	(Vj - Tsd Euro)		
öffentliche Namenspfandbriefe	- Tsd Euro	(Vj - Tsd Euro)		
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		7 258 175		7 930 563
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe		14 256 981		14 526 164
c) Spareinlagen				
ca) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		-		-
cb) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		-		-
d) andere Verbindlichkeiten		<u>13 741 775</u>		<u>15 804 469</u>
			35 256 931	38 261 196
darunter:				
täglich fällig	434 262 Tsd Euro	(Vj 615 237 Tsd Euro)		29 353 348
zur Sicherstellung aufgenommenen Darlehen an den Darlehensgeber ausgehängte Hypotheken-Namenspfandbriefe	17 657 Tsd Euro	(Vj 17 735 Tsd Euro)		
öffentliche Namenspfandbriefe	59 855 Tsd Euro	(Vj 70 100 Tsd Euro)		
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen				
aa) Hypothekendarlehen		14 144 570		14 719 783
ab) öffentliche Pfandbriefe		39 681 338		50 811 894
ac) sonstige Schuldverschreibungen		<u>104 185 134</u>		<u>71 451 138</u>
		158 011 042		136 982 815
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		<u>13 790</u>		<u>837 792</u>
			158 024 832	137 820 607
darunter:				
Geldmarktpapiere	13 790 Tsd Euro	(Vj 837 792 Tsd Euro)		103 074 598
4. Treuhandverbindlichkeiten			24 957	76 093
darunter:				
Treuhandkredite	24 957 Tsd Euro	(Vj 30 793 Tsd Euro)		23 813
5. Sonstige Verbindlichkeiten			111 682	206 434
6. Rechnungsabgrenzungsposten				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		65 510		89 402
b) andere		<u>425 186</u>		<u>492 810</u>
			490 696	582 212
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		202 273		165 305
b) Steuerrückstellungen		81 144		80 662
c) andere Rückstellungen		<u>867 426</u>		<u>969 471</u>
			1 150 843	1 215 438
8. Nachrangige Verbindlichkeiten			3 026 315	3 423 706
9. Genussrechtskapital				
Nominalbetrag		263 098		352 574
Verlustzuweisung		<u>- 230 702</u>		<u>- 245 783</u>
			32 396	106 791
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	13 242 Tsd Euro	(Vj 60 374 Tsd Euro)		106 791
10. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital				
aa) Grundkapital		380 376		488 376
ab) stille Einlagen				
Nominalbetrag		1 000 000		-
Verlustzuweisung		<u>- 397 076</u>		<u>-</u>
		602 924		488 376
b) Kapitalrücklage		983 300		3 403 823
c) Gewinnrücklagen		5 039 123		2 987 729
ca) gesetzliche Rücklagen		12 655		12 655
cb) Rücklage für eigene Anteile		-		-
cc) satzungsmäßige Rücklagen		-		-
cd) andere Gewinnrücklagen		<u>248 334</u>		<u>475 634</u>
		260 989		488 289
d) Bilanzverlust		<u>- 3 792 315</u>		<u>- 2 577 640</u>
			2 491 097	1 802 848
Summe der Passiva			272 944 403	249 371 319
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechslen		-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen (zu bestehenden Patronatsurklärungen vgl. Angaben im Anhang)		1 113 059		3 105 739
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		-		-
			1 113 059	3 105 739
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		-		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		<u>2 587 699</u>		<u>5 294 502</u>
			2 587 699	5 294 502
				5 111 640

Anhang

Allgemeine Grundsätze der Bilanzierung und Bewertung

Verschmelzung der DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG auf die Hypo Real Estate Bank AG, München und Umfirmierung in Deutsche Pfandbriefbank AG, München

Mit Eintragung der Verschmelzung in das Handelsregister der Hypo Real Estate Bank AG, München am 29. Juni 2009 ist die Verschmelzung der DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG, Eschborn auf die Hypo Real Estate Bank AG, München wirksam geworden. Im Zuge dessen erfolgte die Umfirmierung der Hypo Real Estate Bank AG in die Deutsche Pfandbriefbank AG, München. Die Verschmelzung erfolgt im Wege der Übertragung des Vermögens der DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG, Eschborn als Ganzes mit allen Rechten und Pflichten unter Auflösung ohne Abwicklung nach § 2 Nr.1 UmwG ohne Gewährung von Aktien der Hypo Real Estate Bank AG, München (Verschmelzung durch Aufnahme). Die Übernahme des Vermögens erfolgte mit Wirkung zum 1. Januar 2009 gemäß § 20 Abs.1 Nr. 1 UmwG (Verschmelzungsstichtag). Vom Wahlrecht der Buchwertfortführung nach § 24 UmwG wurde Gebrauch gemacht.

Die Angabe der Vorjahreswerte erfolgte in der Bilanz und GuV in zwei Spalten. Unter der Bezeichnung „Hypo Real Estate Bank AG“ wurden die Vorjahresangaben ohne Berücksichtigung der Verschmelzung dargestellt. Die Spalte „Hypo Real Estate Bank AG + DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG“ fasst die Vorjahreswerte beider Banken zusammen. Dabei wurde eine Verrechnung von wesentlichen gegenseitigen Forderungen und Verbindlichkeiten sowie Aufwendungen und Erträgen vorgenommen.

Die Angaben von Vorjahreszahlen im Anhang basieren auf zusammengefassten Werten der beiden Banken.

Entsprechend dem aktuellen Geschäftsmodell, wurde die Bilanz vom Geschäftsbankenschema auf das Pfandbriefbankschema umgestellt.

Vorschriften zur Rechnungslegung

Der Jahresabschluß 2009 der Deutschen Pfandbriefbank AG wurde nach den Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und den rechtsform- bzw. branchenspezifischen Vorschriften des Aktiengesetzes (AktG), des Kreditwesengesetzes (KWG) und des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) aufgestellt. Maßgeblich für die Gliederung und den Inhalt der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung ist die Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) vom 11. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3658), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 18. Dezember 2009 (BGBl. I S. 3934) geändert worden ist.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Der Vorstand der Deutschen Pfandbriefbank AG hat den Jahresabschluss am 12. März 2010 unter der Annahme der Unternehmensfortführung aufgestellt. Bei der Einschätzung der Unternehmensfortführung sind bei Aufstellung des Jahresabschlusses wesentliche Unsicherheiten in Verbindung mit Ereignissen und Bedingungen bekannt, die erhebliche Zweifel an der Fortführungsfähigkeit der Deutschen Pfandbriefbank AG aufwerfen. Der Fortbestand der Deutschen Pfandbriefbank AG hängt davon ab, dass ihr in hinreichendem Umfang Eigenkapital zur Einhaltung von aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen sowie zur Vermeidung einer nachhaltigen Überschuldungssituation zur Verfügung gestellt wird. Um eine Insolvenz aufgrund Zahlungsunfähigkeit der Gesellschaft selbst abzuwenden, ist externe Unterstützung durch Liquiditätshilfen notwendig. Diese Liquiditätshilfen müssen so lange zur Verfügung stehen, bis sich die Deutsche Pfandbriefbank AG wieder eigenständig am Geld- und Kapitalmarkt in ausreichendem Umfang Liquidität beschaffen kann und bis die beschlossenen Restrukturierungsmaßnahmen als auch die Rekapitalisierung planmäßig umgesetzt sind.

Um den Fortbestand der Deutschen Pfandbriefbank AG sicherzustellen, ist deshalb insbesondere erforderlich, dass

- der Finanzmarktstabilisierungsfonds in hinreichendem Umfang Eigenkapitalunterstützung leistet
- der Finanzmarktstabilisierungsfonds und die Deutsche Bundesbank ihre Liquiditätsunterstützung aufrechterhalten und gegebenenfalls auch weitere Liquiditätshilfe zur Verfügung stellen
- die Refinanzierung zu tragfähigen Konditionen verstärkt über den Geld- und Kapitalmarkt erfolgt
- die Restrukturierungsmaßnahmen planmäßig umgesetzt werden
- die zuständigen Behörden keine aufsichtsrechtlichen Maßnahmen ergreifen werden sowie
- keine rechtlichen Vorbehalte (insbesondere EU-Verfahren) erfolgreich geltend gemacht werden

Mit Datum vom 28. März 2009 hat der Finanzmarktstabilisierungsfonds der HRE Holding und der Deutschen Pfandbriefbank AG bestätigt, dass er beabsichtigt, die HRE Holding durch eine hinreichende Rekapitalisierung und die Deutsche Pfandbriefbank AG durch weitere hinreichende Garantieübernahmen zu stabilisieren. Mit Datum vom 6. November 2009 hat der Finanzmarktstabilisierungsfonds die Absichtserklärung erneuert. Insbesondere hat der SoFFin bestätigt, Kapital in hinreichender Höhe zur Verfügung zu stellen, um mindestens die Fortführung der HRE Holding und ihrer wesentlichen Tochtergesellschaften und das erforderliche tragfähige Geschäftsmodell, insbesondere der Deutschen Pfandbriefbank AG sicherzustellen. Die Unterstützung, die die HRE insgesamt vom Bund erhält, ist abhängig vom Ergebnis einer abschließenden Prüfung, ggf. eine Abwicklungsanstalt für nicht strategische oder notleidende Vermögenswerte der HRE einzurichten. Darüber hinaus wird der SoFFin über weitere Garantien die Liquidität der Gruppe sicherstellen. Diese sowie mögliche weitere Maßnahmen stehen unter dem Vorbehalt, dass sie die beihilferechtlichen Anforderungen der EU-Kommission erfüllen.

Als ersten Schritt zur Rekapitalisierung der HRE hat der Finanzmarktstabilisierungsfonds am 28. März 2009 20 Mio. HRE Holding Aktien zum gesetzlichen Mindestpreis von 3,00 € je Aktie unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre übernommen. Als zweiten Schritt zur Rekapitalisierung der HRE haben die Aktionäre auf der außerordentlichen Hauptversammlung am 2. Juni 2009 eine Kapitalerhöhung in Höhe von rund 2,96 Mrd. € gegen Bareinlage beschlossen. Die rund 986,5 Mio. Aktien wurden zum satzungsmäßigen Nennwert und gesetzlichen Mindestpreis von 3,00 € ausgegeben. Zur Zeichnung der neuen Aktien aus der Kapitalerhöhung wurde ausschließlich der Finanzmarktstabilisierungsfonds zugelassen, das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre wurde ausgeschlossen. Der Finanzmarktstabilisierungsfonds hielt nach der Eintragung der Kapitalerhöhung am 8. Juni 2009 einen Anteil von 90 % am Grundkapital der Gesellschaft. Am 5. Oktober 2009 wurde auf einer außerordentlichen Hauptversammlung die Übertragung der Aktien der Minderheitsaktionäre auf den SoFFin beschlossen. Das Amtsgericht München hat am 13. Oktober 2009 den Übertragungsbeschluss in das Handelsregister eingetragen, wodurch der SoFFin Alleinaktionär der HRE Holding wurde. Als dritten Schritt der Rekapitalisierung hat die HRE im November 2009 eine weitere Kapitalzuführung über insgesamt 3,0 Mrd. € vom SoFFin erhalten. Diese Tranche setzt sich aus einer stillen Einlage in die Deutsche Pfandbriefbank AG in Höhe von 1,0 Mrd. €, einer Einzahlung in die Rücklage der Deutschen Pfandbriefbank AG in Höhe von 1,3 Mrd. € und einer Einzahlung in die Rücklage der HRE Holding in Höhe von 0,7 Mrd. € zusammen.

Die HRE Holding und die Deutsche Pfandbriefbank AG hat sich gegenüber dem Finanzmarktstabilisierungsfonds grundsätzlich verpflichtet, die zur Umsetzung der Rekapitalisierung jeweils erforderlichen Schritte zu ergreifen.

Forderungen wurden mit dem Nennbetrag gemäß § 340e Abs. 2 HGB a.F. angesetzt. Der Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und Auszahlungsbetrag ist als Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und wird kapital- und zeitanteilig aufgelöst.

Für alle erkennbaren Einzelrisiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen vorgesorgt. Latente Risiken im Kreditgeschäft sind durch Pauschalwertberichtigungen gedeckt. Die Ermittlung erfolgte auf Basis der erwarteten Verluste. Hinsichtlich des Zeitraums zwischen Eintreten und Identifizieren einer Wertminderung wurden die Schätzparameter an die verbesserten Kreditprozesse angepasst. Weitere Anpassungen erfolgten im Vergleich zum Vorjahr für die Berücksichtigung des Konjunkturzyklus, da dieser sich zunehmend in den historischen Verluststraten niederschlägt. Auf Grund der geänderten Parameter ergibt sich eine um 264 Mio. € niedrigere portfoliobasierte Wertberichtigung. Zusätzlich besteht eine Vorsorge für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340 f HGB a.F.. Das Wahlrecht gemäß § 340 f Abs.3 und § 340c Abs.2 HGB a.F. wurde in Anspruch genommen.

Die Wertpapiere des Liquiditätsvorsorgebestandes werden gemäß dem strengen Niederstwertprinzip bilanziert soweit sie nicht Gegenstand einer Bewertungseinheit sind und die Bewertungsänderungen rein zinsinduzierter Natur sind.

Bei den nicht strukturierten Wertpapieren des Anlagevermögens entspricht der Buchwert mit einer Ausnahme den fortgeführten Anschaffungskosten. In diesem Fall wurde im Vorjahr eine Abschreibung auf den niederen beizulegenden Wert vorgenommen.

Der Buchwert der strukturierten Wertpapiere (CDO's und MBS) entspricht den Anschaffungskosten, sofern nicht aufgrund einer dauerhaften Wertminderung eine Abschreibung in Höhe des erwarteten Ausfalls vorgenommen wurde.

Die Bewertung der strukturierten Wertpapiere erfolgte gemäß dem Positionspapier des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) vom 10. Dezember 2007.

Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte erfolgte entsprechend dem o.g. Positionspapier, welches sich an der Hierarchie des IAS 39 orientiert. Grundsätzlich werden stichtagsbezogene Transaktions- bzw. Börsenkurse herangezogen. Sollten diese nicht vorhanden sein, werden anerkannte Bewertungsmodelle verwendet, bei denen die Modellparameter aus vergleichbaren Markttransaktionen abgeleitet werden. Nachdem für eine Vielzahl von Transaktionen keine Transaktions- bzw. Börsenpreise vorlagen wurde überwiegend auf interne Bewertungsmodelle zurückgegriffen. Bei der Bewertung finden grundsätzlich Marktparameter oder Marktpreise, die aus zwangsweisen Liquidationen oder Notverkäufen stammen, keine Anwendung.

Für latente Ausfallrisiken für Wertpapiere des Anlagevermögens wurde die pauschale Vorsorge des Vorjahres in Höhe von 24.000 Tsd. € um 10.100 Tsd. € auf 34.100 Tsd. € erhöht. Die Ermittlung erfolgte auf Basis der erwarteten Verluste. Die im Vorjahr eingeführte Bewertungsmethode trägt weiterhin den instabilen Rahmenbedingungen insbesondere der gestiegenen Ausfallwahrscheinlichkeiten auf Forderungen im strukturierten Wertpapierbestand (CDO, CMBS und RMBS) Rechnung.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden mit Anschaffungskosten bilanziert, ggf. vermindert um außerplanmäßige Abschreibungen auf den niederen beizulegenden Wert.

Die Bewertung der Sachanlagen erfolgte zu den Anschaffungs- und Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen. Den planmäßigen Abschreibungen liegen die der geschätzten Nutzungsdauer entsprechenden Abschreibungssätze zugrunde, die auch steuerlich geltend gemacht werden. Sachanlagen wurden im Anschaffungsjahr „pro rata temporis“ abgeschrieben.

Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis 150 € wurden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben und als Abgang behandelt. Für abnutzbare bewegliche Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten von mehr als 150 € bis 1.000 € wurde gem. § 6 Abs. 2a EStG ein Sammelposten gebildet. Dieser Sammelposten wird über 5 Geschäftsjahre linear abgeschrieben.

Immaterielle Vermögensgegenstände wurden mit den Anschaffungs- und Herstellungskosten vermindert um planmäßige Abschreibungen bilanziert. Die planmäßigen Abschreibungen werden anhand der wirtschaftlichen Nutzungsdauer ermittelt.

Derivative Finanzinstrumente dienen überwiegend der Absicherung von Währungs- und Zinsrisiken. Diese werden als Makrohedge-Instrumente im Rahmen der Gesamtbankrisikosteuerung eingesetzt. Kreditderivate (Credit Default Swaps, Credit Linked Notes) werden zur Absicherung von Bonitätsrisiken eingegangen.

Zinserträge/ -aufwendungen aus derivativen Finanzgeschäften (Swaps, Termingeschäfte, Optionen) werden brutto ausgewiesen.

Verbindlichkeiten wurden mit dem Rückzahlungsbetrag passiviert. Der Unterschied zwischen Nenn- und Ausgabebetrag der Verbindlichkeiten wurde in die Rechnungsabgrenzung eingestellt und wird kapital- und zeitanteilig aufgelöst. Die Einstellung von Zero-Bonds erfolgte mit dem Emissionsbetrag zuzüglich anteiliger Zinsen gemäß der Emissionsrendite.

Für ungewisse Verbindlichkeiten wurden Rückstellungen in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet.

Die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen wurden erstmalig zum 31. Dezember 2009 nach der Projected Unit Credit Method bewertet. Bei dieser nach Bewertungsänderung zugrunde liegenden Methode handelt es sich um ein sachgerechtes Verfahren, welches objektiv nachprüfbar Kriterien zugrunde legt. Für die Berechnungen lagen folgende Prämissen zugrunde:

Rechnungszins:	5,25% p.a.
Einkommenstrend:	2,50% p.a.
Rentendynamik:	2,00% p.a.
Sterbetafel:	K. Heubeck „Richttafeln 2005 G“

Im Vorjahr wurde die Pensionsrückstellung nach versicherungsmathematischen Grundsätzen gemäß § 6a EStG ermittelt.

Eventualverbindlichkeiten werden zum Nennbetrag abzüglich gebildeter Rückstellungen bilanziert.

Auf Fremdwährung lautende Vermögensgegenstände, Schulden, Erträge und Aufwendungen sind gemäß § 340 h HGB a.F. umgerechnet.

Im Falle des § 285 Nr. 17 HGB n.F. zur Angabe des vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar wurde die Erleichterung in Anspruch genommen. Die Angabe ist im Konzernabschluss der HRE Holding AG enthalten.

Zur Verbesserung der Übersichtlichkeit wurde der Jahresabschluss in Tausend Euro (Tsd. €) aufgestellt. Nachfolgend werden die für Kreditinstitute in der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft erforderlichen Pflichtangaben aufgeführt, die sich aus den eingangs genannten gesetzlichen Grundlagen ergeben.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Zinsüberschuss (GuV Position 1 und 2)

Zinsaufwand und -ertrag sind durch die Inanspruchnahme der Sonderliquiditätshilfe der Bundesbank, die Emissionen von verbrieften Verbindlichkeiten an das Konsortium der deutschen Finanzwirtschaft und die Weitergabe dieser Mittel an Konzernunternehmen beeinflusst. In 2009 wurden in diesem Zusammenhang Zinsaufwendungen in Höhe von 1.276.598 Tsd. € (Vj. 466.813 Tsd. €) geleistet und davon 1.101.919 Tsd. € (Vj. 425.545 Tsd. €) an Konzernunternehmen weiterverrechnet.

Provisionsüberschuss (GuV Position 5 und 6)

Die Provisionserträge enthalten die Gebühren für die Übernahme des Kreditrisikos der von den Tochtergesellschaften gewährten Kredite in Höhe von 114.115 Tsd. € (Vj. 123.303 Tsd. €) und Einnahmen aus Vorausgebühren in Höhe von 38.974 Tsd. € (Vj. 100.172 Tsd. €).

Die Deutsche Pfandbriefbank AG hat im Zusammenhang mit der Liquiditätskrise der Gruppe Garantien der Bundesrepublik Deutschland sowie des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) erhalten. Die daraus resultierenden Garantieaufwendungen wurden entsprechend der Liquiditätsinanspruchnahme im Konzern weiterverrechnet. Die in diesem Zusammenhang stehenden Erträge betragen 405.921 Tsd. € (Vj. 81.817 Tsd. €)

Die Provisionsaufwendungen bestehen im Wesentlichen aus Aufwendungen im Kreditgeschäft in Höhe von 11.345 Tsd. € (Vj. 49.222 Tsd. €) und aus Aufwendungen für erhaltene Garantien der Bundesrepublik Deutschland sowie des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) in Höhe von 565.384 Tsd. € (Vj. 92.506 Tsd. €).

Sonstige betriebliche Erträge (GuV Position 7)

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind folgende wesentliche Einzelposten enthalten

in Tsd. €	2009	2008
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (ohne Kreditgeschäft)	32.895	12.689
Erträge aus der Rückdeckungsversicherung	5.526	7.949
Erträge aus weiterverrechneten Kosten im Darlehensgeschäft	4.111	6.348
Erträge aus Verwaltungskostenumlagen	4.054	9.012
Erträge aus Währungsveränderung	0	5.378

Verwaltungsaufwendungen (GuV Position 8) **Bezüge des Geschäftsführungsorgans und des Aufsichtsrates**

Die Gesamtbezüge des Vorstandes betragen für das Berichtsjahr 1.476 Tsd. € (Vj. 1.562 Tsd. €) und teilen sich wie folgt auf:

Fixbezüge	149 Tsd. € (Vj. 1.562 Tsd. €)
Abfindungen	1.327 Tsd. € (Vj. 0 Tsd. €)

Für das Jahr 2009 belaufen sich die Gesamtbezüge früherer Mitglieder des Vorstandes und ihrer Hinterbliebenen auf 3.783 Tsd. € (Vj. 3.616 Tsd. €)

Die Bezüge des Aufsichtsrates betragen für das Berichtsjahr 76 Tsd. € (Vj. 33 Tsd. €). Dabei handelt es sich ausschließlich um Fixbezüge.

Sonstige betriebliche Aufwendungen (GuV Position 10)

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten im Wesentlichen Verluste aus Währungsveränderungen in Höhe von 28.573 Tsd. € (Vj. 0 Tsd. €) sowie weiterverrechnete Aufwendungen aus dem Darlehensgeschäft von 4.126 Tsd. € (Vj. 6.259 Tsd. €).

Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere (GuV Position 13)

Im Geschäftsjahr 2009 wurden Abschreibungen auf Anteile an verbundenen Unternehmen und sonstige Beteiligungen in Höhe von 30.642 Tsd. € vorgenommen (Vj. 10.550 Tsd. €).

In der GuV-Position sind Abschreibungen bzw. Verkaufsverluste sowie Zuschreibungen bei Wertpapieren des Anlagevermögens in Höhe von netto 4.962 Tsd. € (Vj. 1.836.992 Tsd. €) enthalten.

Außerordentliche Aufwendungen (GuV Position 17)

Die außerordentlichen Aufwendungen betreffen im Wesentlichen Restrukturierungsaufwendungen in Höhe von 9.018 Tsd. € (Vj. 126.899 Tsd. €).

Steuern (GuV Position 18)

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag betragen 46.149 Tsd. €. Der Steueraufwand des laufenden Jahres betrifft das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit mit 7.411 Tsd. €. Die Steueraufwendungen in Höhe von 38.739 Tsd. € sind anderen Geschäftsjahren zuzurechnen.

Mit der HRE Holding AG besteht eine umsatzsteuerliche Organschaft.

Angaben zur Bilanz

Hypothekendarlehen (Aktivpos. 2 und 3)/ Pfandbriefumlauf (Passivpos. 1, 2 und 3)

Deckungsrechnung

in Tsd. €		2009	2008 ²⁾
A. Hypothekendarlehen			
Deckungswerte	Forderungen an Kreditinstitute		
	Hypothekendarlehen	21.230	67.398
	Forderungen an Kunden		
	Hypothekendarlehen	22.216.876	24.463.650
	Sachanlagen (Grundschulden auf bankeigene Grundstücke)	-	-
	sonst. Vermögensgegenstände	-	-
		22.238.106	24.531.048
Weitere Deckungswerte	andere Forderungen an Kreditinstitute	-	250.000
	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.548.388	649.208
	Forderungen aus Derivaten gem. §19 (1) Nr. 4 PfandBG	-	394.824
Deckungswerte insgesamt		24.786.494	25.825.080
	Summe der deckungspflichtigen Hypothekendarlehen	22.012.552	23.627.936
	davon Verbindlichkeiten aus Derivaten gem. §19 (1) Nr. 4 PfandBG	46.391	-
Überdeckung		2.773.942	2.197.144
B. Öffentliche Pfandbriefe			
Deckungswerte	Forderungen an Kreditinstitute		
	a) Hypothekendarlehen	-	-
	b) Kommunalkredite	4.591.161	7.561.686
	Forderungen an Kunden		
	a) Hypothekendarlehen ¹⁾	292.965	406.132
	b) Kommunalkredite	26.178.455	29.062.736
	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	25.975.684	29.009.943
		57.038.265	66.040.497
Weitere Deckungswerte	andere Forderungen an Kreditinstitute	1.980.000	2.605.000
	Forderungen aus Derivaten gem. §19(1) Nr. 4 PfandBG	5.254	-
Deckungswerte insgesamt		59.023.519	68.645.497
	Summe der deckungspflichtigen öffentlichen Pfandbriefe	53.159.809	64.649.078
	davon Verbindlichkeiten aus Derivaten gem. §19 (1) Nr. 4 PfandBG	-	254.183
Überdeckung		5.863.710	3.742.236

1) Von den Hypothekendarlehen wurden kommunal verbürgte Hypothekendarlehen zur Deckung von öffentlichen Pfandbriefen verwandt.

2) Die Darstellung im Vorjahr wurde an das Berichtsjahr angepasst.

Angaben nach § 28 Pfandbriefgesetz

Umlaufende Hypothekendarfbriefe und dafür verwendete Deckungswerte

in Mio. €	Nominal		Barwert		Risikobarwert	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen						
Hypothekendarfbriefe	22.012,6	23.627,9	23.164,1	24.762,4	21.689,5	18.554,9
davon Derivate			64,3	0,0		
Deckungsmasse	24.786,5	25.825,0	26.567,4	27.681,6	24.876,1	20.740,8
davon Derivate			403,6	700,0		
Überdeckung	2.773,9	2.197,1	3.403,3	2.919,2	3.186,6	2.185,9

Laufzeitstruktur (Restlaufzeit) nominal

in Mio. €	Hypothekendarfbriefe		Deckungsmasse	
	2009	2008	2009	2008
bis 1 Jahr	4.032,4	5.156,8	13.975,6	9.369,7
mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	3.720,7	4.614,3	2.126,2	4.409,9
mehr als 2 Jahr bis 3 Jahre	4.054,3	2.923,0	1.451,9	2.750,5
mehr als 3 Jahr bis 4 Jahre	2.063,3	3.058,2	1.270,9	1.390,5
mehr als 4 Jahr bis 5 Jahre	2.232,9	2.009,9	1.939,8	2.588,5
mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	2.887,8	3.101,4	3.515,5	3.824,0
mehr als 10 Jahre	3.021,2	2.764,3	506,6	1.491,9

Nach §28 Pfandbriefgesetz sind im Umlauf befindliche Hypothekendarfbriefe nach ihrer Laufzeitstruktur darzustellen, während die Deckungsmassen nach Zinsbindungsfrist anzugeben sind. Durch die unterschiedliche Gliederungssystematik können temporäre Inkongruenzen in den einzelnen Laufzeitbändern entstehen, die im Rahmen der Gesamtbanksteuerung ausgeglichen werden.

Beim Risikobarwert wird der dynamische Ansatz verwandt.

Umlaufende öffentliche Darfbriefe und dafür verwendete Deckungswerte

in Mio. €	Nominal		Barwert		Risikobarwert	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen						
öffentliche Darfbriefe	53.159,8	64.649,0	56.661,6	68.707,2	48.159,8	61.013,6
davon Derivate			106,6	0,0		
Deckungsmasse	59.023,5	68.391,3	64.660,3	74.700,9	54.958,3	65.762,5
davon Derivate			528,8	249,4		
Überdeckung	5.863,7	3.742,3	7.998,7	5.993,7	6.798,5	4.748,9

Laufzeitstruktur (Restlaufzeit) nominal

in Mio. €	Öffentliche Darfbriefe		Deckungsmasse	
	2009	2008	2009	2008
bis 1 Jahr	14.935,5	11.367,0	20.896,4	30.501,4
mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	5.242,6	14.942,1	3.197,7	7.280,1
mehr als 2 Jahr bis 3 Jahre	3.903,3	6.117,4	4.233,2	2.488,4
mehr als 3 Jahr bis 4 Jahre	5.471,5	4.413,4	3.203,4	3.422,5
mehr als 4 Jahr bis 5 Jahre	2.106,6	5.933,0	1.751,3	2.766,8
mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	10.162,2	10.584,2	11.131,5	8.898,2
mehr als 10 Jahre	11.338,1	11.292,0	14.610,0	13.034,0

Nach §28 Pfandbriefgesetz sind im Umlauf befindliche öffentliche Darfbriefe nach ihrer Laufzeitstruktur darzustellen, während die Deckungsmassen nach Zinsbindungsfrist anzugeben sind. Durch die unterschiedliche Gliederungssystematik können temporäre Inkongruenzen in den einzelnen Laufzeitbändern entstehen, die im Rahmen der Gesamtbanksteuerung ausgeglichen werden.

Beim Risikobarwert wird der dynamische Ansatz verwandt.

Zur Deckung von Hypothekendarlehen verwendete Forderungen nach Größengruppen ¹⁾

in Mio. €	2009	2008
bis einschließlich 300 Tsd €	620,1	838,5
mehr als 300 Tsd Euro bis einschließlich 5 Mio €	5.153,7	6.333,0
mehr als 5 Mio €	16.464,3	17.359,5
Summe	22.238,1	24.531,0

1) ohne weitere Deckungswerte

Zur Deckung von Hypothekendarlehen verwendete Forderungen nach Gebieten, in denen die beliehenen Grundstücke liegen und nach Nutzungsart ¹⁾

in Mio. €	Deutschland				Belgien			
	Gewerblich		Wohnwirtschaftlich		Gewerblich		Wohnwirtschaftlich	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Wohnungen	0,0	0,0	88,8	127,9	0,0	0,0	0,0	0,0
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	192,1	332,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	5.045,0	6.093,4	0,0	0,0	0,0	0,0
Bürogebäude	3.632,2	3.712,0	0,0	0,0	15,3	16,3	0,0	0,0
Handelsgebäude	2.735,3	3.110,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Industriegebäude	85,2	90,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	1.120,7	1.303,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	253,6	274,6	28,5	74,5	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	81,8	56,5	5,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte	7.908,8	8.546,7	5.359,4	6.627,8	15,3	16,3	0,0	0,0

in Mio. €	Frankreich / Monaco				Großbritannien (ohne Kanalinseln)			
	Gewerblich		Wohnwirtschaftlich		Gewerblich		Wohnwirtschaftlich	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Wohnungen	0,0	0,0	0,2	0,2	0,0	0,0	6,3	5,9
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	1,2	0,0	0,0	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	73,1	87,2	0,0	0,0	86,0	99,6
Bürogebäude	1.226,6	1.191,1	0,0	0,0	744,2	974,9	0,0	0,0
Handelsgebäude	64,5	82,5	0,0	0,0	714,6	769,4	0,0	0,0
Industriegebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	9,2	21,5	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	12,4	24,8	0,0	0,0	563,3	449,5	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	81,1	3,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte	1.384,6	1.302,2	73,3	88,6	2.031,3	2.215,3	92,3	105,5

in Mio. €	Niederlande				Österreich			
	Gewerblich		Wohnwirtschaftlich		Gewerblich		Wohnwirtschaftlich	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Wohnungen	0,0	0,0	0,2	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	1,1	1,2	0,0	0,0	0,5	0,6
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	5,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bürogebäude	549,7	647,0	0,0	0,0	58,9	58,9	0,0	0,0
Handelsgebäude	218,3	273,4	0,0	0,0	31,9	32,0	0,0	0,0
Industriegebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	33,0	28,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	8,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0	0,0
Deckungswerte	801,0	957,3	1,3	6,4	90,8	91,1	0,5	0,6

in Mio. €	Schweiz				USA			
	Gewerblich		Wohnwirtschaftlich		Gewerblich		Wohnwirtschaftlich	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Wohnungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	140,5	145,4
Bürogebäude	55,6	85,2	0,0	0,0	883,4	913,9	0,0	0,0
Handelsgebäude	95,2	97,8	0,0	0,0	196,3	170,3	0,0	0,0
Industriegebäude	10,5	10,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	183,4	199,6	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte	161,3	193,5	0,0	0,0	1.263,1	1.283,8	140,5	145,4

in Mio. €	Dänemark				Finland			
	Gewerblich		Wohnwirtschaftlich		Gewerblich		Wohnwirtschaftlich	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Wohnungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	12,1	20,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Bürogebäude	344,2	111,9	0,0	0,0	25,1	62,8	0,0	0,0
Handelsgebäude	13,4	21,5	0,0	0,0	28,8	28,8	0,0	0,0
Industriegebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	10,3	10,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte	367,9	143,6	12,1	20,1	53,9	91,6	0,0	0,0

in Mio. €	Italien				Luxemburg			
	Gewerblich		Wohnwirtschaftlich		Gewerblich		Wohnwirtschaftlich	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Wohnungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	40,2	0,0	0,0	0,0	0,0
Bürogebäude	13,5	13,5	0,0	0,0	8,3	8,4	0,0	0,0
Handelsgebäude	104,2	104,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Industriegebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	26,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte	117,7	117,7	26,8	40,2	8,3	8,4	0,0	0,0

in Mio. €	Norwegen				Polen			
	Gewerblich		Wohnwirtschaftlich		Gewerblich		Wohnwirtschaftlich	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Wohnungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bürogebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	120,6	120,7	0,0	0,0
Handelsgebäude	14,5	12,4	0,0	0,0	228,7	240,0	0,0	0,0
Industriegebäude	27,0	40,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	22,2	11,7	0,0	0,0	70,0	70,0	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte	63,7	64,1	0,0	0,0	419,3	430,7	0,0	0,0

in Mio. €	Schweden				Slowakei			
	Gewerblich		Wohnwirtschaftlich		Gewerblich		Wohnwirtschaftlich	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Wohnungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	386,7	373,5	0,0	0,0	0,0	0,0
Bürogebäude	269,7	469,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Handelsgebäude	56,5	190,7	0,0	0,0	52,3	52,4	0,0	0,0
Industriegebäude	200,4	34,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	69,9	96,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte	596,5	791,6	386,7	373,5	52,3	52,4	0,0	0,0

in Mio. €	Spanien				Tschechien			
	Gewerblich		Wohnwirtschaftlich		Gewerblich		Wohnwirtschaftlich	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Wohnungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bürogebäude	142,1	150,6	0,0	0,0	100,4	100,4	0,0	0,0
Handelsgebäude	159,4	193,7	0,0	0,0	109,6	118,0	0,0	0,0
Industriegebäude	6,8	6,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	46,4	18,2	0,0	0,0	34,1	34,1	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte	354,7	369,3	0,0	0,0	244,1	252,5	0,0	0,0

in Mio. €	Ungarn				Japan			
	Gewerblich		Wohnwirtschaftlich		Gewerblich		Wohnwirtschaftlich	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Wohnungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bürogebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	26,4	0,0	0,0	0,0
Handelsgebäude	184,2	194,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Industriegebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte	184,2	194,8	0,0	0,0	26,4	0,0	0,0	0,0

in Mio. €	Gesamt			
	Gewerblich		Wohnwirtschaftlich	
	2009	2008	2009	2008
Wohnungen	0,0	0,0	95,5	134,2
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	193,7	335,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	5.743,4	6.864,4
Bürogebäude	8.216,2	8.637,5	0,0	0,0
Handelsgebäude	5.007,7	5.692,0	0,0	0,0
Industriegebäude	339,1	203,3	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	2.165,7	2.246,4	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	334,7	287,0	28,5	74,5
Bauplätze	81,8	56,7	31,8	0,0
Deckungswerte	16.145,2	17.122,9	6.092,9	7.408,1
			2009	2008
Deckungswerte Gewerblich und Wohnwirtschaftlich gesamt			22.238,1	24.531,0

1) ohne weitere Deckungswerte

Rückständige Leistungen auf zur Deckung von Hypothekendarlehen verwendete Forderungen

Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen

in Mio. €	2009	2008
Deutschland	17,5	21,2
Dänemark	0,0	0,5
Frankreich	1,7	1,1
Italien	1,9	0,0
Niederlande	0,0	14,5
Summe	21,1	37,3

Rückständige Leistungen auf zur Deckung von Hypothekendarlehen verwendete Forderungen

Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen

in Mio. €	2009	2008
Deutschland	17,5	21,2
Dänemark	0,0	0,5
Frankreich	1,7	1,1
Italien	1,9	0,0
Niederlande	0,0	14,5
Summe	21,1	37,3

Nachfolgende Angaben beziehen sich auf zur Deckung von Hypothekendarlehen verwendete Forderungen:

Zwangsmaßnahmen (Aktivpos. 2 und 3)

	Anzahl der Fälle		davon gewerblich genutzt		davon Wohnzwecken dienend	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Am 31. Dezember anhängige						
Zwangsversteigerungsverfahren	143	293	25	52	118	241
Zwangsverwaltungsverfahren	95	221	24	56	71	165
davon in den anhängigen Zwangsversteigerungsverfahren enthalten	(88)	(184)	(22)	(42)	(66)	(142)
im Geschäftsjahr durchgeführte Zwangsversteigerungsverfahren	150	330	27	66	123	264
	97	144	15	4	82	140

Eingestiegerte bzw. übernommene Objekte (Aktivpos. 10 und 11)

Im Berichtsjahr hat die Pfandbriefbank keine Grundstücke zur Verhütung von Verlusten an Hypotheken übernehmen müssen.

Zinsrückstände (Aktivpos. 2 und 3)

Die Zinsrückstände aus Fälligkeiten vom 1. Oktober 2008 bis 30. September 2009 beliefen sich auf 7.770 Tsd. € (Vj. 8.990 Tsd. €).

Sie sind in steuerlich zulässigem Umfang wertberichtigt.

in Mio. €	davon gewerblich genutzt		davon Wohnzwecken dienend	
	2009	2008	2009	2008
Gesamtbetrag der Rückstände auf die von Hypothekenschuldnern zu entrichtenden Zinsen, soweit nicht in den Vorjahren abgeschrieben	3,6	3,2	4,1	5,8

Zur Deckung von Öffentlichen Pfandbriefen verwendete Forderungen ¹⁾

	Deutschland		Belgien	
in Mio. €	2009	2008	2009	2008
Zentralstaat	833,4	822,7	350,2	551,7
regionale Gebietskörperschaften	12.696,2	13.834,1	214,9	210,0
örtliche Gebietskörperschaften	209,9	382,7	135,0	0,0
Sonstige Schuldner	10.416,6	16.987,0	243,2	242,8
Summe	24.156,1	32.026,5	943,3	1.004,5
	Dänemark		Finnland	
in Mio. €	2009	2008	2009	2008
Zentralstaat	0,0	0,0	6,9	135,9
regionale Gebietskörperschaften	0,0	0,0	0,0	0,0
örtliche Gebietskörperschaften	0,0	0,0	67,5	90,0
Sonstige Schuldner	41,4	142,5	6,9	7,2
Summe	41,4	142,5	81,3	233,1
	Frankreich / Monaco		Griechenland	
in Mio. €	2009	2008	2009	2008
Zentralstaat	527,5	1.131,3	2.091,1	2.821,1
regionale Gebietskörperschaften	90,0	0,0	0,0	0,0
örtliche Gebietskörperschaften	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	2.897,4	2.767,5	1.627,0	1.557,1
Summe	3.514,9	3.898,8	3.718,1	4.378,2
	Großbritannien		Island	
in Mio. €	2009	2008	2009	2008
Zentralstaat	0,0	0,0	0,0	39,0
regionale Gebietskörperschaften	8,4	120,0	0,0	0,0
örtliche Gebietskörperschaften	235,9	108,1	39,0	0,0
Sonstige Schuldner	225,2	225,7	24,3	22,1
Summe	469,5	453,8	63,3	61,1
	Italien		Japan	
in Mio. €	2009	2008	2009	2008
Zentralstaat	4.706,2	3.820,1	206,2	217,7
regionale Gebietskörperschaften	1.757,1	2.298,9	0,0	0,0
örtliche Gebietskörperschaften	429,2	277,8	60,0	88,9
Sonstige Schuldner	301,9	0,0	211,1	222,3
Summe	7.194,4	6.396,8	477,3	528,9

	Kanada		Litauen	
in Mio. €	2009	2008	2009	2008
Zentralstaat	0,0	50,0	35,0	47,5
regionale Gebietskörperschaften	209,8	444,5	0,0	0,0
örtliche Gebietskörperschaften	114,9	0,0	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	121,1	96,8	0,0	0,0
Summe	445,8	591,3	35,0	47,5
	Niederlande		Österreich	
in Mio. €	2009	2008	2009	2008
Zentralstaat	0,5	25,0	3.975,5	4.106,0
regionale Gebietskörperschaften	0,0	0,0	884,4	0,0
örtliche Gebietskörperschaften	16,3	0,0	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	48,1	65,2	2.092,4	3.289,3
Summe	64,9	90,2	6.952,3	7.395,3
	Polen		Portugal	
in Mio. €	2009	2008	2009	2008
Zentralstaat	648,1	828,7	514,1	394,1
regionale Gebietskörperschaften	0,0	0,0	429,5	193,5
örtliche Gebietskörperschaften	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,0	0,0	1.036,1	1.309,3
Summe	648,1	828,7	1.979,7	1.896,9
	Schweden		Schweiz	
in Mio. €	2009	2008	2009	2008
Zentralstaat	30,7	30,7	0,0	0,0
regionale Gebietskörperschaften	0,0	0,0	390,9	554,0
örtliche Gebietskörperschaften	0,0	0,0	75,1	0,0
Sonstige Schuldner	52,6	55,5	419,6	419,4
Summe	83,3	86,2	885,6	973,4
	Slowakei		Slowenien	
in Mio. €	2009	2008	2009	2008
Zentralstaat	44,0	52,0	245,0	20,0
regionale Gebietskörperschaften	0,0	0,0	0,0	0,0
örtliche Gebietskörperschaften	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,0	245,0	17,0	17,0
Summe	44,0	297,0	262,0	37,0

in Mio. €	Spanien		Tschechien	
	2009	2008	2009	2008
Zentralstaat	287,0	332,8	40,0	40,0
regionale Gebietskörperschaften	1.730,7	1.288,0	0,0	0,0
örtliche Gebietskörperschaften	135,0	273,9	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	343,2	205,6	95,0	95,0
Summe	2.495,9	2.100,3	135,0	135,0
in Mio. €	Ungarn		USA	
	2009	2008	2009	2008
Zentralstaat	316,3	327,9	0,0	26,7
regionale Gebietskörperschaften	0,0	0,0	148,6	544,2
örtliche Gebietskörperschaften	0,0	0,0	559,2	290,9
Sonstige Schuldner	0,0	0,0	98,3	123,4
Summe	316,3	327,9	806,1	985,2
in Mio. €	Internationale Organisationen		Gesamt ²⁾	
	2009	2008	2009	2008
Zentralstaat	0,0	110,0	14.857,7	15.930,9
regionale Gebietskörperschaften	0,0	0,0	18.560,5	19.487,2
örtliche Gebietskörperschaften	0,0	0,0	2.077,0	1.512,3
Sonstige Schuldner	1.224,7	1.265,0	21.543,1	29.360,7
Summe	1.224,7	1.375,0	57.038,3	66.291,1

1) ohne Derivate

2) In der Verteilung und der Gesamtsumme sind weitere Deckungswerte über 1.980 Mio. € (weitere Deckung nach §20 (2) PfandBG) nicht berücksichtigt. Im Vorjahr sind weitere Deckungswerte über 250,6 Mio € in der Summe mit berücksichtigt.

Zur Deckung von Öffentlichen Pfandbriefen verwendete Forderungen ¹⁾

Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen

in Mio. €	2009	2008
Deutschland		
Zentralstaat	0,0	0,0
regionale Gebietskörperschaften	0,0	6,6
örtliche Gebietskörperschaften	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,0	0,5
Summe	0,0	7,1

1) Überwiegend handelt es sich um rückständige Leistungen auf kommunalverbürgte Hypothekendarlehen.

Restlaufzeiten ausgewählter Bilanzpositionen

in Tsd. €	2009	2008
Forderungen an Kreditinstitute (Aktivpos. 2)	76.636.030	79.702.706
täglich fällig	4.049.038	1.961.507
Forderung mit Laufzeit	72.586.992	77.741.199
- bis drei Monate	66.773.329	69.186.140
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	2.820.488	1.873.879
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.566.454	4.712.966
- mehr als fünf Jahre	1.426.721	1.968.214
Forderungen an Kunden (Aktivpos. 3)	77.955.090	90.406.006
- mit unbestimmter Laufzeit	954	974
- bis drei Monate	6.889.570	8.865.283
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	10.359.319	8.736.097
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	32.019.117	36.649.997
- mehr als fünf Jahre	28.686.130	36.153.655
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (Aktivpos. 4)	116.387.505	76.065.478
davon im Folgejahr fällig werdend	69.922.601	31.816.838
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Passivpos. 1)	72.334.654	65.875.994
täglich fällig	983.512	1.736.651
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	71.351.142	64.139.343
- bis drei Monate	60.714.412	48.102.592
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	7.132.025	9.333.717
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.766.526	4.324.218
- mehr als fünf Jahre	1.738.179	2.378.816
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (Passivpos. 2)	35.256.931	38.261.196
täglich fällig	434.262	615.237
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	34.822.669	37.645.959
- bis drei Monate	785.619	3.027.828
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	2.231.457	2.530.224
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	7.068.846	6.575.288
- mehr als fünf Jahre	24.736.747	25.512.619
Verbriefte Verbindlichkeiten (Passivpos. 3)	158.024.832	137.820.607
a) begebene Schuldverschreibungen	158.011.042	136.982.815
davon im Folgejahr fällig werdend	118.798.645	77.845.755
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten	13.790	837.792
- bis drei Monate	1.224	437.837
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	7.529	387.982
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	0	7.228
- mehr als fünf Jahre	5.037	4.745

Bundesbank- bzw. Konsortiumsrefinanzierung und deren Verwendung (Aktivpos. 2, Passivpos. 1 und 3)

In der Bilanz sind folgende Refinanzierungen/ Weiterleitungsbeträge an Konzernunternehmen enthalten (incl. anteilige Zinsen/ in Tsd. €):

Bilanzposition	2009		2008	
	Gesamt	davon verbundene Unternehmen	Gesamt	davon verbundene Unternehmen
in Tsd. €				
Forderungen an Kreditinstitute (Aktivpos. 2)				
Schuldscheindarlehen	22.004.450	22.004.450	25.389.228	25.389.228
Termingelder	39.875.977	39.875.977	34.005.860	34.005.860
Aktiva gesamt	61.880.427	61.880.427	59.395.088	59.395.088
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Passivpos. 1)				
Bundesbank	46.834.925	0	37.478.563	0
Pensionsgeschäft in Fremdwährung	5.581.748	0	0	0
Verbriefte Verbindlichkeiten (Passivpos. 3)				
von Konsortium gezeichnet	22.984.648	0	30.098.461	0
Passiva gesamt	75.401.321	0	67.577.024	0

Nachrangige Vermögensgegenstände (Aktivpos. 2, 3 und 4)

In der Bilanz sind folgende nachrangige Vermögensgegenstände enthalten (in Tsd. €):

Bilanzposition	2009		2008	
	Gesamt	davon verbundene Unternehmen	Gesamt	davon verbundene Unternehmen
in Tsd. €				
Forderungen an Kreditinstitute (Aktivpos. 2)	510.329	510.329	510.871	510.871
Forderungen an Kunden (Aktivpos. 3)	13.500	13.500	12.500	12.500
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
Anleihen und Schuldverschreibungen				
von anderen Emittenten (Aktivpos. 4bb)	20.107	0	20.350	0

Aufteilung der börsenfähigen Wertpapiere und Finanzanlagen (Aktivpos. 4, 5, 6 und 7)

Die in den entsprechenden Bilanzpositionen enthaltenen börsenfähigen Wertpapiere teilen sich nach börsennotierten und nicht börsennotierten Wertpapieren wie folgt auf:

in Tsd. €	davon börsennotiert	davon börsennotiert	davon nicht börsennotiert	davon nicht börsennotiert
	2009	2008	2009	2008
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	110.710.520	43.800.067	5.676.985	32.265.411
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	451	1.213	1.233	1.067
Beteiligungen	-	-	-	179
Anteile an verbundenen Unternehmen	-	-	45	45

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (Aktivpos. 4)

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren (Aktivpos. 4) hat die Bank fremde Anleihen mit einem Bilanzwert in Höhe von 40.921.397 Tsd. € (Vj. 48.137.595 Tsd. €) im Bestand. Davon sind 37.754.929 Tsd. € (Vj. 41.574.947 Tsd. €) wie Anlagevermögen und 3.166.468 Tsd. € (Vj. 6.562.648 Tsd. €) wie Umlaufvermögen bewertet. Davon wurden im Berichtsjahr Wertpapiere mit einem Bilanzwert in Höhe von 994.780 Tsd. € vom Liquiditätsvorsorgebestand in den Anlagebestand umgewidmet. Auf Grund der Umwidmung wurden 56.783 Tsd. € Abschreibungen unterlassen.

Insgesamt sind Wertpapiere des Anlagevermögens mit einem Buchwert von 30.846.511 Tsd. € (Vj. 31.527.488 Tsd. €) nicht mit dem niedrigeren am Bilanzstichtag beizulegenden Zeitwert von 28.385.595 Tsd. € (Vj. 28.603.413 Tsd. €) bewertet. Die unterlassenen Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Zeitwert in Höhe von 2.460.916 Tsd. € teilen sich auf die folgenden Emittentengruppen auf:

in Tsd. €	davon			Gesamt
	öffentliche Emittenten	davon Kreditinstitute	davon andere Emittenten	
Buchwert	14.190.634	12.003.039	4.652.838	30.846.511
Beizulegender Zeitwert	13.032.232	11.515.436	3.837.927	28.385.595
Unterlassene Abschreibungen im Anlagevermögen	1.158.402	487.603	814.911	2.460.916

Bei diesen Wertpapieren geht die Bank davon aus, dass der Zeitwert lediglich vorübergehend unter dem Buchwert liegt. Zahlungsstörungen bzw. Zweifel an der Einbringlichkeit dieser Wertpapiere bestehen nicht.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen (Aktivpos. 6 und 7)

Bei den Beteiligungen (Aktivpos. 6) und den Anteilen an verbundenen Unternehmen (Aktivpos. 7) war die Bank mit Ausnahme der Ragnarök Vermögensverwaltung AG & Co. KG, München, bei keinem Unternehmen unbeschränkt haftender Gesellschafter.

1. Anteile an verbundenen Unternehmen (Aktivpos. 7)

Name und Sitz	Kapitalanteil in % insgesamt § 16 Abs. 4 AktG	davon mittelbar	Eigenkapital Tsd.	Jahresergebnis Tsd.	letzter vorliegender Jahresabschluss	Währung
DEPFA Finance N.V., Amsterdam	100,00%		3.298	554	31.12.2009	EUR
Flint Nominees Ltd., London	100,00%		50.300	1.024	31.12.2009	GBP
mit folgender Beteiligung:						
Hypo Real Estate Investment Banking Ltd. i.L., London	100,00%	100,00%	0	-96	31.12.2009	GBP
Hypo Property Investment (1992) Ltd., London	100,00%	100,00%	1	0	31.12.2009	GBP
mit folgender Beteiligung:						
Burleigh Court (Barnsley) Management Ltd., London	20,00%	20,00%	0	0	31.12.2009	GBP
Hypo Property Investment Ltd., London	100,00%	100,00%	497	136	31.12.2009	GBP
mit folgender Beteiligung:						
The Greater Manchester Property Enterprise Fund Ltd. i.L., London	100,00%	100,00%	0	-133	31.12.2009	GBP
Hypo Property Participation Ltd., London	100,00%	100,00%	238	1	31.12.2009	GBP
Hypo Property Services Ltd., London	100,00%	100,00%	112	1	31.12.2009	GBP
Zamara Investments Ltd., Gibraltar	100,00%	100,00%	81	-11.506	31.12.2009	GBP
FUNDUS Gesellschaft für Grundbesitz und Beteiligungen mbH, München	94,00%		904	-611	31.12.2009	EUR
GfI-Gesellschaft für Immobilienentwicklung und -verwaltung mbH i.L., Stuttgart	100,00%		11	4	31.12.2008	EUR
Hypo Real Estate Capital Hong Kong Corp. Ltd. i.L., Hong Kong	100,00%		-54.303	-63.265	31.12.2008	HKD
Hypo Real Estate Capital India Corporation Private Ltd.	100,00%		317.320	9.500	31.03.2009	INR
Hypo Real Estate Capital Japan Corp., Tokio	100,00%		29.988.776	-124.900	31.12.2009	JPY
Hypo Real Estate Capital Corp., New York (Teilkonzern)	100,00%		459.079	32.951	31.12.2009	USD
mit folgender Beteiligung:						
Liffey Belmont I LLC, Wilmington	100,00%	100,00%	1.021	0	31.12.2009	USD
Liffey Belmont II LLC, Wilmington	100,00%	100,00%	1.350	0	31.12.2009	USD
Liffey Belmont III LLC, Wilmington	100,00%	100,00%	1.129	0	31.12.2009	USD
Liffey NSYC LLC, Wilmington	100,00%	100,00%	2.600	0	31.12.2009	USD
Liffey Camelback LLC, Wilmington	100,00%	100,00%	1.500	0	31.12.2009	USD
Quadra Realty Trust Inc., Maryland	100,00%	100,00%	0	0	31.12.2009	USD
mit folgender Beteiligung:						
Quadra QRS LCC, Maryland	100,00%	100,00%	0	0	31.12.2009	USD
Hypo Real Estate Capital Singapore Corporation Private Ltd.	100,00%		2.021	804	31.12.2009	SGD
Hypo Real Estate International Trust I, Wilmington	100,00%		57	7	31.12.2009	EUR
Hypo Real Estate International LLC I, Wilmington	100,00%		59	33	31.12.2009	EUR
Hypo Real Estate Systems GmbH, München	100,00%		2.615	1.792	31.12.2009	EUR
Hypo Real Estate Transactions S.A.S., Paris	100,00%		65	33	31.12.2009	EUR
IMMO Immobilien Management Beteiligungsgesellschaft mbH, München	100,00%		32	-3	31.12.2009	EUR
IMMO Immobilien Management GmbH & Co. KG, München	94,00%		-6.319	-4.392	31.12.2009	EUR
IMMO Invest Real Estate GmbH, München	100,00%		28	61	31.12.2009	EUR
IMMO Trading GmbH, München	100,00%		525	-313	31.12.2009	EUR
Meridies Grundbesitz- und Bauungsgesellschaft mbH, München	94,00%		78	-3.224	31.12.2009	EUR
mit folgender Beteiligung:						
Frappant Altona GmbH, München	94,04%	88,40%	25	-3.157	31.12.2009	EUR
Ragnarök Vermögensverwaltung AG & Co. KG, München	94,00%				31.12.2009	EUR
WestHyp Immobilien Holding GmbH, München	100,00%		734	105	31.12.2008	EUR
mit folgender Beteiligung:						
Archplan Projekt Dianastraße GmbH, München	33,20%	33,20%	-135	-24	31.12.2008	EUR
Kondor Wessels - WestHyp Immobilien GmbH i.L., Berlin	33,20%	33,20%	-562	-55	31.12.2008	EUR
WestHyp Immobilien Holding Aktiv Bau GmbH, München	100,00%	100,00%	-27	37	31.12.2008	EUR
WH-Erste Grundstücks Verwaltungs GmbH, Schönefeld	100,00%		196	-100	31.12.2009	EUR
mit folgender Beteiligung:						
WH-Zweite Grundstücks Verwaltungs GmbH, Schönefeld	100,00%	100,00%	16	-2	31.12.2009	EUR
WH-Erste Grundstücks GmbH & Co. KG, Schönefeld	93,98%		78.802	-25.484	31.12.2009	EUR
mit folgender Beteiligung:						
WH-Zweite Grundstücks GmbH & Co. KG, Schönefeld	100,00%	93,98%	42.299	-25.574	31.12.2009	EUR

Alle anderen Beteiligungen liegen unter 20%.

Weitere Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, bei denen die Beteiligung 5% der Stimmrechte überschreitet, liegen nicht vor (Angabe gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB).

1) Ergebnisübernahme durch Gesellschafter aufgrund Ergebnisabführungsvertrag

(Bei der Meridies Grundbesitz- und Bauungsgesellschaft mbH, München ist der Verlust der Frappant Altona GmbH, München in Höhe von -3.157 Tsd. € im Jahresergebnis neben dem eigenen Fehlbetrag enthalten)

2) Komplementärhaftung

2. sonstige Beteiligungen (Aktivpos. 6)

Name und Sitz	Kapitalanteil in % insgesamt § 16 Abs. 4 AktG	davon mittelbar	Eigenkapital Tsd.	Jahresergebnis Tsd.	letzter vorliegender Jahresabschluss	
Aerodrom Bureau Verwaltungs GmbH, Berlin	32,00%		-702	-10	31.12.2007	
mit folgender Beteiligung: Riedemannweg 59-60 GbR	3,20%	3,20%	-4.761	47	31.12.2008	
Airport Bureau Verwaltungs GmbH, Berlin	32,00%		-661	-41	31.12.2007	
mit folgender Beteiligung: Riedemannweg 59-60 GbR	28,80%	28,80%	-4.761	47	31.12.2008	
Vierte Airport Bureau Center KG Airport Bureau Verwaltungs GmbH & Co., Berlin			-2.183	335	1)	31.12.2008
Projektentwicklung Schönefeld Verwaltungsgesellschaft mbH, Stuttgart	50,00%		28	0		31.12.2008
mit folgender Beteiligung: SP Projektentwicklung Schönefeld GmbH & Co. KG, Stuttgart			15.372	-4.538	1)	31.12.2008
SANO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Dresden KG, Düsseldorf	33,33%		-4.122	-219		31.12.2008
SOMA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Darmstadt KG, Düsseldorf	33,33%		-8.492	-705		31.12.2008
SP Projektentwicklung Schönefeld GmbH & Co. KG, Stuttgart	50,00%		15.372	-4.538		31.12.2008
Vierte Airport Bureau Center KG Airport Bureau Verwaltungs GmbH & Co., Berlin	32,00%		-2.183	335		31.12.2008
WISUS Beteiligungs GmbH & Co. Zweite Vermietungs-KG, München	33,00%		-3.182	164		31.12.2008

Alle anderen Beteiligungen liegen unter 20%.

Weitere Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, bei denen die Beteiligung 5% der Stimmrechte überschreitet, liegen nicht vor
(Angabe gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB).

1) Komplementärhaftung

Die Högni Portfolio GmbH, München, die PBI-Beteiligungs-GmbH i.L., München, und die DEPFA Erste GmbH, Frankfurt am Main, wurden mit Wirkung zum 1. Januar 2009 auf die Deutsche Pfandbriefbank AG verschmolzen.

Bei der WH - Erste Grundstücks GmbH & Co. KG erfolgte eine Abschreibung auf den niederen beizulegenden Wert in Höhe von 28.360 Tsd. €.

Auf Grund von Werterholungen wurden bei den voll konsolidierten verbundenen Unternehmen HREC India Corp. Private Ltd., Mumbai 611 Tsd. € sowie bei der HREC Singapore Corp., Singapur 591 Tsd. € Zuschreibungen vorgenommen.

Devisenkurse zum 31.12.2009

Großbritannien	1 € =	0,8881	GBP
Hongkong	1 € =	11,1709	HKD
Indien	1 € =	67,04	INR
Japan	1 € =	133,16	JPY
Singapur	1 € =	2,0194	SGD
Vereinigte Staaten von Amerika	1 € =	1,4406	USD

Treuhandgeschäfte (Aktivpos. 8 und Passivpos. 4)

Das Treuhandvermögen und die Treuhandverbindlichkeiten gliedern sich in folgende Aktiv- und Passivpositionen auf:

in Tsd. €	2009	2008
Forderungen an Kunden	24.957	30.793
Sonstige Vermögensgegenstände	0	45.300
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	16.167	25.596
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	8.790	50.497

Immaterielle Anlagewerte (Aktivpos. 9)

Im ausgewiesenen Wert der immateriellen Anlagewerte sind gekaufte Software mit 25.682 Tsd. € (Vj. 22.182 Tsd. €) sowie Anlagen im Bau mit 4.823 Tsd. € (Vj. 4.102 Tsd. €) enthalten.

Sachanlagen (Aktivpos. 10)

Im ausgewiesenen Wert der Sachanlagen ist die Betriebs- und Geschäftsausstattung mit 7.768 Tsd. € (Vj. 11.707 Tsd. €) sowie Anlagen im Bau mit 0 Tsd. € (Vj. 121 Tsd. €) enthalten.

Entwicklung des Anlagevermögens - Anlagespiegel - (Aktivpos. 4, 6,7, 9 und 10)

	Anschaftungs-/ Herstellungskosten	Zugänge w/ Verschmelzung	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Währungs- veränderungen	Zuschreibungen	Abschreibungen	Abschreibungen kumuliert	Rest- buchwert	Rest- buchwert
in Tsd. €	01.01.2009	2009	2009	2009	2009	2009	2009	2009	31.12.2009	31.12.2009	31.12.2008
Immaterielle Anlagewerte	73.006	4.739	16.012	-2.888	0	2	0	-10.214	-60.366	30.505	26.284
Sachanlagen	25.299	10.783	2.707	-17.408	0	154	0	-3.483	-13.767	7.768	11.828
					Veränderungen						
					+/-						
					*)						
Wertpapiere des Anlagevermögens					-3.820.018					37.754.929	41.574.947
Beteiligungen					-10					6.909	6.919
Anteile an verbundenen Unternehmen					-89.424					545.145	634.569

*) Es wurde von der Zusammenfassungsmöglichkeit des § 34 Abs. 3 RechKredV Gebrauch gemacht.

Sonstige Vermögensgegenstände (Aktivpos. 11)

Die Position enthält im Wesentlichen Steuerforderungen mit 126.581 Tsd. € (Vj. 138.336 Tsd. €), den Ausgleichsposten aus der Bewertung der gesicherten Fremdwährungsgeschäfte in Höhe von 115.654 Tsd. € (Vj. 1.086.171 Tsd. €), sowie Ansprüche aus den Rückdeckungsversicherungen für Pensionen und Altersteilzeit in Höhe von 195.366 Tsd. € (Vj. 194.304 Tsd. €).

Rechnungsabgrenzungsposten

in Tsd. €	2009	2008
Aktivpos. 12 a)		
Rechnungsabgrenzungsposten aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	163.977	233.207
davon:		
Disagio aus Schuldverschreibungen und aufgenommenen Darlehen	129.004	173.598
Agio aus Forderungen	34.973	59.609
Passivpos. 6 a)		
Rechnungsabgrenzungsposten aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	65.510	89.402
davon:		
Damnum aus Forderungen	48.172	65.924
Agio aus Schuldverschreibungen und aufgenommenen Darlehen	17.338	23.478

Sonstige Verbindlichkeiten (Passivpos. 5)

Die sonstigen Verbindlichkeiten beinhalten im Wesentlichen Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen in Höhe von 11.785 Tsd. € (Vj. 101.762 Tsd. €), Steuerverbindlichkeiten in Höhe von 7.771 Tsd. € (Vj. 10.821 Tsd. €), sowie noch abzuführende Gebühren und Provisionen im Zusammenhang mit den Liquiditätsunterstützungen des SoFFin und des Bundes in Höhe von 60.042 Tsd. € (Vj. 33.938 Tsd. €).

Pensionsrückstellungen (Passivpos. 7a)

Die Pensionsrückstellungen für frühere Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene haben sich um 17.536 Tsd. € auf 65.527 Tsd. € (inklusive Deferred Compensation) erhöht. Im Wesentlichen ist die Erhöhung auf die Änderung der Bewertungsmethode der Rückstellungen zurückzuführen. Im Zuge der Verschmelzung sind Pensionsrückstellungen in Höhe von 11.768 Tsd. € zugegangen. Die im Vorjahr nach versicherungsmathematischen Grundsätzen gemäß § 6a EStG ermittelte Pensionsrückstellung der HRE Bank AG entsprach einem Barwert von 36.223 Mio. €.

Andere Rückstellungen (Passivpos. 7c)

Die Reduktion der anderen Rückstellungen von 969.471 Tsd. € auf 867.426 Tsd. € hat im Wesentlichen folgende Ursachen:

- Die Deutsche Pfandbriefbank AG hat als Rechtsnachfolger der Hypo Real Estate Bank International AG am 3. Juli 2008 der DEPFA Bank plc eine Garantie in Höhe von bis zu 0,9 Mrd. US Dollar für den Ausfall von AAA gerateten CMBS gegeben. Diese Garantie wurde von der DEPFA Bank plc an ihr Tochterunternehmen Hypo Public Finance Bank übertragen. Die Garantie ist in Haftungsverhältnissen begründet, die infolge des Verkaufes der Hypo Public Finance Bank puc an die DEPFA Bank plc entstanden. Marktwertanpassungen aufgrund von Kontrahentenrisiken reduzieren die Kreditrisikovorsorge von 369 Mio. € um 189 Mio. € auf 180 Mio. € im Geschäftsjahr.
- Drohverlustrückstellungen für synthetische Collateralised Debt Obligations (CDO's) reduzierten sich um 82.461 Tsd. € auf 259.640 Tsd. €.
- Restrukturierungsrückstellungen reduzierten sich um 43.560 Tsd. € auf 92.637 Tsd. €.

Nachrangige Verbindlichkeiten (Passivpos. 8)

Es handelt sich um 88 Schuldscheindarlehen und 15 Namensschuldverschreibungen sowie 19 Inhaberschuldverschreibungen. Für die fest verzinslichen Schuldverschreibungen liegt die Verzinsung zwischen 4 % p.a. und 8,06 % p.a., die übrigen sind variabel verzinslich. Die Fälligkeitstermine liegen in den Jahren 2010 bis 2026. Bei 16 Schuldverschreibungen liegen Kündigungsrechte vor, die in den Jahren 2012 bis 2025 ausgeübt werden können.

Bei den nachrangigen Verbindlichkeiten sind Zinsaufwendungen in Höhe von 151.674 Tsd. € (Vj. 208.952 Tsd. €) angefallen. In der Bilanz sind unter dieser Position anteilige Zinsen in Höhe von 100.512 Tsd. € (Vj. 135.733 €) enthalten.

Im Berichtsjahr ist eine nachrangige Inhaberschuldverschreibungen zinsfrei gestellt mit nominal 350.076 Tsd. € und einem Zinssatz von 5,879 % mit einer Fälligkeit am 14. Juni 2017. Die Schuldverschreibung beinhaltet eine Bedingung, dass im Falle eines Bilanzverlustes keine Zinsen zu zahlen sind.

Im Zuge der Verschmelzung sind zwei Inhabergenussscheine und neun Namensgenussscheine zugegangen. Für diese wurden den Inhabern gem. § 23 UmwG gleichwertige Rechte gewährt. Der Rückzahlungsanspruch dieser Genussscheininhaber beträgt 607.727 Tsd. €. Die Rückzahlungsansprüche sind nachrangig nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger.

Darüberhinaus sind zwei nachrangige Schuldscheindarlehen zugegangen mit einem Gesamtbetrag von 300.000 Tsd. € zzgl. anteiliger Zinsen von 10.267 Tsd. €.

Die Bedingungen der Mittelaufnahmen sind so ausgestaltet, dass sie den Anforderungen des § 10 Abs. 5a KWG entsprechen.

Genussrechtskapital (Passivpos. 9)

Der Bestand setzt sich aus Inhabergenussrechten in Höhe von nominal 221.372 Tsd. € (Vj. 259.719 Tsd. €) und Namensgenussrechten in Höhe von nominal 41.726 Tsd. € (Vj. 92.855 Tsd. €) zusammen. Es sind folgende Emissionen enthalten (jeweils in Tsd. €):

Emissionsjahr	Art	Nominal	Verlustbetei-	Rückzahlungs-	Zinssatz	Rückzahlung
			ligung per	anspruch per		
			31.12.2009	31.12.2009		
1989	Namensgenussschein	10.226	8.626	1.600	8,00%	01.06.2015
1998	Inhabergenusschein	38.372	38.372	0	variabel	30.06.2010
1999	Inhabergenusschein	70.000	57.723	12.277	7,00%	01.06.2010
1999	Namensgenussschein	5.000	4.123	877	6,00%	01.06.2010
1999	Namensgenussschein	500	412	88	6,00%	01.06.2010
2001	Namensgenussschein	21.000	21.000	0	7,10%	01.06.2012
2001	Namensgenussschein	5.000	5.000	0	7,13%	01.06.2012
2001	Inhabergenusschein	13.000	13.000	0	6,75%	30.06.2011
2001	Inhabergenusschein	50.000	41.223	8.777	7,00%	30.06.2012
2002	Inhabergenusschein	50.000	41.223	8.777	7,00%	02.07.2013
		263.098	230.702	32.396		

Die Genussscheinbedingungen begrenzen die Ausschüttung in der Form, dass durch sie kein Jahresfehlbetrag/Bilanzverlust entstehen darf. Im Geschäftsjahr 2009 sind in Höhe von 325 Tsd. € Zinsaufwendungen (Vj. 0 Tsd. €) entstanden.

Für die Ermittlung der Verlustteilnahme der Genussrechtsinhaber bestehen unterschiedliche Berechnungsarten in den Genussscheinbedingungen:

- a) Der Genussrechtsinhaber nimmt im Verhältnis seines Rückzahlungsanspruchs zur Summe aus Gezeichnetem Kapital, Rücklagen der Bank und Verlust-/Gewinnvortrag am Jahresfehlbetrag bzw. Bilanzverlust teil und
- b) Der Genussrechtsinhaber nimmt im Verhältnis des jeweiligen Rückzahlungsanspruchs zum sonstigen Eigenkapital nach § 10 KWG teil.

Die Bedingungen für sämtliche Genussrechte entsprechen den Anforderungen des § 10 Abs. 5 KWG. Vorzeitige Rückzahlungsverpflichtungen sind in allen Fällen ausgeschlossen.

Die Rückzahlungsansprüche der Genussrechtsinhaber verminderte sich zum Bilanzstichtag auf 32.396 Tsd. €. Es ist damit zu rechnen, dass auf Grund des bestehenden Verlustvortrages bzw. weiterer Jahresfehlbeträge in den Folgejahren sich die Rückzahlungsansprüche weiter reduzieren werden.

Entwicklung des Eigenkapitals (Passivpos. 10)

	Gezeichnetes Kapital	Kapital- rücklage	Gewinnrücklagen		Bilanzverlust	Gesamt	
			gesetzliche Rücklage	andere Gewinn- rücklagen			Summe
in Tsd. €							
Eigenkapital zum 01.01.2009	380.376	2.987.729	12.655	248.334	260.989	-2.577.640	1.051.454
Zugang aus Verschmelzung zum 01.01.2009		751.394					751.394
Einlage stiller Gesellschafter	1.000.000						1.000.000
Andere Zuzahlungen §272 (2) Nr. 4 HGB		1.300.000					1.300.000
Jahresfehlbetrag						-1.660.120	-1.660.120
"Verlustbeteiligung" stille Einlagen	-397.076					397.076	0
Entnahme Genussrechtskapital						48.369	48.369
Eigenkapital zum 31.12.2009	983.300	5.039.123	12.655	248.334	260.989	-3.792.315	2.491.097

Gezeichnetes Kapital (Passivpos. 10a)

Das Grundkapital beträgt 380.376.059,67 € und ist eingeteilt in 134.475.308 auf den Inhaber lautende Stammaktien in Form von Stückaktien mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von verkürzt 2,83 € je Stückaktie.

Am Aktienkapital der Bank hält die HRE Holding AG, München 100,00 %. Der Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin) ist wiederum alleiniger Aktionär der HRE Holding AG, München.

Der Finanzmarktstabilisierungsfonds ist mit Vertrag vom 16. November 2009 als typisch stiller Gesellschafter mit einer stillen Einlage von 1,0 Mrd. € an der Deutschen Pfandbriefbank AG beteiligt. Die stille Einlage wurde bar erbracht. Dem stillen Gesellschafter steht als Gewinnbeteiligung ein Zins von 10 % p.a. bezogen auf den Einlagennennbetrag zu.

An einem Bilanzverlust nimmt der stille Gesellschafter im Verhältnis der stillen Einlage zum Gesamtbuchwert aller am Bilanzverlust teilnehmenden Haftkapitalanteile der Bank teil. Die Gesamtverlustbeteiligung des stillen Gesellschafters am Bilanzverlust ist auf seine stille Einlage begrenzt. Der Bilanzverlust, der auf das Jahr 2008 entfällt, wird zur Berechnung der Verlustteilnahme nicht einbezogen. Die stille Einlage wurde zum Jahresende um 397,1 Mio. € auf 602,9 Mio. € herabgesetzt. Es besteht eine Wiederauffüllungsverpflichtung der stillen Einlage nach Herabsetzung seitens der Bank.

Der stille Gesellschafter ist zur Kündigung des Beteiligungsvertrages nicht berechtigt. Falls der Ausschluss der Kündigungsfrist nicht wirksam sein sollte, kann eine Kündigung nicht vor dem 31.12.2039 wirksam werden. Eine ganze oder teilweise Kündigung seitens der Bank ist keinesfalls vor Ablauf von fünf Jahren möglich. Die stille Beteiligung erfüllt das Kriterium der Nachrangigkeit gemäß §10 Abs. 5 und 5a KWG.

Das gezeichnete Kapital beträgt zum Bilanzstichtag 983.299.798,67 €.

Kapitalrücklage (Passivpos. 10b)

Die Kapitalrücklage der Gesellschaft wurde im Rahmen der Verschmelzung durch Umwandlung von gezeichnetem Kapital und Gewinnrücklagen der verschmolzenen Gesellschaft in Kapitalrücklagen um 751.394 Tsd. € erhöht.

Der SoFFin leistete eine Einlage in Form einer Zuzahlung in die Kapitalrücklage der Gesellschaft gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB a.F. in Höhe von 1,3 Mrd. €. Die Kapitalrücklage wurde in bar erbracht.

Der Bestand der Kapitalrücklage gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB a.F. belief sich zum Bilanzstichtag auf 3.242.811 Tsd. € (Vj. 1.942.811 Tsd. €).

Fremdwährungspositionen

Der Gesamtbetrag an Vermögensgegenständen in Fremdwährung beläuft sich auf 46.081.789 Tsd. € (Vj. 52.008.988 Tsd. €). Verbindlichkeiten in fremder Währung bestanden zum Jahresende in Höhe von 28.250.849 Tsd. € (Vj. 35.219.416 Tsd. €).

Die offenen Fremdwährungspositionen aus Grundgeschäften wird mit geeigneten Derivaten gesichert.

Zur Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände

Folgende Vermögensgegenstände wurden für eigene Verbindlichkeiten zur Sicherheit übertragen:

Übertragene Vermögensgegenstände

in Tsd. €	Bilanzwert	Bilanzwert
	2009	2008
Verpfändung von Wertpapieren aus Offenmarktgeschäften mit der EZB	75.214.157	10.430.044
Wertpapiere in Pension in Verbindung mit Repogeschäften	6.515.694	3.844.223
Darlehen in Pension in Verbindung mit Repogeschäften	771.951	792.076
Verpfändung von Darlehen zur Sicherung aufgenommener Darlehen	209.169	354.330
Verpfändung eines Wertpapiers zur Sicherung aufgenommener Darlehen	12.508	25.831
Darlehen (Außerdeckungsteil) in Verbindung mit der Liquiditätsfazilität (Konsortium)	0	27.222.514
Wertpapiere in Verbindung mit der Liquiditätsfazilität (Konsortium)	0	1.780.982
Verpfändung von Wertpapieren in Verbindung mit der Sonderliquiditätshilfe (Bundesbank)	0	24.488.120

Am 23.12.2009 wurden die Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit der Blue-Fazilität zurückbezahlt bzw. durch Refinanzierungen ersetzt, die durch den SoFFin garantiert wurden.

Das Blue-Sicherheitenportfolio wird bis 31. März 2010 weitgehend freigegeben bzw. an die Bank zurückübertragen.

Forderungen an und Verbindlichkeiten gegenüber verbundene(n) Unternehmen und Unternehmen, zu denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Bilanzposition	an/gegenüber verbundene(n) Unternehmen		an/gegenüber Unternehmen, zu denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	2009	2008	2009	2008
in Tsd. €				
Forderungen an Kreditinstitute (Aktivpos. 2)	63.101.863	61.040.049	-	-
Forderungen an Kunden (Aktivpos. 3)	6.258.660	10.293.896	49.782	48.028
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (Aktivpos. 4)	294.003	546.582	-	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Passivpos. 1)	1.137.866	3.797.633	-	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (Passivpos. 2)	390.743	974.940	-	12
Verbriefte Verbindlichkeiten (Passivpos. 3)	35.820	75.291	-	-
Nachrangige Verbindlichkeiten (Passivpos. 8)	660.343	671.677	-	-

Sonstige Angaben

Eventualverbindlichkeiten (Passivpos. 1b unter dem Strich)

1) Die Deutsche Pfandbriefbank AG als Rechtsnachfolger der Hypo Real Estate Bank International AG hat am 3. Juli 2008 der DEPFA Bank plc eine Garantie in Höhe von bis zu 0,9 Mrd. US Dollar für den Ausfall von AAA gerateten CMBS gegeben. Diese Garantie wurde von der DEPFA Bank plc an ihr Tochterunternehmen Hypo Public Finance Bank übertragen. Die Garantie ist in Haftungsverhältnissen begründet, die infolge des Verkaufes der Hypo Public Finance Bank puc an die DEPFA Bank plc entstanden. Für diese Garantie wurde eine Rückstellung in Höhe von 180 Mio. € gebildet.

2) Die Deutsche Pfandbriefbank AG, München als Rechtsnachfolger der Hypo Real Estate Bank International AG hat mit Erklärung vom 2. Januar 2006 die unwiderrufliche und bedingungslose Garantie für die Erfüllung sämtlicher Verbindlichkeiten der Hypo Public Finance Bank puc, Dublin übernommen. Durch den Verkauf sämtlicher Anteile an der Hypo Public Finance Bank puc, Dublin wurde gemäß Garantievertrag die Haftung auf alle Verbindlichkeiten beschränkt, die bis zum Zeitpunkt des Verkaufes bestanden.

Andere Verpflichtungen (Passivpos. 2c unter dem Strich)

Die ausgewiesenen unwiderruflichen Kreditzusagen betreffen mit 2.454.049 Tsd. € (Vj. 5.111.640 Tsd. €) Hypothekendarlehen sowie mit 133.650 Tsd. € (Vj. 182.862 Tsd.€) an den öffentlichen Sektor gewährte Darlehen.

Außerbilanzielle Geschäfte und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Zum Bilanzstichtag liegen folgende außerbilanziellen Geschäfte und sonstigen finanziellen Verpflichtungen vor:

1.) Garantie:

Verpflichtung zur Unterstützung der Deutschen Pfandbriefbank AG gegenüber Tochtergesellschaften

Die Deutsche Pfandbriefbank AG, München als Rechtsnachfolger der Hypo Real Estate Bank International AG hat sich gegenüber der Hypo Real Estate Bank International LLC I, und der Hypo Real Estate Capital Hongkong Corporation Limited i.L., Hongkong dazu verpflichtet, diese Gesellschaften so zu unterstützen, dass die Gesellschaften bei Fälligkeit in der Lage sind, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

2.) Andere sonstige finanzielle Verpflichtungen

Andere zum Bilanzstichtag bestehende sonstigen finanziellen Verpflichtungen liegen im geschäftsüblichen Rahmen.

Finanzderivate

Nachstehend sind die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten derivativen Geschäfte entsprechend den Empfehlungen des Ausschusses für Bilanzierung des Bundesverbandes deutscher Banken i.V.m. § 285 S. 1 Nr. 18 HGB a.F. dargestellt.

Die Finanzderivate werden fast ausschließlich zur Sicherung gegen Zins- und Währungsrisiken (nur OTC-Produkte) im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung abgeschlossen. Dem negativen Saldo aus den Marktwerten der Finanzderivate stehen insoweit positive Marktwerte aus den korrespondierenden Bilanzgeschäften gegenüber. Kontrahenten sind OECD-Regierungen, -Banken, sowie -Finanzinstitute. In geringem Umfang werden Derivate mit Kunden abgeschlossen.

Zur Reduzierung sowohl des ökonomischen als auch des regulatorischen Kreditrisikos (Adressenausfallrisikos) werden zweiseitige Aufrechnungsvereinbarungen abgeschlossen. Dadurch können die positiven und negativen Marktwerte der unter einer Aufrechnungsvereinbarung einbezogenen

derivativen Kontrakte miteinander verrechnet (Netting) sowie die regulatorischen zukünftigen Risikozuschläge dieser Produkte verringert werden. Im Rahmen des Netting-Prozesses reduziert sich das Kreditrisiko auf eine einzige Nettoforderung gegenüber dem Vertragspartner.

Sowohl für die regulatorischen Meldungen als auch für die interne Messung und Überwachung der Kreditengagements werden derartige risikoreduzierende Techniken nur dann eingesetzt, wenn sie bei Insolvenz des Geschäftspartners in der jeweiligen Rechtsordnung auch durchsetzbar sind. Zur Prüfung der Durchsetzbarkeit werden dafür erstellte Rechtsgutachten genutzt.

Darüber hinaus geht die Bank mit ihren Geschäftspartnern auch Sicherheitenvereinbarungen ein, um die sich nach einem Netting ergebende Nettoforderung/-verbindlichkeit abzusichern (Erhalt oder Stellung von Sicherheiten). Dieses Sicherheitenmanagement führt zur Kreditrisikominderung durch zeitnahe (meist tägliche) Bewertung und Anpassung des unbesicherten Kreditrisikos je Kontrahent.

Das Nominalvolumen der nicht bilanzwirksamen Geschäfte beträgt Ende 2009 362.794 Mio. €. Das Adressenausfallrisiko beläuft sich zu diesem Zeitpunkt nach der Marktbewertungsmethode (ungenettet) auf 12.823 Mio. € (entspricht 3,53% des Nominalvolumens). Der Marktwert der Derivate wurde auf der Basis allgemein anerkannter finanzmathematischer Modelle berechnet. Im Wesentlichen sind dies das Discounted Cash Flow-, das Black Scholes- und das Hull-White-Modell.

Finanzderivate

in Mio. €	Nominalbetrag					Marktwert			
	Restlaufzeit			Summe	Summe	positiv		negativ	
	<= 1 Jahr	1 - 5 Jahre	> 5 Jahre	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Zinsbezogene Geschäfte	57.860	143.189	132.625	333.674	467.205	12.251	12.226	14.032	15.123
OTC-Produkte									
FRAs	1.000	-	-	1.000	-	-	-	-	-
Zins-Swaps (gleiche Währung)	53.364	136.412	131.837	321.612	446.700	12.185	12.039	13.901	13.891
Zinsoptionen - Käufe	1.610	3.426	146	5.182	7.359	53	187	13	-
Zinsoptionen - Verkäufe	1.886	3.351	632	5.869	13.136	13	-	116	1.229
Sonstige Zinskontrakte	-	-	10	10	10	-	-	2	2
Währungsbezogene Geschäfte	19.270	7.453	2.397	29.120	27.179	572	1649	521	695
OTC-Produkte									
Devisentermin-Geschäfte	16.759	136	-	16.895	17.997	45	736	327	45
Cross-Currency-Swaps	2.511	7.317	2.397	12.226	9.182	527	912	194	650
Summe	77.130	150.641	135.022	362.794	494.383	12.823	13.875	14.553	15.818

Kreditderivate

Zum Jahresende 2009 tritt die Bank nicht Sicherungsnehmer in Form von Kreditderivaten auf. Im Vorjahr war Sie Sicherungsnehmer mit Credit Default Swaps in Höhe von 2.513 Mio. €.

Die Bank ist als Sicherungsgeber mit Credit Default Swaps mit einer Vertragslaufzeit von mehr als 5 Jahren in Höhe von 225 Mio. € (Vj. 2.628 Mio. €) im Kreditderivatemarkt engagiert. Diese Position teilt sich in folgende Teilpositionen auf:

- EU CDO's mit einem Volumen von 114 Mio. € (Vj. 2.513 Mio. €)
- US CDO's mit einem Volumen von 111 Mio. € (Vj. 115 Mio. €)

Organe:

Aufsichtsrat

Name, Wohnsitz	
Dr. Bernd Thiemann, Kronberg	Selbständiger Unternehmensberater (seit 14.08.2009 Vorsitzender des Aufsichtsrats)
Dagmar Kollmann, Bad Homburg	Vorsitzender des Gesellschafterausschusses der Kollmann GmbH (seit 14.08.2009 stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats)
Ursula Bestler, München	Bankangestellte
Dr. Günther Bräunig, Frankfurt	Mitglied des Vorstands der KfW (seit 14.08.2009)
Dr. Michael Endres, Königstein	Vorsitzender des Vorstands der Gemeinnützigen Hertie Stiftung, Frankfurt am Main (Vorsitzender des Aufsichtsrats bis 13.08.2009)
Bernd Knobloch, Frankfurt	Mitglied des Vorstands der Gemeinnützigen Hertie Stiftung, Frankfurt am Main (bis 13.08.2009)
Georg Kordick, Poing	Bankangestellter
Dr. h.c. Edgar Meister, Kronberg	Mitglied des Aufsichtsrats der Commerzbank AG, Frankfurt am Main (bis 18.05.2009)
Hans-Jörg Vetter, Königstein	Vorsitzender des Vorstands der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart (bis 13.08.2009)
Dr. Hedda von Wedel, Andernach	Präsidentin des Bundesrechnungshofs a.D. (seit 14.08.2009)
Manfred Zaß, Königstein	Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutschen Euroshop AG, Hamburg (seit 19.05.2009 bis 13.08.2009)

Vorstand

Name, Wohnsitz	
Dr. Axel Wieandt, Königstein	(Vorsitzender des Vorstands)
Charles Balch, Cranbrook / Grossbritannien	(bis 15.01.2009)
Manuela Better, München	(seit 1.02.2009)
Dr. Kai Wilhelm Franzmeyer, Bad Homburg	
Dr. Robert Grassinger, Neufarn	(Mitglied des Vorstands bis 31.03.2009)
Reinhold Güntner, Kirchheim	(bis 31.01.2009)
Frank Hellwig, Starnberg	(bis 15.01.2009)
Frank Krings, Hofheim	
Dr. Bernhard Scholz, Regensburg	(seit 1.01.2010)
Alexander Freiherr von Uslar-Gleichen, Grünwald	(seit 1.10.2009)

Mitarbeiter

Jahresdurchschnitt	männlich	weiblich	Gesamt
Vollzeitbeschäftigte	452	269	721
Teilzeitbeschäftigte	12	72	84
	464	341	805
Auszubildende	5	1	6
	469	342	811

Kredite an Organmitglieder

Zum Bilanzstichtag bestanden keine Forderungen gegenüber am Bilanzstichtag amtierenden Organmitgliedern aus Krediten oder Vorschüssen.

Eigene Aktien oder Anteile

Im Berichtsjahr hat die Bank keine Stückaktien von der HRE Holding AG erworben. Zum Bilanzstichtag sind keine eigenen Aktien im Bestand.

Konzernabschluss

Die HRE Holding AG, München, erstellt einen Konzernabschluss nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), in den die Deutsche Pfandbriefbank AG einbezogen ist. Der Konzernabschluss wird im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht. Daneben besteht die Möglichkeit, den Konzernabschluss im Internet einzusehen.

Entsprechenserklärung zum Public Corporate Governance Kodex

Der Vorstand der Gesellschaft hat für diese als ein mittelbar vollständig im Eigentum der Bundesrepublik Deutschland stehendes Unternehmen die Anwendung des Public Corporate Governance Kodex mit der Maßgabe "Comply or Explain" und unter dem Vorbehalt einer gleichlautenden Beschlussfassung des Aufsichtsrats beschlossen. Vorstand und Aufsichtsrat werden eine Entsprechenserklärung zum Public Corporate Governance Kodex nach entsprechender Beschlussfassung durch den Aufsichtsrat auf der Internetseite der Gesellschaft (www.hyporealestate.com) veröffentlichen.

München, den 12. März 2010

Deutsche Pfandbriefbank AG, München Der Vorstand

Dr. Axel Wieandt

Manuela Better

Dr. Kai Wilhelm Franzmeyer

Frank Krings

Dr. Bernhard Scholz

Alexander Freiherr von Uslar-Gleichen

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutschen Pfandbriefbank AG, München, vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Bank so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Bank beschrieben sind.

München, den 12. März 2010

Deutsche Pfandbriefbank AG Der Vorstand

Dr. Axel Wieandt

Manuela Better

Dr. Kai Wilhelm Franzmeyer

Frank Krings

Dr. Bernhard Scholz

Alexander Freiherr von Uslar-Gleichen

Bestätigungsvermerk

Wir haben den Jahresabschluss --bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang-- unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Deutsche Pfandbriefbank AG, München (bis 28. Juni 2009: Hypo Real Estate Bank AG, München), für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Ohne diese Beurteilung einzuschränken, weisen wir auf die Ausführungen der Gesellschaft im Lagebericht im Abschnitt „Bestandsgefährdende Risiken“ sowie im Anhang unter Ziffer 2 hin. Dort ist dargelegt, dass der Fortbestand der Deutschen Pfandbriefbank AG davon abhängt, dass der Deutschen Pfandbriefbank AG in hinreichendem Umfang Eigenkapital zur Vermeidung einer nachhaltigen Überschuldungssituation zur Verfügung gestellt wird. Um eine Insolvenz auf Grund Zahlungsunfähigkeit der Deutschen Pfandbriefbank AG abzuwenden, ist externe Unterstützung durch Liquiditätshilfen notwendig. Diese Liquiditätshilfen müssen solange zur Verfügung stehen, bis sich die Deutsche Pfandbriefbank AG wieder eigenständig am Geld- und Kapitalmarkt in ausreichendem Umfang Liquidität beschaffen kann, und bis die beschlossenen Restrukturierungsmaßnahmen als auch die Rekapitalisierung planmäßig umgesetzt sind.

Um den Fortbestand der Deutschen Pfandbriefbank AG sicherzustellen, ist deshalb insbesondere erforderlich, dass

- der Finanzmarktstabilisierungsfonds in hinreichendem Umfang Eigenkapitalunterstützung leistet,
- der Finanzmarktstabilisierungsfonds und die Deutsche Bundesbank ihre Liquiditätsunterstützung aufrecht erhalten und gegebenenfalls auch weitere Liquiditätshilfe zur Verfügung stellen,
- die Refinanzierung zu tragfähigen Konditionen verstärkt über den Geld- und Kapitalmarkt erfolgt,
- die Restrukturierungsmaßnahmen planmäßig umgesetzt werden,
- die zuständigen Behörden keine aufsichtsrechtlichen Maßnahmen ergreifen werden sowie
- keine rechtlichen Vorbehalte (insbesondere EU-Verfahren) erfolgreich geltend gemacht werden.“

München, den 12. März 2010

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dielehner
Wirtschaftsprüfer

Wiechens
Wirtschaftsprüfer

Standorte

Deutschland

Unterschleißheim (Zentrale)

Freisinger Str. 5

85716 Unterschleißheim

Tel +49 (0) 89 28 80-0

Fax +49 (0) 89 28 80-10319

Eschborn

Ludwig-Erhard-Strasse 14

65760 Eschborn

Tel +49 (0) 6196 9990-0

Fax +49 (0) 6196 9990-1331

Europa

Deutsche Pfandbriefbank AG

30 St. Mary Axe
21. Floor
UK-London EC3A 8BF
United Kingdom
Tel +44 20 77 43 77-43
Fax +44 20 77 43 77-00

Deutsche Pfandbriefbank AG

Monte Esquinza, 30 - 4ª Planta
E-28010 Madrid
Spanien
Tel +34 91 34 93 200
Fax +34 91 34 93 300

Deutsche Pfandbriefbank AG

Niederlassung Rom
Via di Torre Argentina, 21
I-00186 Rom
Italien
Tel +39 06 68 40 28 01
Fax +39 06 68 40 28 31

Deutsche Pfandbriefbank AG

Via Brera, 3
I-20121 Mailand
Italien
Tel +39 02 36 57-68 00
Fax +39 02 36 57-68 01

Deutsche Pfandbriefbank AG

11, Rue Saint Georges
F-75009 Paris
Frankreich
Tel +33 1 53 05 74 00
Fax +33 1 53 05 74 09

Asien

Hypo Real Estate Capital Japan Corporation

Otemachi 1st Square West Tower 10F 1-5-1 Otemachi
Chiyoda-ku
Tokyo 100-0004
Japan
Tel +81 3 5288 5860
Fax +81 3 3201 5132

Hypo Real Estate Capital India Corporation Private Limited

204 Ceejay House, Second Floor
Mumbai 400 018
India
Tel +91 22 2499 9900
Fax +91 22 2499 9700

Hypo Real Estate Capital Singapore Corporation Private Limited

20 Cecil Street, #05-07
Equity Plaza
Singapore 049705
Tel +65 6372 6812

USA

Hypo Real Estate Capital Corporation

622 Third Avenue
New York, NY 10017
USA
Tel +1 212 671 6300
Fax +1 212 671 6402